

VEREINTE NATIONEN

UN · FAO · ICAO · ILO · UNESCO

IBRD · IDA · IFC · IMF

ITU · WHO · IMO

UPU · WMO · WIPO

IFAD · UNIDO

GATT · IAEA

UNRWA · UNITAR

UNICEF · UNHCR

WFP · UNCTAD

UNDP · UNFPA · UNV

UNU · UNEP · WFC

HABITAT · INSTRAW

CERD · CCPR · CEDAW · CESCR

ECE · ESCAP · ECLAC · ECA · ESCWA

UNMOGIP · UNTSO · UNFICYP · UNDOF · UNIFIL



INHALTSVERZEICHNIS 1/86

<i>Gedämpfte Freude am East River</i> <i>Feierlichkeit und Routine auf der 40. UN-Generalversammlung</i> von Pierre Simonitsch	1
<i>Die Vereinten Nationen an der Schwelle zum fünften Jahrzehnt</i> <i>Die kleinen Schritte auf dem Weg zu einer besseren Welt</i> von Erik Suy	4
<i>Schwerpunkte deutscher Mitarbeit bei den Vereinten Nationen</i> von Hans-Dietrich Genscher	7
<i>Die Entwicklungshilfe der DDR</i> <i>Von der Qualität zur Quantität?</i> von Siegfried Schultz	11
<i>Die Welthandelsordnung im Spiegel des Protektionismus</i> <i>Pragmatismus statt konzeptioneller Weitsicht</i> von Roland Wartenweiler	14
<i>Revolution für die Kinder</i> <i>Zur Verleihung der Dag-Hammarskjöld-Ehrenmedaille (2. Februar 1986)</i> von Liv Ullmann	18
<i>Jubiläum in New York</i>	22
<i>Bürden der Vergangenheit, Hoffnung für die Zukunft</i> <i>Bericht des Generalsekretärs über die Arbeit der Organisation an die 40. Generalversammlung</i> von Javier Pérez de Cuéllar	24
<i>Konzentration auf das Wesentliche ist vonnöten</i> <i>Rede des Bundesaußenministers aus Anlaß der Feier des 40. Jahrestages der Gründung der Vereinten Nationen vor der 40. Generalversammlung (21. Oktober 1985)</i> von Hans-Dietrich Genscher	30
<i>Beitragsschlüssel für den Haushalt der Vereinten Nationen 1986 bis 1988 (Tabelle)</i>	32
<i>Bundesleistungen an den Verband der Vereinten Nationen (Tabelle)</i>	33
<i>Verband der Vereinten Nationen (Organigramm)</i>	34
<i>Aus dem Bereich der Vereinten Nationen:</i> <i>C-Waffen und Weltraumrüstung im Spiegel der Genfer Abrüstungskonferenz (1), Lage der ärmsten Entwicklungsländer bleibt besorgniserregend (2), Menschenrechts-Unterkommission nimmt sich zuviel vor (3), Stagnation im Konflikt um die Westsahara (4), Schweigen zu Osttimor (5), Mittelbedarf und Zahlungsmoral (6)</i> von Victor Beermann, Lothar Koch, Isolde Kurz, Birgit Laitenberger, Horst Risse und Joachim Tzschaschel	35
<i>Dokumente der Vereinten Nationen:</i> <i>Suchtstoffe, Zypem, Miscellen</i>	39
<i>Literaturhinweise</i>	40
von Birgit Laitenberger, Karl Josef Partsch und Rüdiger Freiherr von Wechmar	
<i>Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen (Tabellen)</i> <i>in alphabetischer Ordnung mit Beitrittsdaten</i>	42
<i>nach Regionalgruppen</i>	43
<i>nach Gebietsgröße</i>	43
<i>nach Bevölkerungszahl</i>	44

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR DIE VEREINTEN NATIONEN BONN

Präsidium:

Dr. Hans Arnold
Dr. Rainer Barzel, MdB
Heinz-Georg Binder
Paul Bocklet
Willy Brandt, MdB
Ernst Breit
Dr. Johannes Joachim Degenhardt
Dr. Klaus von Dohnanyi, MdB
Dr. Erhard Eppler
Prof. Dr. Iring Fetscher
Dr. Katharina Focke, MdEP
Dr. Walter Gehlhoff
Hans-Dietrich Genscher, MdB
Dr. Wilfried Guth
Karl Günther von Hase
Dr. Helmut Kohl, MdB
Dr. Hanna-Renate Laurien, MdB
Dr. Hans-Werner Lautenschlager
Prof. Dr. Martin Löffler
Wolfgang Mischnick, MdB
Prof. Dr. Hermann Mosler
Prof. Dr. Karl Josef Partsch
Annemarie Renger, MdB
Helmut Schmidt, MdB
Kurt Seinsch
Lothar Späth, MdL
Dr. Gerhard Stoltenberg, MdB
Dr. Hans-Jochen Vogel, MdB
Dr. Jürgen Warnke, MdB
Rüdiger Freiherr von Wechmar
Günther van Well

Vorstand:

Dr. Helga Timm, MdB, Darmstadt (Vorsitzende)
Leni Fischer, MdB, Neuenkirchen (Stellv. Vorsitzende)
Prof. Dr. Klaus Hüfner, Berlin (Stellv. Vorsitzender)
Oskar Barthels, Leinfelden-Echterdingen
Dr. Mir A. Ferdowsi, München
Wolfgang Lüder, Berlin
Prof. Dr. Volker Rittberger, Tübingen
Dr. Konrad Stollreither, München
Prof. Dr. Christian Tomuschat, Bonn
Karsten D. Voigt, MdB, Frankfurt
Prof. Dr. Rüdiger Wolfrum, Kiel

Landesverbände:

Wolfgang Lüder
Vorsitzender
Landesverband Berlin
Oskar Barthels
Vorsitzender
Landesverband Baden-Württemberg
Prof. Dr. Peter J. Opitz
Vorsitzender
Landesverband Bayern

Generalsekretariat:

Joachim Krause, Generalsekretär
Deutsche Gesellschaft
für die Vereinten Nationen
Simrockstraße 23, 5300 Bonn 1
☎ (02 28) 21 36 46

VEREINTE NATIONEN · Zeitschrift für die Vereinten Nationen, ihre Sonderkörperschaften und Sonderorganisationen. — Begründet von Kurt Seinsch.
ISSN: 0042-384X. Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Bonn.
Chefredakteur: Dr. Volker Weyel, Simrockstraße 23, 5300 Bonn 1, ☎ (02 28) 21 36 40; Telex: 8 869 994 uno d.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht ohne weiteres die des Herausgebers oder der Redaktion, wieder.
Verlag: Mönch-Verlag GmbH, Geschäftsführerin: Marlies Mönch, Postfach 15 60, 5400 Koblenz. Verlagssitz: Hübingergweg 33, 5401 Waldesch, ☎ (0 26 28) 7 66. Bankverbindungen: Dresdner Bank, Koblenz (BLZ 570 800 70) 6 054 195; Sparkasse Koblenz (BLZ 570 501 20) 27 000 900; Postscheckkonto Ludwigshafen (BLZ 545 100 67) 39 49-672.
Alle Rechte, auch die der fotomechanischen Wiedergabe, sind vorbehalten.
Anzeigenverwaltung: Special Publication Service, Verlagdienstleistungsgesellschaft mbH und Werbeagentur, Karl-Mand-Straße 2, 5400 Koblenz-Industriegebiet, ☎ (02 61) 80 30 71.
Herstellung: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Baunscheidtstraße 6, 5300 Bonn 1, ☎ (02 28) 5 46-0.
Erscheinungsweise: Zweimonatlich. — Preis: Jahresabonnement (6 Hefte) 18,- DM zuzüglich Zustellgebühr; Einzelheft 3,50 DM. Die Bezugszeit gilt ganzjährig mit weiterer Verlängerung, falls nicht einen Monat vor dem Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird. Bezug durch den Verlag und den Buchhandel. — Für Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Einem Teil dieser Auflage liegt eine Beilage der DGVN, Bonn, bei.

Gedämpfte Freude am East River

Feierlichkeit und Routine auf der 40. UN-Generalversammlung

PIERRE SIMONITSCH

NEW YORK ALS HAUPTSTADT DER WELT

Wahrscheinlich noch nie zuvor in der Geschichte waren so viele politische Würdenträger an einem Ort versammelt wie im vergangenen Herbst in New York. Anlaß des Prominentenaufmarsches war ausnahmsweise kein Staatsbegräbnis, sondern die Feier des 40. Geburtstags der Vereinten Nationen. Am 24. Oktober 1945 war die Charta der neuen Weltorganisation in Kraft getreten. Viele der Illusionen von damals sind mittlerweile zerfallen. Angesichts des schwerlich zu bestreitenden Prestigeschwunds der Vereinten Nationen in der westlichen Öffentlichkeit und der zunehmenden Kritik an den multilateralen Körperschaften, denen Leerlauf, Bürokratie und Doppelarbeit vorgeworfen werden, schien es kein überflüssiger Luxus, einmal ein neuerliches Bekenntnis zu den Idealen zu verlangen und die Lebendigkeit der UN zu demonstrieren.

35 Staatsoberhäupter, 33 Regierungschefs und 43 Sonderbeauftragte hohen Ranges leisteten der Einladung Folge, sich zur Jubiläumsfeier im Rahmen der 40. Generalversammlung der Vereinten Nationen einzufinden. Von den Mächtigen dieser Welt fehlten eigentlich nur der sowjetische Parteiführer Michail Gorbatschow und Frankreichs Präsident François Mitterrand. Auch Muammar Ghaddafi und Fidel Castro zogen es nach einigem Überlegen vor, zuhause zu bleiben. Sonst waren ziemlich alle da, deren Namen täglich durch die Massenmedien gehen: Ronald Reagan, Margaret Thatcher, Yasuhiro Nakasone, Zhao Ziyang, Wojciech Jaruzelski, Amin Gemayel, Shimon Peres, König Hussein von Jordanien, Rajiv Gandhi, Zia Ul-Haq, Daniel Ortega, Helmut Kohl (der freilich auf eine Ansprache vor dem Weltforum verzichtete) und viele andere. Der scheidende tansanische Staatspräsident Julius Nyerere bestieg die Tribüne für einen vielbeachteten Schwanengesang.

Die Redezeit der weit über 100 Auftretenden mußte auf jeweils eine Viertelstunde begrenzt werden, woran sich allerdings die wenigsten hielten. Nicht nur die Schwergewichtler der politischen Bühne hatten etwas zu sagen. Es entbehrte nicht eines gewissen Reizes, den Repräsentanten von Antigua und Barbuda, der Malediven oder Dominicas zu lauschen. Ihre Kommentare zur Weltlage haben noch jene Unschuld bewahrt, die den Profis des internationalen Parketts verloren gegangen ist. Zum ersten Mal durften auch die Vertreter von Nichtmitgliedern ans Rednerpult treten. Unter anderen nutzten die Schweiz, Liechtenstein und der Heilige Stuhl diese Möglichkeit.

Die 40-Jahre-Feier wurde zu einem Spektakel für die große amerikanische Metropole, die ansonsten den Vereinten Nationen eher abweisend gegenübersteht. Aus beleuchteten Büroräumen formte die 38stöckige Fassade des UN-Hauptquartiers in Riesenlettern die Botschaft ›UN40‹. Eine Privatfirma ließ auf ihre Kosten das Empire State Building blau und weiß bestrahlen. In den Mittagspausen standen die New Yorker Spalier, um die Fahrzeugkolonnen zu beobachten. Allein die Art der Fortbewegung des amerikanischen Präsidenten zwischen dem Waldorf-Astoria-Hotel und den Orten seiner Verabredungen war einen Umweg wert: voran eine Spitze von Polizeimotorrädern, dann die gepanzerten Limousinen, Fahrzeuge mit Sicherheitsbeamten auf den Trittbrettern und Dächern, eine Ambulanz für alle Fälle, wiederum Motorräder und zum Schluß eine Abteilung berittener Polizei. Die Sicherheitsvorkehrungen, die zur Sperrung ganzer Stadtteile für den gewöhnlichen Verkehr führten, verstärkten das tägliche Chaos zu den Stoßzeiten. Doch ausnahmsweise nahmen die Bewohner diese Unannehmlichkeiten lässig hin. Ein Stolz, die ›Hauptstadt der Welt‹ zu sein, hatte New York ergriffen, nicht zuletzt dank der ungewöhnlich ausführlichen Berichterstattung der Massenmedien.

Das Publikum verfolgte in Wort und Bild, wie sich Sandinistenführer Ortega im Central Park mit Jogging fit hielt, Gemayel während eines Gottesdienstes in der Kirche ›Unserer Frau vom Libanon‹ das Wort ergriff und der Staatssekretär des Vatikans, Kardinal Casaroli, in der St.-Patrick-Kathedrale von der Kanzel sprach. Zu den Zuhörern gehörte der philippinische Präsident Ferdinand Marcos mit Gattin Imelda. Schwedens Ministerpräsident Olof Palme predigte in einer protestantischen Kirche über Abrüstung; Zaires Staatschef Mobutu mietete zwei Salonwagen der Amtrak-Eisenbahn, um mit seinem 50köpfigen Gefolge einen Ausflug nach Washington zu unternehmen.

Alles in allem ein friedliches Bild, welches den US-Chefdelegierten bei den Vereinten Nationen, Vernon Walters, zur Feststellung bewegte, die 40. Tagung der Generalversammlung sei »ausgewogen und weniger von Konfrontationen belastet« gewesen als frühere. UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar mochte diesem Urteil über die am 17. September 1985 eröffnete, am 18. Dezember (vorläufig) beendete Tagung nicht ganz zustimmen. »Vielleicht wollte niemand die Geburtstagsstimmung vermiesen«, erklärte er auf seiner abschließenden Pressekonferenz. »Ich weiß nicht, ob die Vertreter der Staaten klüger geworden sind oder ob die Probleme nicht voll ausdiskutiert wurden.«

Pérez de Cuéllar hatte einigen Grund, an der plötzlichen Läuterung der politischen Akteure zu zweifeln. Den Vereinten Nationen fehlt weiterhin die Macht, bewaffneten Konflikten Einhalt zu gebieten. Weder im Golfkrieg noch in Afghanistan hat die Vermittlungstätigkeit der Vereinten Nationen bisher meßbare Erfolge gezeitigt. Bei der Feiersitzung des Sicherheitsrats auf der Ebene der Außenminister gab es wohlklingende Erklärungen, welche die Verantwortung dieses zentralen Gremiums unterstrichen, doch anschließend fehlten die Taten. Besonders peinlich war, daß es der Generalversammlung nicht gelang, eine gemeinsame feierliche Deklaration auszuarbeiten. Der Vorbereitungsausschuß mußte seine Unfähigkeit eingestehen,

Autoren dieser Ausgabe

Hans-Dietrich Genscher, MdB, geb. 1927, ist seit Mai 1974 Bundesminister des Auswärtigen und Stellvertreter des Bundeskanzlers; zuvor Bundesminister des Innern.

Dr. Siegfried Schultz, geb. 1936, ist seit 1968 im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin (West) tätig. Publikationen vor allem zur Entwicklungs- und Handelspolitik.

Pierre Simonitsch, geb. 1937, Genfer Korrespondent der ›Frankfurter Rundschau‹, beobachtete im Herbst 1985 die Jubiläumsfeierlichkeiten der UNO vor Ort in New York.

Dr. Dr. Erik Suy, geb. 1933, ist seit Anfang 1983 Generaldirektor des Genfer UN-Büros. 1974–82 Untergeneralsekretär für Rechtsfragen; zuvor Hochschullehrer in Belgien.

Liv Ullmann, geb. 1939, norwegische Schauspielerin und Schriftstellerin, ist seit 1980 ›Botschafterin des guten Willens‹ des UNICEF. 1985 Dag-Hammarskjöld-Ehrenmedaille der DGVN.

Roland Wartenweiler, lic. rer. pol., geb. 1944, gehört seit über 15 Jahren der Wirtschaftsredaktion der ›Neuen Zürcher Zeitung‹ an, für die er aus Genf berichtet.

Übereinstimmung hinsichtlich der Palästinafrage, des Rechtes aller Völker auf Selbstbestimmung, der Unabhängigkeit Nami-bias, des Schuldenproblems und der Aufteilung der nach einer weltweiten Abrüstung freiwerdenden Ressourcen zu erzielen. Es hätte trotzdem zu einem holprigem Konsens gereicht, wenn nicht die USA ihre grundsätzliche Ablehnung des Nahost-Paragraphen kundgetan hätten. Washingtons Standpunkte wiederum schienen den Arabern unakzeptabel.

Schon im Vorfeld der 40. Generalversammlung hatten sich auf Einladung des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Weltorganisation (UNITAR) elf ehemalige Präsidenten der Generalversammlung Gedanken nicht zuletzt zur Verbesserung der Wirksamkeit dieses Hauptorgans gemacht (UN-Doc.A/40/377). In seinem einleitenden Bericht über die Tätigkeit der Vereinten Nationen (der in diesem Heft auf S. 24ff. abgedruckt ist) las dann der Generalsekretär insbesondere dem Sicherheitsrat die Leviten:

»Daß das System der Vereinten Nationen zur Erhaltung des Friedens und der Sicherheit unter den derzeitigen Gegebenheiten viele Schwächen und Mängel aufweist, kann nicht in Abrede gestellt werden. ... Es leidet darunter, daß die Beschlüsse des Rates nicht genügend geachtet und befolgt werden. Oft leidet es unter der mangelnden Bereitschaft, gefährlichen Situationen zuvorzukommen, ja diese wenigstens vorherzusehen und sich die Möglichkeiten des Rates in einem Stadium zunutze zu machen, in dem die Probleme möglicherweise noch eher zu bewältigen wären. Es leidet darunter, daß der Rat nicht fähig ist, einige Probleme überhaupt anzugehen.«

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen trat im abgelaufenen Jahr 74mal zusammen, darunter 14mal während der Jubiläumsfeierlichkeiten im Oktober. Bei der 2608. Sitzung am 26. September säumten die Außenminister der fünf Ständigen und der zehn rotierenden Mitglieder den hufeisenförmigen Tisch. Die Vertreter der Großmächte beteuerten unisono, sie würden die heiligen Grundsätze wie Gewaltverzicht und Nicht-einmischung in fremde Angelegenheiten buchstabengetreu befolgen. Der Zuhörer glaubte sich auf einen anderen Planeten versetzt. Mitten hinein in die würdige Versammlung schallte über den Lautsprecher eine Warnung: »Die Ausläufer des Wirbelsturms Gloria haben New York erreicht. Sofort alle Fenster schließen!« Allgemeines Gelächter zeigte an, daß der unbeabsichtigte Symbolgehalt dieser Warnung verstanden wurde. Der Sitzungsraum des Sicherheitsrats ist fensterlos. Seine Benutzer beglückwünschten oder beschuldigten einander und nehmen oft gar nicht zur Kenntnis, welche Stürme draußen aufziehen. Die Welt wird nicht so dargestellt, wie sie wirklich ist, sondern wie sie die Mächtigen zum eigenen Vorteil darstellen.

In der Tat lieferte die Geburtstagsfeier Anlaß zur Besinnung. Der Rat verabschiedete ein im voraus redigiertes Papier (S/17501), in dem seine Mitglieder geloben, künftig wirksamer zu arbeiten und die gebotenen Möglichkeiten auszuschöpfen. Das Wort »Reform« wurde von manchem Redner der 40. Generalversammlung in den Mund genommen, darunter von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher. In einem einzigen Teilbereich wurden jedoch im Verlauf der Tagung echte Fortschritte sichtbar: bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Hier zeichnet sich auch eine zunehmende Interessengleichheit der Supermächte ab.

SCHATTEN DES NAHOSTKONFLIKTS

Zur Nagelprobe führte die Bombardierung des Hauptquartiers der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) bei Tunis durch die israelische Luftwaffe. Obwohl die USA diesem als Vergeltungsmaßnahme für die Ermordung von drei israelischen Bürgern auf Zypern ausgegebenen Schritt anfänglich mit Sympathie begegneten, wurden sie sich rasch der Verwicklungen bewußt. Auf Klage Tunesiens verfaßte der Sicherheitsrat einen Resolutionstext, der am 4. Oktober ohne Gegenstimme bei Stimmenthaltung der USA angenommen wurde. Israel zeigte sich bitter enttäuscht, daß die Amerikaner die Entschliebung 573 nicht durch ihr Veto zu Fall brachten, denn darin wird die Bombardierung tunesischen Territoriums als flagrante Ver-

letzung der UN-Charta und der internationalen Verhaltensregeln »energisch« verurteilt. Israel wird aufgefordert, solche Handlungen in Zukunft zu unterlassen. Die übrigen UN-Mitglieder sollen Maßnahmen ergreifen, welche Israel von weiteren Verletzungen der Souveränität und territorialen Integrität anderer Länder abhalten. Tunesien erhielt das Recht auf angemessene Wiedergutmachung »angesichts der erlittenen Verluste an Menschenleben und Sachschäden« zugesprochen.

In der Debatte verteidigte sich Israel mit dem Hinweis auf das in der UN-Charta verankerte Recht auf Selbstverteidigung. Dieser Auslegung widersprachen alle übrigen Redner. US-Vertreter Walters erklärte nach der Abstimmung, der aktuelle Anlaß für die Einberufung des Sicherheitsrats sei für die Vereinigten Staaten besonders traurig, weil es sich um den Übergriff eines engen Freundes auf das Territorium eines anderen engen Freundes handelte. Washington könne aber nicht für die Resolution stimmen, weil sie Israel die Alleinschuld für die Spirale der Gewalt im Nahen Osten zuteilt.

Wenige Tage später sah sich der Sicherheitsrat erneut mit dem Thema Terrorismus konfrontiert. Ein palästinensisches Kommando hatte sich des italienischen Passagierschiffes »Achille Lauro« bemächtigt. Die auf Antrag Italiens am 9. Oktober abgegebene gemeinsame Erklärung aller 15 Ratsmitglieder (S/17554) fiel ungewöhnlich scharf aus. Sie verurteilte erstmals »alle Formen des Terrorismus, wobei es gleichgültig ist, wo und von wem er ausgeübt wird«. In der Vergangenheit hatten sich die Vereinten Nationen schwergetan, die verschiedenen Arten des Terrorismus in gleicher Weise zu ächten. So fanden in der Regel die arabischen Staaten und die Sowjetunion Entschuldigungen für Gewaltakte der Palästinenser, während die USA Verständnis für israelische Repressalien bekundeten.

Diesem neuen Schwung in Sachen Terrorismusbekämpfung konnte sich auch die Generalversammlung nicht verschließen. Das Thema steht zwar schon seit Jahren zur Debatte, doch eine substantielle gemeinsame Aktion wurde immer wieder verschoben. Im (für Rechtsfragen zuständigen) 6. Hauptausschuß der Generalversammlung legten einerseits Kuba und andererseits 16 westliche und neutrale Staaten Resolutionsentwürfe vor. Der westliche Entwurf wandte sich gegen jede Form von Terrorismus, der kubanische versuchte ein Schlupfloch für nationale Befreiungsbewegungen offenzuhalten. Beide Fassungen erfuhren Abänderungen, bis der Ausschußvorsitzende schließlich am 6. Dezember das Ergebnis seiner Verhandlungen auf den Tisch legte. Dieser Text wurde mit 118 Stimmen gegen eine (Kuba) bei zwei Enthaltungen (Israel und Burkina Faso) angenommen. Unter den 37 Staaten, die der Abstimmung fernblieben, befand sich der Iran. Die Mitglieder des Warschauer Paktes und die meisten arabischen Länder — darunter auch Libyen und Syrien — unterstützten den Text. Sie kritisierten jedoch, daß er keine klare Verurteilung des »Staatsterrorismus« enthält. Unter diesen Begriff reihen sie unter anderem israelische Vergeltungsschläge und die Unterstützung der nicaraguanischen Konterrevolutionäre durch die US-Regierung ein.

Vom Plenum der Generalversammlung wurde die Vorlage als Resolution 40/61 am 9. Dezember ohne förmliche Abstimmung angenommen. Präsident Jaime de Piniés aus Spanien nannte dieses Ergebnis »ein wirklich historisches Ereignis«, Generalsekretär Pérez de Cuéllar sprach von einer »bedeutsamen Leistung«. Die Entschliebung

»verurteilt unmißverständlich alle terroristischen Handlungen, Methoden und Praktiken, einschließlich solcher, die die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten und ihre Sicherheit gefährden, als kriminelle Akte, gleich wo und von wem sie begangen werden«.

Alle Staaten werden aufgefordert,

»ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen, wonach sie es zu unterlassen haben, terroristische Handlungen in anderen Staaten zu organisieren, anzustiften, zu unterstützen oder sich daran zu beteiligen bzw. auf ihrem Hoheitsgebiet Aktivitäten zu dulden, die auf die Begehung derartiger Handlungen gerichtet sind«.

Was allerdings fehlt, ist eine Definition des Begriffs Terrorismus. Es bleibt also vorläufig dabei, daß des einen Freiheits-

kämpfer des anderen Verbrecher ist. Dieser Umstand machte es zahlreichen Regierungen leicht, sich der Resolution anzuschließen. Die Frage soll aber 1987 bei der 42. Generalversammlung wieder aufs Tapet kommen.

Nicht nur wegen seiner Ausläufer der Gewalt blieb der Nahostkonflikt vorrangiges Thema der letzten Generalversammlung. Unter Führung Kuwaits versuchten die arabischen Staaten (mit Ausnahme Ägyptens, Jordaniens und Omans) die ›Suspendierung‹ Israels zu erreichen, weil dieser Staat angeblich systematisch die UN-Charta mißachtet. Wie in früheren Jahren wurde der Vorstoß durch einen Kunstgriff abgewürgt: Schweden brachte einen Verfahrens Antrag ein, der verlangte, daß die Versammlung den arabischen Einspruch gegen Israels Beglaubigung aus formalen Gründen nicht auf die Tagesordnung setzt. Da nach den Konferenzregeln zuerst die Prozedur und erst dann die Substanz behandelt wird, konnte die Mehrheit den arabischen Antrag vom Tisch wischen, ohne in der Sache Partei ergreifen zu müssen.

Ernsteren Ärger verursachte ein Resolutionsentwurf der Gruppe der Blockfreien, der eine spezielle Einladung der PLO und der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) zur Geburtstagsfeier der UN forderte. Der Vorbereitungsausschuß für die Jubiläumsfeier hatte nämlich ›vergessen‹, Yasser Arafat und Sam Nujoma nach New York einzuladen, obwohl deren Bewegungen Beobachterstatus genießen. Die Aussicht, gemeinsam mit dem PLO-Führer zu feiern, mißfiel aber US-Präsidenten Reagan auf das heftigste. Gerade nach den jüngsten Zwischenfällen im Mittelmeer, in welche zumindest eine Splittergruppe der PLO verwickelt war, sah die amerikanische Öffentlichkeit das Begehren der Blockfreien als eine Zumutung an. Den Zorn bekamen als erste die Inder zu spüren, welche den Vorsitz der blockfreien Staaten innehaben und den Resolutionsentwurf einbringen mußten. New Yorks Bürgermeister Edward Koch sagte einen geplanten Besuch in Indien ab und legte in einem offenen Brief an Premierminister Gandhi seine Gründe dar. Die Auseinandersetzung in den Kulissen der Generalversammlung wurde anfänglich mit harten Bandagen ausgetragen. Die USA drohten unmißverständlich, Reagan werde die Jubiläumssitzung boykottieren, falls Arafat dort aufkreuzen sollte. Die Blockfreien hingegen wollten sich solchem Druck einer Supermacht nicht beugen und sahen auch keinen Weg für einen eleganten Rückzieher.

Schließlich fand Präsident de Piniés doch einen Kompromiß, der beiden Seiten erlaubte, ihr Gesicht zu wahren. Er verlas einen Text, der zwar keine Einladung an die Führer der PLO und der SWAPO enthielt, aber die Gültigkeit einer Resolution aus dem Jahre 1974 bestätigte, welche beiden Organisationen die Teilnahme an allen Sitzungen als Beobachter mit Rederecht einräumt. Die Blockfreien verzichteten darauf, ihren Entwurf zur Abstimmung vorzulegen. Arafat und Nujoma erachteten es als weise, nicht am Katzentisch Platz zu nehmen und den Feiern fernzubleiben. Der ›Außenminister‹ der PLO, Faruk Khaddoumi, hatte übrigens durch besonders ungeschickte Äußerungen seine Organisation ins Abseits manövriert. Nach dem Mord an einem amerikanischen Passagier der ›Achille Lauro‹ erklärte er im Sicherheitsrat, der Mann sei wahrscheinlich an einem Herzversagen gestorben oder über die Reling gefallen. Bei anderer Gelegenheit meinte Khaddoumi, Leon Klinghoffer sei von seiner Frau umgebracht worden, welche die Lebensversicherung kassieren wollte.

Trotz der aufgewühlten Gefühle war die abgelaufene UN-Generalversammlung auch Schauplatz einer kleinen Öffnung in den arabisch-israelischen Beziehungen. Israels Premierminister Peres und der jordanische König Hussein hatten in ihre Reden Andeutungen über die Möglichkeit von Friedensverhandlungen eingebaut. Die USA hielten sich als Vermittler im Hintergrund. Die in New York angebahnte Gesprächsbereitschaft scheint in der Zwischenzeit Früchte zu tragen. Premierminister Peres gab jedenfalls Mitte Januar bekannt, daß er sich mit dem König von Jordanien bereits im vertraulichen Dialog befinde.

Ein anderer regionaler Konflikt, mit dem sich die UN-Generalversammlung mittlerweile zum sechsten Male beschäftigten mußte, ist der Krieg in Afghanistan. 1985 mußten die Sowjetunion und das von ihr gestützte Regime in Kabul ihre bisher schwerste Abstimmungsniederlage hinnehmen. Mit 122 gegen 19 Stimmen bei 12 Enthaltungen wurde in Resolution 40/12 der ›unverzügliche Abzug der fremden Truppen aus Afghanistan‹ verlangt. Nur mehr die engsten Verbündeten hielten Moskau die Stange. In den Kreisen der Dritten Welt macht sich zunehmende Ungeduld wegen des schleppenden Verlaufs der indirekten Verhandlungen unter Ägide der UN über eine politische Lösung des Afghanistan-Konflikts bemerkbar.

Am 20. November legten die Vereinten Nationen in New York einen neuen Bericht (A/40/843) vor, in dem es heißt, Menschenrechtsverletzungen, darunter auch willkürliche Massenmorde an der Zivilbevölkerung, breiteten sich in Afghanistan immer mehr aus. Es handelt sich um eine überarbeitete Fassung des Berichts, den der österreichische Völkerrechtsprofessor und konservative Parlamentsabgeordnete Felix Ermacora im Auftrag der UN-Menschenrechtskommission erstellt hatte. Darin wird der Regierung in Kabul und den sowjetischen Truppen vorgeworfen, »mit äußerster Rohheit gegen Gegner oder mutmaßliche Gegner vorzugehen, ohne jeglichen Respekt für menschenrechtliche Verpflichtungen«. Modernste Waffen würden vorwiegend gegen die Zivilbevölkerung, Dörfer und die landwirtschaftliche Infrastruktur angewendet.

Trotz dieser Beschuldigungen und der klaren Mehrheitsverhältnisse in Sachen Afghanistan akzeptierte auch diese Generalversammlung das Beglaubigungsschreiben der Delegation aus Kabul unter Führung von Außenminister Mohammad Dost. Die westlichen Staaten und eine Reihe von Ländern der Dritten Welt gaben lediglich den Vorbehalt zu Protokoll, damit sei keine Anerkennung der Legitimität des Karmal-Regimes verbunden. Dieser diplomatische Eiertanz wird wahrscheinlich weitergehen, bis die laufenden Verhandlungen Klarheit schaffen, ob eine tragfähige friedliche Lösung möglich ist.

Den Höhepunkt des New Yorker Stelldicheins bildete natürlich der 24. Oktober. Nach den ursprünglichen Plänen hätte an diesem Tag in einer Festsitzung lediglich die feierliche Deklaration angenommen werden sollen, welche die Ziele der Weltorganisation und den guten Willen ihrer Mitglieder bekräftigt. US-Präsident Reagan ließ es sich aber nicht nehmen, seinen Auftritt auf den Jubiläumstag zu legen. Damit forderte er jene heraus, die nicht allein ihm die Schau überlassen wollten. Schließlich gab es ein enormes Gerangel um die Plätze auf der Rednerliste. Zwischen die fünf Atomwaffenmächte und Indien als Sprachrohr der Dritten Welt schoben sich noch einige Akteure wie der neuseeländische Premierminister David Lange, denen kein anderes Datum paßte.

Reagan machte die Lösung regionaler Konflikte zum zentralen Thema seiner Ausführungen. Er schlug einen »regionalen Friedensprozeß ... der Fortschritt auf drei Ebenen anstrebt«, vor. Den Anfang mußten Verhandlungen zwischen den unmittelbaren Konfliktparteien bilden, was im Falle Afghanistans die Sowjetunion einschließe. Ziel soll die Beendigung der Gewalt, der Abzug der ausländischen Truppen und nationale Versöhnung sein. Auf einer zweiten Ebene würden sich die beiden Supermächte zusammensetzen, um den Verhandlungsprozeß zu unterstützen und internationale Garantien zu bieten. Gelänge das Unternehmen so weit, sollten die wieder »zur Familie der freien Nationen zurückgekehrten« Länder in der Weltwirtschaft willkommen geheißen werden, »damit sie am dynamischen Wachstum anderer Entwicklungsländer ... teilhaben können«. Ausdrücklich nannte Reagan Afghanistan, Kamputschea, Äthiopien, Angola und Nicaragua. All diese Konflikte gründen nach seiner Ansicht auf lokalen Streitigkeiten, haben aber einen gemeinsamen Nenner: »Sie sind die Folge einer von außen aufgezungenen Ideologie, welche die Nationen spaltet und Regime

schaft, die sich fast vom Tag ihrer Machtübernahme an mit dem eigenen Volk im Krieg befinden.«

Reagans Vorschläge, die von den meisten Beobachtern als überaus simpel und unrealistisch empfunden wurden, zielten natürlich auf Wirkung in der heimischen Öffentlichkeit ab. Selbst US-Vertreter machten keinen Hehl daraus, daß sie als »Antwort auf die Propagandakampagne der Sowjets« konzipiert waren. Im Gegensatz dazu gab sich der neue sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse Mühe, bei seinem ersten Auftritt vor der UN-Generalversammlung staatsmännisches Profil zu zeigen und »konstruktiv« zu wirken. »Der beste Weg, den Geburtstag der UNO zu begehen, liegt darin, sich auf die ungelösten Probleme zu konzentrieren«, erklärte er. Die Hauptaufgabe sei eine Friedensgarantie für die gegenwärtige und die künftigen Generationen. Schewardnadse pries die sowjetischen Abrüstungsinitiativen und forderte die Staatengemeinschaft zu kollektiven Taten auf. Der in ungewöhnlich moderatem Ton vorgetragene Rede fehlte allerdings die Prise Salz, welche einem Gericht den Geschmack verleiht.

Es ist viel gerätselt worden, warum sich Parteichef Gorbatschow die Gelegenheit entgehen ließ, am »Welt-Gipfel« aufzutreten. Nicht einmal Staatsoberhaupt Andrej Gromyko, als Außenminister während eines Vierteljahrhunderts mit dem Räderwerk der Weltorganisation bestens vertraut, ließ sich in New York blicken. Eine politisch motivierte Entscheidung des Ostblocks ist dahinter kaum zu vermuten, sonst hätten wohl der polnische Parteiführer Jaruzelski und der ungarische Präsident

Pal Losonczi ebenfalls gefehlt. Tatsache bleibt indessen, daß sich die übrigen Mitglieder des Warschauer Paktes lediglich durch ihre Außenminister vertreten ließen.

Einiges Zähneknirschen in den Chefetagen des UN-Sitzes verursachte der Umstand, daß Präsident Reagan ausgerechnet für den Jubiläumstag die maßgeblichen westlichen Staaten zu einem Gipfeltreffen nach New York einlud. Diese Zusammenkunft der Regierungschefs der USA, Japans, Großbritanniens, der Bundesrepublik Deutschland, Italiens und Kanadas (Frankreich schlug die Vorladung aus) drohte die UN-Feier in den Schatten zu stellen. Im Endeffekt störten einander die beiden Parallelveranstaltungen nur wenig, denn der westliche »Mini-Gipfel« erbrachte keinerlei Sensationen. Man fragte sich nachher, was er denn überhaupt bezweckte.

Die konkreten Auswirkungen des Reigens von rund 70 Präsidenten, Königen und Premierministern sind noch schwer abzuschätzen. Mindestens ebenso wichtig wie ihre Bekenntnisse zu den Zielen der UN waren die zahlreichen persönlichen Kontakte. So nahmen der indische Premierminister und der pakistanische Staatspräsident das Gespräch über eine Regelung der historischen Streitigkeiten zwischen den beiden Ländern auf. Viele Absprachen in den Kulissen drangen niemals an die Öffentlichkeit. In der Menge der hohen Festgäste verschwand der einzelne beinahe in der Anonymität. »Nicht einmal ein Chamäleon würde sich hier mehr zurechtfinden«, seufzte ein verzweifelter Diplomat.

Die Vereinten Nationen an der Schwelle zum fünften Jahrzehnt



Mit einem internationalen und einem internen Jubiläum konnte die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen 1985 ihre XVIII. Ordentliche Hauptversammlung verbinden: dem 40. Jahrestag der Gründung der Weltorganisation und dem 25jährigen Bestehen des DGVN-Landesverbands Baden-Württemberg. Für die Festveranstaltung am 8. November bot das Neue Schloß zu Stuttgart einen würdigen Rahmen: Ministerpräsident Lothar Späth hob einleitend nicht zuletzt Weltoffenheit und Weltverbundenheit seines Bundeslandes hervor, Generaldirektor Erik Suy vom Genfer Büro der Vereinten Nationen schilderte Schwierigkeiten wie Erfolge der Weltorganisation und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher setzte den Akzent auf die Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland in den Vereinten Nationen. Hier die beiden Hauptvorträge im Wortlaut.

Die kleinen Schritte auf dem Weg zu einer besseren Welt

ERIK SUY

Mit ganz besonderer Freude habe ich die Einladung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen angenommen, an Ihrer Feier zum 40. Jahrestag der Vereinten Nationen und zugleich zum 25. Jahrestag Ihres baden-württembergischen Landesverbandes teilzunehmen. Ich überbringe Ihnen die Grüße des Generalsekretärs zu diesem Tage; wir wünschen uns alle, daß die ermutigende und kritische Begleitung, die die Vereinten Nationen bisher von Ihnen und durch Sie von wichtigen Teilen der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland erfahren haben, bei ihren kleinen Schritten auf dem Weg zu einer besseren Welt weiterhin die für uns alle so notwendige Unterstützung behält.

I

»Vertrauensbildung, Transparenz, Offenheit, Ausgewogenheit und Nachprüfbarkeit«, das waren, Herr Bundesaußenminister, die Kriterien, die Sie kürzlich in Ihrer Rede vor der Generalversammlung aufstellten als Voraussetzung für die kooperative Herstellung von mehr Sicherheit und Friedensbereitschaft. Sie können gewiß als Richtwerte für die Arbeit der Vereinten Nationen insgesamt gelten, sie gehören in der Tat zu den Grund-

werten und Zielen der in diesen Tagen vierzig Jahre alt gewordenen Charta.

Erinnern wir uns noch einmal an die Umstände und Zeit ihres Entstehens, am Ende der zweiten Katastrophe Europas in diesem Jahrhundert: an den einhelligen Wunsch, wieder zu einem »normalen« internationalen Leben zurückzukehren. Es war bei allen Schwierigkeiten, inmitten der großen Zerstörung eine Zeit der Hoffnung: auf eine Welt, gegründet auf Frieden und Recht, in der die Grundrechte und die Würde des Menschen respektiert werden, in der sich der Gedanke der Gleichheit aller Völker, aller Menschen durchsetzt, in der die Grundbedürfnisse der Menschen befriedigt werden.

Das war damals kein unverantwortlicher Idealismus. Die Erinnerung an die Fehler der Vergangenheit mit ihren schrecklichen Folgen brachte die Gründer der neuen Weltorganisation zu der Erkenntnis, daß die Schrecken des Zweiten Weltkrieges hätten vermieden werden können, wenn es nur rechtzeitig gelungen wäre, wirksame internationale Mechanismen zu entwickeln, um die auseinanderstrebenden Interessen auf einen Nenner zu bringen, Konflikte friedlich zu lösen und durch kollektive Sicherheitsmaßnahmen vor Aggression zu schützen.

Aber solche Mechanismen konnten nur dann wirksam sein, wenn die Staaten bereit wären, ihr traditionelles Verhalten, das immer wieder zu Kriegen und unermeßlichem Leid geführt hatte, ernsthaft zu überprüfen und zu ändern. Dies hatte Franklin D. Roosevelt, einer der Vordenker der Vereinten Nationen, der die Unterzeichnung der Charta nicht mehr erleben sollte, wohl im Sinn, als er zum Abschluß der Konferenz von Jalta sagte:

»Die Gründung der Vereinten Nationen bedeutet mit voller Absicht das Ende des Systems einseitiger Aktionen, der exklusiven Bündnisse und Einflußsphären, der Gleichgewichte der Kräfte und all jener anderen Mittel, die seit Jahrhunderten angewandt wurden und die sich immer wieder als untauglich erwiesen haben.«

Die Vereinten Nationen sollten dort Erfolg haben, wo ihr Vorgänger, der Völkerbund, scheiterte. Was Frieden ist, durfte nicht mehr allein mit der Abwesenheit von Konflikten gleichgesetzt werden, also mit Zwischenepochen, in denen das alte, gefährliche »Si vis pacem para bellum« gilt; nein, Friede sollte auf der Grundlage von Recht und Gleichheit gedeihen: »Si vis pacem cole iustitiam«, wie es über dem Eingang zum Friedenspalast im Haag, dem Sitz des Internationalen Gerichtshofes, steht. Zur Errichtung und Bewahrung von Frieden gehörte also auch die Selbstbestimmung der Völker, die noch im Kolonialstatus lebten, die Respektierung von Menschenrecht und Menschenwürde, die Befriedigung der Grundbedürfnisse und, zu diesem Zweck, die Teilnahme *aller* an der wirtschaftlichen Entwicklung.

Auf diese Ziele begann die Organisation hinzuarbeiten, sie machte den Begriff der Solidarität zu ihrem Leitmotiv, wie er in der Charta konkretisiert und institutionalisiert wurde. Aber diese gigantische Aufgabe erforderte unbedingt die absolute, selbstlose Mitarbeit aller Mitglieder, anders konnte das Ziel nicht erreicht werden. Denn wie die Charta der Vereinten Nationen die Errichtung einer neuen internationalen Ordnung anzeigte, markierte sie auch den Beginn einer neuen, der *multilateralen* Diplomatie. Es ging 1945 nicht nur um eine neue Staatengruppe, die sich um eine gemeinsame Aufgabe scharte, sondern um eine neue Dimension von Politik, die auch den kleinen und mittleren Staaten offensteht, die neue Qualitäten ihrer Beziehungen untereinander bewirkt, neue Spielregeln und Verhaltensnormen einsetzt, und vor allem auf dem Grundsatz der gemeinsamen Teilnahme beruht.

Vierzig Jahre sind jetzt vergangen, in denen die Welt mehr und größere Veränderungen erfahren hat, als je in der Geschichte der Menschheit: Umwälzungen politischer, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und technischer Natur, dazu eine gewaltige demographische Explosion — alles Ursachen zahlloser neuer Herausforderungen an die Weltgemeinschaft. Sie sind um so komplexer geworden, als gleichzeitig mit der Vermehrung der Staaten und ihrer Bewohner die Fähigkeiten des einzelnen und der Nationen zu eigenständigem Handeln immer geringer werden. Die wechselseitige Abhängigkeit, die Interdependenz, wird enger und enger und birgt alle Möglichkeiten zum Guten und zum Schlechten in sich.

Die größte Herausforderung, die schrecklichste Bedrohung der Menschheit, die als Schatten schon über dem Beginn der neuen Organisation lag, ist so gewaltig, daß auch die Gründerväter sie kaum recht begreifen konnten: Zwischen der Unterzeichnung der Charta in San Franzisko im Juni und ihrem Inkrafttreten im Oktober geschah eine Tragödie, deren Schrecken die Welt erfaßte und deren Widerhall noch heute alle Menschen erbeben läßt: die Anwendung der Atombombe. Voll Hoffnung auf eine neue Ordnung und ohne Ahnung von der neuen Gefahr stürzte unser Planet in das nukleare Zeitalter mit seinen Chancen und Bedrohungen.

Wenig später zerbrach der Zusammenhalt derjenigen, auf deren Willen Stabilität und Erfolg des Systems der kollektiven Sicherheit beruhen sollte. Der Graben zwischen Ost und West öffnete sich, und ein Rüstungswettlauf begann, der in seiner Sinn- und Zügellosigkeit unter nuklearem Vorzeichen heute die größte Gefahr für das Überleben der Menschheit darstellt.

So begannen die Vereinten Nationen ihr Werk unter ganz neuen Bedingungen, in einem Klima, das sich gegenüber dem ihrer Konzeption entscheidend gewandelt hatte. Heute steht die vierzigjährige Organisation im Kreuzfeuer der Kritik, wird gewogen und oft zu leicht befunden. Ihre Arbeit, ihre Rolle, ja ihre schiere Existenz sind Anlaß zur Polemik. Manche halten sie für ein Forum theoretischer und bössartiger Debatten, ein Treibhaus für eine aufgeblähte Bürokratie, die ihre Aufgaben nicht erfüllt. Die Ziele der Charta seien nicht verwirklicht, im Laufe der letzten vier Jahrzehnte habe die UNO es nicht vermocht, ihren Hauptauftrag — Bewahrung des Friedens und der Sicherheit — zu erfüllen, da doch der Ausbruch von regionalen und lokalen Konflikten nicht verhindert werden konnte.

Aber ist diese Kritik nicht ungerecht? Sie verkennt, ja ignoriert doch die Anstrengungen und ihre Erfolge, denn es gibt Erfolge! Gewiß, lokale Konflikte sind entstanden, aber die Vereinten Nationen haben ihre Rolle gespielt, und tun es heute noch, damit sie sich nicht ausbreiten, damit sie nicht zu allgemeinen Konflikten auswuchern; dies ist eine Gefahr, die unter den Bedingungen unserer Welt gewiß nicht zu unterschätzen ist. Wenn trotz aller Bemühungen Feindseligkeiten ausbrechen, dann ist es die UNO, die auf Waffenstillstand drängt und dafür sorgt, daß er eingehalten wird, indem sie — im Einverständnis mit den Parteien des Konflikts — eine Friedenstruppe an Ort und Stelle einsetzt, um dann die Waffenruhe zur friedlichen Beilegung der Streitigkeiten zu nutzen. Es ist gar nicht so einfach, einen Waffenstillstand durchzusetzen, aber den Vereinten Nationen ist es gelungen: erinnern wir uns an die Suez-Affäre von 1956, den Jom-Kippur-Krieg zwischen Israel und Ägypten 1973 oder den Zypern-Konflikt 1974.

Gerade die friedenserhaltenden Einsätze der »Blauhelme« sind bedauerlicherweise immer wieder Gegenstand vernichtender Kritik. Ich glaube, damit ist erwiesen, wie sehr die Aufgabe der »Blauhelme« überhaupt verkannt wird: sie sind keine kriegführenden Truppen, ganz im Gegenteil. Die Erhaltung des Waffenstillstandes soll ohne Waffengebrauch gegenüber den Konfliktparteien durchgesetzt werden. Ruhe und Beharrlichkeit werden von den Truppen der Vereinten Nationen erwartet, um damit auf Provokation und Angriff zu antworten. Sie haben in diesen Wochen davon gehört und gelesen, daß eines der Mitgliedsländer seine der UNIFIL im südlichen Libanon zur Verfügung gestellten Soldaten aus Gründen, die hier nicht erörtert werden sollen, zurückgerufen hat, aber selten werden Sie jemals in den Medien davon erfahren, mit welchem Einsatz gerade diese Truppe UNIFIL unter äußerst schwierigen Bedingungen ihre Aufgabe erfüllt und außerdem noch unschätzbare humanitäre Hilfe an die schwer betroffene Dorfbevölkerung leistet — Straßen repariert, Lebensmittel und Medikamente transportiert, medizinische Hilfe leistet, Minen beseitigt.

Und wie selten machen die zahlreichen diskreten und geduldierten diplomatischen Schritte des Generalsekretärs, seine Verhandlungen und Vermittlungsversuche Schlagzeilen! Allzu oft verkannt werden auch die Möglichkeiten, die die Vereinten Nationen als Rahmen für Verhandlungen bieten; sie sind in der Tat eine einzigartige Instanz, die es den potentiell oder bereits tatsächlich kriegführenden Parteien erlaubt, sich ohne Prestigeprobleme zusammensetzen, ihre Beschwerden vorzutragen, die internationale Gemeinschaft zum Zeugen ihrer Sache zu machen. Auf diese Weise hat die Organisation mehr als einmal den Ausbruch von Feindseligkeiten verzögern können, indem sie dazu beitrug, daß die internationale Gemeinschaft hinreichenden politischen Druck auf die streitenden Parteien ausübte, damit sie ihren Konflikt auf das reale Maß zurückführten und sich zu einer friedlichen Lösung bereit fanden. So geschah es beispielsweise in diesem Jahr bei der Regelung von Grenzstreitigkeiten zwischen Laos und Thailand, die vor der Generalversammlung ihre Standpunkte vortragen konnten, ihre Gemüter beruhigten und die Konfrontation vermieden.

Die gewaltigen Veränderungen politischer und wirtschaftlicher Art, die seit 1945 die Welt betroffen haben, sind natürlich an den Vereinten Nationen nicht vorbeigegangen; im Gegenteil: viele wurden auf ihre Initiative hin zumindest beschleunigt. Vor vierzig Jahren gab es noch keine Dritte Welt als politische und wirtschaftliche Größe, große Teile Afrikas und Asiens waren noch in den Farben ihrer Kolonialmacht auf den Landkarten eingetragen. Nach und nach haben dank der Hilfe und Unterstützung der Vereinten Nationen etwa achtzig Staaten — heute die Mehrheit der Mitglieder — auf vergleichsweise friedlichem Weg ihre Unabhängigkeit erlangt. Damit wurde ein beispielloser Wandel in der internationalen Politik in Gang gesetzt: das internationale System war nicht mehr in der Hand einiger weniger, es wurde nahezu universell unter gleichberechtigter Vertretung aller Staaten.

Dieser Wandel brachte neue, teilweise sehr schwere Probleme mit sich, vor allem auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Die neu Hinzugekommenen mußten bald sehen, daß ihre politische Freiheit erst mit einem noch mühsameren Schritt zur wirklichen Unabhängigkeit gedeihen konnte. Dieser Aufgabe stellte sich die internationale Gemeinschaft mit einer bemerkenswerten Anpassungsfähigkeit, indem sie die recht weiten Grundsätze der UN-Charta auf notwendige und richtige Weise interpretierten. Aus der Organisation für den Erhalt von Frieden und Sicherheit wurde zusätzlich die Organisation der internationalen Entwicklung. Die Gründung der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds, des GATT in den vierziger Jahren hatten bereits den Grund für die multilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit gelegt, aber nicht alle Mitglieder der internationalen Gemeinschaft fanden ihre Bedürfnisse in ihnen gut aufgehoben. So entstand die UNCTAD und der Ruf nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung. Die Vereinten Nationen begannen gemeinsam mit den Sonderorganisationen die Spitze in der Entwicklungspolitik zu übernehmen, vor allem mit ihrer technischen und humanitären Hilfe. Gemeinsam mit den regionalen Wirtschaftskommissionen, den verschiedenen Sonderorganisationen des UN-Systems, mit der Hilfe der Mitgliedsländer und nichtstaatlicher Organisationen ging vor allem das Entwicklungsprogramm UNDP daran, auf zahlreichen Gebieten und Wirtschaftssektoren mittel- und langfristige Hilfe zu leisten, die den abhängigen Ländern schließlich die Selbständigkeit ermöglichen sollte: mehr als zwei Milliarden Dollar fließen jährlich durch multilaterale Kanäle in die Dritte Welt (die Leistungen der Weltbankgruppe nicht eingerechnet). Die Erfolge sind an Ort und Stelle zu sehen, wenngleich die Wachstumskrisen der siebziger Jahre in den Industrieländern sich so drückend auf die Entwicklungschancen der Dritten Welt legten, daß die gegenwärtigen Zahlungsbilanzkrisen, die drohende Schuldenkatastrophe mit all ihren sozialen Konsequenzen viele Anstrengungen zunichte machen oder doch relativieren.

Auch diese globale Krisensituation hat das System der Vereinten Nationen in den vergangenen Jahren herausgefordert, immer mehr Mittel und Organisationsfähigkeit darauf zu konzentrieren, durch humanitäre Hilfe Not zu lindern. Die Not einer immer weiter steigenden Zahl von Flüchtlingen, der Opfer von Katastrophen — natürlichen und solchen, die letztlich von Menschen hervorgerufen werden — und von Hungersnöten. Solche Soforthilfe, sie mag so großzügig und effizient wie irgend möglich sein, ist jedoch nur Hilfe im Augenblick und beseitigt die Wurzeln des Übels nicht. Langfristige weltweite Strategien sind notwendig, die sich vor allem an der Erholung und dauerhaften Stabilisierung der von den Entwicklungen der letzten Jahrzehnte betroffenen Volkswirtschaften bewähren müssen. Notwendig ist vor allem mehr Weitsicht auf Seiten der Länder des Nordens, die davon absehen müssen, um jeden Preis ihre eigenen Volkswirtschaften durch Protektionismus heilen zu wollen, der zuallererst auf Kosten der Dritten Welt geht. So sehr die bilateralen Bemühungen einiger Industrieländer (gerade auch

der Bundesrepublik Deutschland) zu schätzen sind, so sehr es auch auf die Eigenleistung der Entwicklungsländer ankommt — ohne multilaterale Hilfe, deren großer Vorteil es ist, daß sie keine einseitige Abhängigkeit schafft, läßt sich das Problem der Entwicklung nicht lösen.

IV

Ein anderes, wichtiges Beispiel für vielleicht kleine, aber unübersehbar wichtige Schritte zu einer besseren Welt bieten die Vereinten Nationen im Bereich der Menschenrechte. Schon der Völkerbund hatte sich mit ersten Ansätzen zu einem internationalen Konzept beschäftigt, als er die Forderung nach einer Garantie des Rechts von Minderheiten aus der Hinterlassenschaft der Friedenskonferenz von Paris 1919 übernahm. Dennoch kennt der Völkerbundpakt weder ausdrücklich das Recht des Individuums als schützenswert an, noch sieht er irgendwelche Mechanismen zu internationaler Förderung und Schutz der Menschenrechte vor; dies blieb den einzelnen Staaten und gegebenenfalls bilateralen Verträgen untereinander vorbehalten.

Anders bei den Vereinten Nationen: Artikel 56 der Charta verpflichtet die Mitglieder, die im vorhergehenden Artikel 55 gegebene Garantie für »die allgemeine Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion« zu übernehmen. Drei Jahre nach der Charta entstand 1948 mit der »Universellen Erklärung der Menschenrechte« die international gültige Definition der Menschenrechte und Grundfreiheiten, zunächst als einfache Empfehlung an die Mitgliedstaaten, dann als Grundlage der Menschenrechtspakte von 1966 über die bürgerlichen und politischen sowie die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte. Seitdem müssen die Staaten, die den entscheidenden ersten Pakt ratifiziert haben, regelmäßig vor dem Menschenrechtsausschuß über die Situation der Menschenrechte in ihrem Hoheitsgebiet berichten. Im Laufe eines Jahres erhält das Zentrum für Menschenrechte der Vereinten Nationen etwa 50 000 Individualbeschwerden und leitet sie weiter an die Menschenrechtsgremien, die dann mit den beschuldigten Regierungen ins Gespräch zu kommen suchen und beschließen können, die jeweilige Situation zu untersuchen und Empfehlungen auszusprechen.

So kann in den Organen der Vereinten Nationen, der Generalversammlung, dem Wirtschafts- und Sozialrat, der Menschenrechtskommission auf flagrante Verletzungen der Menschenrechte reagiert und die öffentliche Diskussion darüber eingeleitet werden. Zahlreiche Entschlüsse haben die Sorge der Organisation angesichts solcher Fälle dokumentiert. Untersuchungsorgane oder das Angebot guter Dienste der Organisation sind so unterstützt worden und haben in vielen Fällen — die aus guten Gründen nicht an die große Glocke gehängt werden — zum Erfolg geführt.

Sicher, auch das ist nicht genug, immer noch gibt es bei weitem zu viele Fälle flagranter Menschenrechtsverletzungen, aber liegt das an den Vereinten Nationen? Sie haben die Normen gesetzt, die Instrumente schaffen helfen, aber ihre Durchsetzung ist Sache der Staaten, einzeln und gemeinsam. Es ist Sache der Staaten, summarische Todesurteile, Folter, unmenschliche Behandlungen unter den international für gut befundenen Regeln des Völkerrechts, die mit Hilfe der Vereinten Nationen entstanden sind, bei sich selbst zu ächten. Aus historischer Perspektive läßt sich ohne Einschränkung sagen: Noch nie in der Geschichte der Menschheit wurde die Erkenntnis und die Behandlung der Menschenrechtsprobleme so rasch internationalisiert und aus dem innerstaatlichen Bereich herausgeholt. Ein wichtiges Zeichen dieser historischen Entwicklung ist die hervorragende Rolle, die inoffizielle Instanzen, nichtstaatliche Organisationen hierbei spielen. Die Förderung der Menschenrechte ist zu einem guten Teil durch die Charta der Vereinten Nationen zu einem wichtigen Friedensfaktor geworden, wobei allerdings die Gefahr nicht ausgeschlossen ist, daß die Men-

schenrechtsproblematik für politische Zwecke mißbraucht wird.

V

Ich habe es mehrfach erwähnt: Niemand sollte zufrieden sein mit dem Zustand unserer Welt und mit dem der Vereinten Nationen. Unsere Organisation, dessen kann ich Sie versichern, ist es gewiß nicht. Wir sehen sehr wohl, daß es nicht nur eine *modische* Kritik am Multilateralismus gibt, sondern daß mancher Ruf nach durchgreifender Reform der Idee der Charta und auch der Organisation durchaus wohl will.

Gerade jetzt, am vierzigsten Jahrestag der Vereinten Nationen, sehen wir uns einer Situation gegenüber, die stärker als früher von Spannung, Mißtrauen, Verdächtigung geprägt ist. Ich teile, Herr Minister Genscher, Ihre Hoffnung auf das Treffen, das in wenigen Tagen in Genf stattfinden wird. Ich meine auch, daß Ihr Vorschlag, der auf gründlichere bilaterale Konsultationen zwischen befreundeten Staaten hinzielt, bevor ein Problem vor

die Gremien der Vereinten Nationen gebracht wird, vieles für sich hat. Aber: Die Probleme der kommenden Jahre werden uns schneller zu multilateraler Aktion zwingen, als manche es heute noch wahrhaben wollen.

Bevor die Vereinten Nationen fünfzig werden, ist alle diplomatische Kunst, alle politische Erfahrung und Lernfähigkeit nötig, um mit den Problemen fertigzuwerden, die wir heute schon kennen, und denen, die wir unausweichlich auf uns zukommen sehen: der Graben zwischen Nord und Süd, der sich weiter vertieft, die drohende Überbevölkerung, die immer stärker belastete Umwelt, die sich daraus ergebenden Hungersnöte, der unglaubliche Mittel verschlingende Rüstungswettlauf. Die Vereinten Nationen müssen und wollen der Platz sein, auf dem diejenigen gehört werden, die zuerst Opfer einer fatalen Entwicklung zu werden drohen, aber auch Forum der Vernünftigen, die ja nicht immer mit den Mächtigen identisch sind. Die UNO sei vielleicht kein Weg zum Himmel, meinte Dag Hammarskjöld einmal, aber ohne sie wären wir wohl schon ein Stück weit auf dem Weg zur Hölle.

Schwerpunkte deutscher Mitarbeit bei den Vereinten Nationen

HANS-DIETRICH GENSCHER

Die Rolle der DGVN

Als langjähriges Mitglied des Präsidiums der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen freue ich mich ganz besonders, an dieser Veranstaltung teilnehmen zu können. Es sind zwei Anlässe, die uns heute in diesen historischen Räumen des Stuttgarter Neuen Schlosses zusammengeführt haben: der vierzigste Geburtstag der Vereinten Nationen *und* der fünfundzwanzigste Geburtstag des Landesverbandes Baden-Württemberg der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen.

Lange bevor die Bundesrepublik Deutschland 1973 als Vollmitglied in die Vereinten Nationen aufgenommen wurde, hatte sich die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen der Aufgabe verpflichtet, bei unseren Mitbürgern für die großen Ziele unserer Weltorganisation Verständnis zu wecken. Sie ist stets mit der Bundesregierung dafür eingetreten, daß eine aktive Mitarbeit der Bundesrepublik Deutschland in den Vereinten Nationen in unserem ureigensten deutschen Interesse liegt. Zwölf Jahre nach unserem Beitritt können wir sagen, daß dieser Schritt für die Bundesrepublik Deutschland notwendig und erfolgreich war.

Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen hat als Nichtregierungsorganisation eine wichtige eigene Funktion. Sie besteht nicht allein in der Unterrichtung einer breiteren deutschen Öffentlichkeit über die Tätigkeit der Weltorganisation. Ihre Aufgabe ist es auch, sich aktiv an unserer innerstaatlichen Diskussion über die Vereinten Nationen und über unseren deutschen Beitrag zu ihrer Arbeit zu beteiligen. Sie kann und soll Impulse geben, ihren kritischen Sachverstand bei der Erörterung der komplexen Probleme einbringen und den politisch Verantwortlichen Anregungen und auch »kritische Begleitung« geben.

Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen hat sich dieser Aufgabe in den vergangenen Jahrzehnten mit großem Verantwortungsbewußtsein gestellt. Das zu würdigen ist auch ein Anlaß, zum 40. Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen zusammenzukommen. Für den Landesverband Baden-Württemberg war es Beginn einer nunmehr fünfundzwanzigjährigen Arbeit im Sinne kontinuierlichen Bemühens um die Verfolgung der Ziele der Vereinten Nationen. Für diese Kontinuität stehen zwei Persönlichkeiten, die ich stellvertretend für viele nennen möchte: Professor Löffler, dessen persönliches En-

gagement für die Idee multilateraler Zusammenarbeit bis in die Zeit des Völkerbundes zurückreicht, und Herr Barthels, der als Gründungsmitglied der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen seit 1952 angehört. Ihnen und vielen anderen danke ich für Ihre verdienstvolle Arbeit.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart für die Ausrichtung dieser Feier zum 40. Jahrestag der Vereinten Nationen zu danken. Gerade die Worte von Herrn Ministerpräsident Späth haben sein Engagement für die Sache der Vereinten Nationen bewiesen.

Ich bin auch Herrn Generaldirektor Suy dankbar, daß er aus diesem Anlaß nach Stuttgart gekommen ist.

Die Weltorganisation als Spiegelbild unserer Welt

Der 40. Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen hat eine neue Diskussion um Möglichkeiten und Grenzen der Weltorganisation in Gang gebracht. Die öffentliche Diskussion ist geprägt von zahlreichen Gegensätzen und oft von ganz extremen Positionen, die von euphorischer Zustimmung bis hin zu unsachlicher Kritik reichen.

Können die Vereinten Nationen eigentlich mehr sein als ein Spiegelbild des wirklichen Zustandes unserer Welt? Generaldirektor Suy hat auf die großen Probleme hingewiesen, die allein entstanden sind in den wenigen Monaten zwischen dem Abschluß der Beratungen und der Verabschiedung der Charta: die Veränderung der Welt durch die Explosion der ersten Atombombe. Die Vereinten Nationen oder ihre Gründungsväter gingen davon aus, daß die fünf Ständigen Mitglieder des Welt sicherheitsrates sozusagen eine Art Patenschaft für den Frieden der Welt übernehmen könnten.

Aber es stellte sich sehr bald heraus, daß ihre Gegensätze über Jahrzehnte das Geschehen in der Welt bestimmten. Und wer hätte am Gründungstag gedacht, daß am 8. Januar 1985 in Genf die Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion eine Erklärung unterzeichnen würden, in der sie das Ziel setzen, einen Rüstungswettlauf im Weltraum zu verhindern. Im Weltraum zu verhindern, obwohl wir ihn auf Erden noch immer haben. Dazwischen liegt die große Periode des Entkolonisierungsprozesses, des Selbständigwerdens vieler Staaten. Staaten, in denen Völker zusammengeführt wurden, Staa-

ten, in denen erst Nationenbewußtsein entstehen mußte, Staaten, die ihre Grenzen weniger geschichtlichen Gegebenheiten verdanken als vielmehr kolonialer Grenzziehung.

Ich möchte vor dem Hochmut warnen, der uns zuweilen in Europa begegnet, wenn auf die Art des Umganges unter Staaten irgendwo in der Dritten Welt hingewiesen wird. Es ist grausam, daß es noch immer Kriege und regionale Auseinandersetzungen gibt. Aber alle diese Auseinandersetzungen bleiben zurück hinter den Kriegen, die wir Europäer allein in diesem Jahrhundert zweimal in die Welt getragen haben. Deshalb ist es unsere Aufgabe in den Vereinten Nationen, aus unseren Erfahrungen beizutragen zu einer Organisation des Friedens, der Friedenssicherung, der Stabilisierung der Welt. Europa muß heute Ausgangspunkt friedlicher Initiativen sein. Und wo können sich solche Friedensinitiativen besser vollziehen als in den Vereinten Nationen. Natürlich weiß auch ich, daß dort in Plenarsitzungen und Ausschüssen Reden gehalten werden, die oft polemisch und unsachlich klingen. Aber haben wir uns schon einmal die Frage gestellt, wo eigentlich sonst sich die neu entstandenen Staaten Gehör suchen sollten, wenn nicht in den Vereinten Nationen? All dies müssen wir im Auge behalten, wenn wir mit Recht den Finger auch auf die Wunden der Weltorganisation und ihre Probleme legen.

Wir sind uns bewußt, daß die Vereinten Nationen die Ziele der UN-Charta noch bei weitem nicht realisiert haben. Deshalb müssen wir uns fragen, was geblieben ist vom Konzept der Gründerväter der Vereinten Nationen, wie ihre Arbeit und die ihrer Sonderorganisationen aus unserer deutschen Sicht nach nunmehr zwölf Jahren Mitarbeit zu beurteilen ist, welchen Nutzen wir aus unserer Mitarbeit gezogen haben, wo wir Möglichkeiten realistischer Verbesserungen sehen.

Zunächst ist festzustellen: Ohne die Vereinten Nationen würden unserer Außenpolitik wesentliche, uns längst selbstverständliche Grundlagen fehlen. Die Vereinten Nationen setzen den weltweiten Rahmen für unsere Gewaltverzichtspolitik, unsere Menschenrechtspolitik, unsere Entwicklungs- und Dritte-Welt-Politik. Die Verankerung des universellen Gewaltverbots in der UN-Charta ist die Grundlage für ein funktionierendes System der internationalen Beziehungen. Das Gewaltverbotsprinzip der Charta ist zu einem der wichtigsten Pfeiler unserer

Außenpolitik geworden. Unsere Gewaltverzichtspolitik in den Vereinten Nationen, aber auch in Stockholm, ist darauf gerichtet, das Gewaltverbot praktisch durch ein Geflecht politischer Vereinbarungen zu stärken.

Unsere Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern hat auch unser Verständnis für deren Anliegen vertieft und erst eine Dritte-Welt-Politik möglich gemacht, die in Formulierung und Ausprägung in unsere Außen- und Entwicklungspolitik eingeflossen ist. Natürlich hat es viele streitige und polemische Debatten gegeben und gibt sie heute noch über die Frage der Nord-Süd-Politik, aber niemand konnte am Anfang der Entkolonialisierung das richtige Konzept bieten. In einer großen, weltweiten Diskussion haben wir aus den Fehlern der ersten Dekaden gelernt.

Mit der Bewegung der Blockfreien hat sich die Mehrheit der Staaten der Dritten Welt eine politische Organisationsform gegeben, die innerhalb wie außerhalb der Vereinten Nationen an Einfluß gewinnt. Das Auftreten der Blockfreien in den Vereinten Nationen hat sich seit den siebziger Jahren stark verändert. In einer Reihe wichtiger Fragen treten die Blockfreien stärker interessendifferenziert auf. Das gilt vor allem für die Behandlung wirtschaftspolitischer Fragen. Politischer Maßstab der Blockfreien sind immer deutlicher ihre eigenen, individuellen Interessen und Prinzipien. Deshalb ist die Blockfreiheit heute auch als politisch gestaltender Faktor in den Vereinten Nationen ausgeprägter als vor zehn Jahren.

Die Bundesregierung und die westlichen Demokratien haben diese Blockfreien-Bewegung mehr und mehr erkannt als einen Faktor der Stabilität und der Friedenssicherung in der Welt. Wie sehr waren zunächst noch die Feindbilder geprägt von den Blockfreien als einer Art Hilfsorganisation der kommunistischen Länder. Heute haben die Blockfreien erkannt, daß wirkliche Unabhängigkeit im Sinne von Blockfreiheit ihren Interessen am besten dient, und daß nicht die kommunistischen Länder ihre natürlichen Verbündeten sind. Dies zeigt sich auch deutlich in der wirtschaftlichen Hilfe für die Staaten der Dritten Welt. Allein die Bundesrepublik Deutschland leistet mehr Entwicklungshilfe, inklusive der privaten Leistungen, als alle kommunistischen Staaten zusammengenommen. Auch das ist ein Ausdruck von weltweiter Verantwortung und Solidarität.



Bei der Festveranstaltung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen im Weißen Saal des Neuen Schlosses zu Stuttgart am 8. November 1985 in der ersten Reihe (v.r.n.l.): Ministerpräsident Lothar Späth, Dr. Helga Timm, MdB, Vorsitzende der DGVN, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, Generaldirektor Prof. Dr. Erik Suy vom Genfer Büro der Vereinten Nationen, Oskar Barthels, Vorsitzender des Landesverbands Baden-Württemberg der DGVN. Am gleichen Ort hatte die am 10. Mai 1952 in Heidelberg gegründete DGVN 1977 ihr 25jähriges Bestehen begangen (VN 3/1977 S.86ff.); »Anspruch und Wirklichkeit« der Vereinten Nationen hatte damals Bundestags-Vizepräsidentin Annemarie Renger miteinander verglichen.

Konflikteindämmung, Nord-Süd- und Menschenrechtsfragen

An der Schwelle zum fünften Jahrzehnt der Vereinten Nationen stellt niemand die Existenz der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen in Frage. Im Zentrum der Überlegungen steht die Frage, wie sie verbessert und gestärkt werden können. Wir sind nicht mit allem einverstanden, was in dieser Weltorganisation und ihren Sonderorganisationen geschieht. Nur: Abseitsstehen, Austreten wird die Situation nicht verbessern, sondern eher die Mängel verstärken. Es würde uns die Möglichkeit nehmen, unsere Verantwortung in dieser großen Organisation wahrnehmen zu können.

In den Vereinten Nationen müssen wir auch die kulturelle Dimension der Zusammenarbeit stärker erkennen, so wie wir uns in Europa auf die kulturelle Identität besinnen. Das Kulturforum in Budapest ist zum Beispiel eine kühne und wagnisbereite Veranstaltung zwischen West und Ost. Der Nord-Süd-Dialog ist ebenso dringend geboten, um den Völkern der Dritten Welt im Prozeß der Nationwerdung zu helfen, sich ihrer eigenen kulturellen Identität zu besinnen und sie nicht der Überfremdung auszusetzen. So wie die europäische Kultur undenkbar ist ohne die großen Beiträge aller Völker, so ist auch das kulturelle Erbe der Menschheit undenkbar ohne die Beiträge aller Völker. Sich darauf zu besinnen und anzuerkennen, was andere leisten und geleistet haben in ihrer großen, der Jahrtausendealten Geschichte der Menschheit, ist nicht nur Kulturhysterie, sondern aktive Friedenspolitik. Das Predigen von Haß gegen andere Völker hat stets damit begonnen, daß man ihre kulturellen Leistungen herabgesetzt und diffamiert hat. Achtung vor den kulturellen Leistungen anderer, das ist Friedensgesinnung.

Sachlich erfordert die Weiterentwicklung eines funktionsfähigen Systems der internationalen Zusammenarbeit vor allem klare Zielsetzungen und den politischen Willen, sie zu verwirklichen. Entscheidend dabei wird sein, daß wir uns auf die Kernprobleme, denen wir uns gegenübersehen, konzentrieren, daß wir Schwerpunkte setzen. Das umfassende Friedensverständnis der Charta sollte uns dabei Maßstab sein. Ich will dies an drei wichtigen Bereichen – ›Konfliktverhütung‹, ›Nord-Süd-Politik‹ und ›Menschenrechte‹ – erläutern.

Zentrales Ziel unserer Arbeit in den Vereinten Nationen wird auch künftig die umfassende Kriegsverhütung und Friedenssicherung sein. Diesem Ziel dient neben unserem Engagement in Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle unser Konzept zur Vorbeugung von internationalen Konflikten.

Damit die bilateralen wie die multilateralen Verhandlungen im Abrüstungsbereich Erfolg haben können, muß mehr Vertrauen zwischen den Staaten geschaffen werden. Aktive Bemühungen um Vertrauensbildung sind unerlässlich. Darum ist die Grundsatzdiskussion, die in den Vereinten Nationen hierüber geführt wird, von so großer Bedeutung. Der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen liegt ein von uns entwickelter Katalog von Leitlinien für weltweit und regional anwendbare Vertrauensbildende Maßnahmen vor. Den Vereinten Nationen kommt aber auch in anderen Bereichen eine wichtige Rolle bei der Konflikteindämmung und -verhütung zu. So dient die Durchführung friedenssichernder Operationen, die den Konsens aller betroffenen Staaten erfordern, dem Ziel der Konflikteindämmung. Sie sind eine unverzichtbare Ergänzung der Bemühungen um eine friedliche Beilegung von Konflikten. Friedenstruppen der Vereinten Nationen können maßgeblich zu einem Klima beitragen, in dem politische Lösungen erst möglich werden.

Die Bundesrepublik Deutschland hat dieses wichtige Mittel der Friedenssicherung bereits in der Vergangenheit politisch, finanziell und logistisch nach Kräften unterstützt. Wir werden dies auch in Zukunft tun. Unser Konzept der Vorbeugung von Konflikten manifestiert sich in unseren Bemühungen um eine Stärkung und einen Ausbau der verfügbaren Instrumente der Friedenssicherung in den Vereinten Nationen. Wir setzen uns

nachhaltig für eine Stärkung der präventiven Funktionen des Sicherheitsrats und des Generalsekretärs ein.

Der Generalsekretär hat dazu in den vergangenen Jahren eine Reihe von konkreten Vorschlägen gemacht, die wir unterstützt haben. Wir selbst haben Vorschläge zur Vorbeugung von internationalen Konflikten unterbreitet. Sie zielen auf ein frühzeitiges Eingreifen von Sicherheitsrat und Generalsekretär in Krisenfällen ab. Dazu bedarf es eines effektiven politischen Frühwarnsystems. Der Sicherheitsrat sollte in stärkerem Maße als Verhandlungsforum auch für die Streitparteien drohender Konflikte genutzt werden. Informelle Verhandlungen in der Entstehungsphase von Konflikten können zu größerer Transparenz der Absichten von Konfliktparteien, ihrer Motive und zum Abbau von Unsicherheit beitragen. Dazu sollten auch die Möglichkeiten stiller Diplomatie des Generalsekretärs in stärkerem Umfang genutzt werden. Wir müssen ihm die Möglichkeit geben, zunehmend als objektive, dritte Kraft zu agieren.

Dem Ziel der Vorbeugung von Konflikten dient in gleicher Weise unsere Flüchtlingsinitiative. Riesige Flüchtlingsströme in allen Teilen der Welt sind zu einer ersten Bedrohung des Friedens geworden. Sie schaffen unendliches Leid für die betroffene Menschheit. Sie sind eine Gefahr nicht nur für die betroffenen Länder, sondern für alle umliegenden Staaten. Sie können zur Destabilisierung ganzer Regionen führen. Die humanitäre Betreuung der Flüchtlinge muß ein wichtiges Anliegen der Staatengemeinschaft bleiben. Aber das allein reicht nicht aus. Erforderlich ist die Beseitigung der wirklichen Ursachen von Flüchtlingsbewegungen. Dem dienen unsere Vorschläge zur Vermeidung neuer Flüchtlingsströme. Eine von der Generalversammlung eingesetzte Expertengruppe wird voraussichtlich schon 1986 konkrete Empfehlungen dazu vorlegen.

Ein zweiter, zentraler Schwerpunkt unserer Arbeit in den Vereinten Nationen wird auch zukünftig unsere Zusammenarbeit mit der Dritten Welt sein. Ich habe auf die Rolle der Blockfreien-Bewegung in den Vereinten Nationen hingewiesen. Wir erkennen die wachsende Differenzierung der Dritten Welt auch bei der Erörterung wirtschaftlicher Fragen in den Vereinten Nationen. Hier haben sich die Entwicklungsländer zur sogenannten Gruppe der 77 zusammengeschlossen. Es sind inzwischen 126 Mitglieder. Unverkennbar ist ein Trend dieser Staaten zu kooperativen Formen der Zusammenarbeit, zum Interessenausgleich, zu mehr Pragmatismus. Die ideologischen Schlachten liegen eigentlich schon fast hinter uns. Eindrucksvolles Beispiel für dieses sich ändernde Bewußtsein der Dritten Welt ist das Zustandekommen der ›Erklärung über die kritische Wirtschaftslage in Afrika‹ während der 39. Generalversammlung. Sie ist ein Produkt enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen den unmittelbar betroffenen Ländern Afrikas und den Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft. Der Nord-Süd-Dialog hat sich in den letzten Jahren nicht nur versachlicht. Er wurde auch zunehmend von den großen Foren der Generalversammlung der Vereinten Nationen oder der UNCTAD in die Fachorganisationen von IMF, Weltbank und GATT verlagert. Auch diese Entwicklung können wir nur begrüßen. Wir dürfen aber die großen Zusammenhänge der Entwicklungsprobleme der Dritten Welt nicht aus den Augen verlieren. Trotz ungezählter ungelöster Probleme haben die Entwicklungsländer insgesamt eindrucksvolle Leistungen erbracht. Ungelöst ist das Problem der Bevölkerungspolitik.

Die landwirtschaftliche Produktivität und der Grad der Industrialisierung konnten in vielen Ländern in beeindruckender Weise gesteigert werden. Dennoch stehen wir unverändert vor großen Problemen, bei denen wir unsere eigene Verantwortung als Industriestaaten des Nordens gar nicht hoch genug ansetzen können. Besonders dringend ist zum Beispiel die Lösung des Verschuldungsproblems. Die hohe Auslandsverschuldung vieler Entwicklungsländer stellt nicht nur eine ernste Gefahr für das internationale Wirtschafts- und Finanzsystem dar. Es geht auch um die sozialen und politischen Folgen der unabdingbaren, strukturellen Anpassungen in den Schuldnerländern.

Derartige Anpassungsprozesse dürfen nicht um den Preis politischer und sozialer Instabilität und mit dem Verlust demokratischer Ordnung erkauft werden. Man sehe sich einmal die Probleme an, vor denen die Staaten Lateinamerikas stehen, die eben wieder zur Demokratie zurückgekehrt sind wie Brasilien, Argentinien, Uruguay.

Die Staats- und Regierungschefs vor allem der lateinamerikanischen Länder haben in der diesjährigen Generaldebatte der 40. Generalversammlung eindringlich auf die Destabilisierung der Verschuldungsproblematik hingewiesen. Wir müssen uns dessen bewußt sein, daß die aus der internationalen Verschuldungskrise erwachsenen Probleme auch uns berühren, zum Teil sogar ganz unmittelbar. Zum Teil tragen wir selbst zu den Problemen bei. So konkurrieren am Weltmarkt zum Beispiel die Vereinigten Staaten von Amerika einerseits und die Europäische Gemeinschaft andererseits mit hoch subventionierten Agrarprodukten. Die Entwicklungsländer, die auf den Export von Agrarprodukten angewiesen sind, können nicht mehr zu gleichen Preisen anbieten. An diesem Beispiel wird deutlich, wie sehr wir voneinander abhängig sind, wie sehr wir alle Verantwortung tragen. Diese Probleme werden sich nur durch einen vertrauensvollen Dialog lösen lassen. Strukturwandel ist schwierig, das wissen wir aus dem eigenen Lande. Strukturwandel ist unendlich schwieriger, weltweit gesehen.

Genauso wichtig wie die entschlossenen Anpassungsmaßnahmen der Schuldnerländer ist aber auch eine solide Wirtschafts- und Finanzpolitik in den Industrieländern, die zu möglichst geringen Zinsen auf den Kapitalmärkten führt und den Entwicklungsländern ermöglicht, die für den Schuldendienst benötigten Devisen durch Exporte in die Industrieländer zu verdienen.

Dritter Schwerpunkt unserer Arbeit in den Vereinten Nationen sind die Menschenrechte. Für unsere Außenpolitik ist die Förderung und die Sicherung der Menschenrechte zu einem wesentlichen, unverzichtbaren Anliegen geworden. Die Grundlage hierfür ist die von den Vereinten Nationen bewirkte völkerrechtliche Entwicklung. Die Vereinten Nationen haben mit ihrem Verständnis der Menschenrechte zum ersten Mal in der Geschichte den einzelnen, individuellen Menschen zum Träger von Völkerrechten, von international geschützten Grundrechten gemacht. Es geht darum, das in die Praxis umzusetzen.

Die Regierungen der Staaten müssen sich für die Behandlung ihrer eigenen Staatsbürger vor der Staatengemeinschaft verantworten. Jede Regierung muß ihre eigene Politik am Menschenrechtskatalog der Vereinten Nationen messen lassen. An den bürgerlichen Freiheitsrechten, den wirtschaftlichen und sozialen Rechten. Dabei weiß ich, daß die Verwirklichung der menschenrechtlichen Grundsätze in der politischen Wirklichkeit noch immer auf erhebliche Widerstände stößt. Die Zahl der Länder mit wirklich garantierten Menschenrechten ist noch immer begrenzt. Wenn der Weg von der Rechtlosigkeit über die Rechtsetzung bis hin zur Durchsetzung des Rechts in der Staatengemeinschaft oft weit ist, müssen wir alles tun, damit er tatsächlich beschritten wird.

Die Bundesrepublik Deutschland hat schon immer aktive Menschenrechtspolitik betrieben, vor allem praktische Menschenrechtspolitik. Dies beweist beispielsweise unser Einsatz für die Verabschiedung der Schlußakte von Helsinki. Die Menschenrechte stehen seither auf gleicher Ebene mit anderen völkerrechtlichen Prinzipien des zwischenstaatlichen Umgangs. Hierzu ist politischer Dialog mit den Verantwortlichen der jeweiligen Staaten erforderlich, dies ist die Frage der Instrumente zur Durchsetzung der Menschenrechte.

Wenn wir von den Menschenrechten sprechen, denken wir oft an die großen Namen der Betroffenen, denen ihre Menschenrechte vorenthalten werden. Vergessen wir über den großen Namen nie die vielen, vielen Unbekannten, die leiden und für die wir uns in gleicher Weise einzusetzen haben.

Uns geht es darum, daß wir schnell die Folter-Konvention zeichnen, daß wir in den Vereinten Nationen für etwas kämpfen, was

unser Grundgesetz auszeichnet, nämlich die Abschaffung der Todesstrafe. Die Bundesrepublik Deutschland setzt sich in den Vereinten Nationen dafür ein, sie weltweit abzuschaffen. Dieser Vorschlag zielt darauf ab, die unbedingte Achtung des menschlichen Lebens zu fördern. Wir werden auch nicht nachlassen, uns in den Vereinten Nationen für einen Hohen Menschenrechtskommissar der Vereinten Nationen einzusetzen. Die Krönung dieser Entwicklung muß die Schaffung eines UN-Menschenrechtsgerichtshofes sein, so wie wir schon einen Europäischen Menschenrechtsgerichtshof haben.

Die Notwendigkeit des Interessenausgleichs

Die Vereinten Nationen stehen an der Schwelle zum fünften Jahrzehnt ihres Bestehens vor schwierigen Aufgaben. Die vor uns liegenden Probleme werden noch komplexer sein, so das Problem des Weltraumes und des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen. Es wird der Ausschöpfung aller geistigen, politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Weltorganisation und aller Mitgliedstaaten bedürfen, um sie zu lösen. Notwendig ist aber auch eine Selbstbeschränkung der Vereinten Nationen auf die Behandlung der wirklich wichtigen Fragen, denen wir uns gegenübersehen. Nur ein gerechter Interessenausgleich aller Staaten nutzt dem wohlverstandenen, aufgeklärten, nationalen Eigeninteresse.

Die Lösungen für die fundamentalen Probleme unserer Zeit müssen auf eine breite Basis gestellt werden. Deshalb ist es notwendig, auf mehr Konsensentscheidungen hinzuwirken. Konsens bedeutet: echter Interessenausgleich, nicht verbale Kompromisse. Nur die Beschlüsse, die mit der politischen Zustimmung aller Interessengruppen angenommen werden, haben eine realistische Aussicht, auch in praktische Politik umgesetzt zu werden. Dazu bedarf es des Augenmaßes, der Verständigungsbereitschaft und des langen Atems.

Generalsekretär Pérez de Cuéllar hat eine Reihe von Vorschlägen für eine Verwaltungsreform der Vereinten Nationen gemacht. Die ehemaligen Präsidenten der Generalversammlung, unter ihnen auch der deutsche Botschafter von Wechmar, haben ihrerseits Möglichkeiten zur Rationalisierung der Verfahren, zu effektiverer Arbeit aufgezeigt. Diese Ansätze sind richtig, sie werden von uns unterstützt. Woran es mangelt, ist die Entschlossenheit vieler Regierungen, sich diese guten Ideen zu eigen zu machen. Es gibt keine Alternative zum Ausbau der Instrumente internationaler Zusammenarbeit. Wir haben mit der Europäischen Gemeinschaft ein Beispiel regionaler Zusammenarbeit geschaffen. In dieser Gemeinschaft gestalten Länder und Völker miteinander ihre Zukunft, die sich früher in Feindschaft, oder, was für Deutsche und Franzosen gesagt wurde, in Erbfeindschaft gegenüberstanden. Für mittlere und kleinere Staaten bietet dieser regionale Verbund eine gute Gelegenheit, die eigenen wirtschaftlichen, politischen und sicherheitspolitischen Probleme in ein gemeinsames Ganzes einzubeziehen. Überall in der Welt entstehen solche regionalen Gruppierungen. Die ASEAN-Länder sind ein Beispiel. Wir kooperieren mit ihnen. In Luxemburg haben wir ein Kooperationsabkommen mit den Staaten Zentralamerikas abgeschlossen. Auch das ist ein Beispiel weltweiter Verantwortung der Europäer.

Wir werden uns als engagierte Verfechter der Vereinten Nationen bei allem Realismus und realistischem Bewußtsein der Mängel nicht von den Kritikern und Miesmachern beeindruckt lassen. Winston Churchill hat einmal gesagt, die Demokratie sei die schlechteste aller Staatsformen, außer den anderen, die man schon ausprobiert habe. Das gleiche kann man auch für die Vereinten Nationen sagen.

Auf den Geist kommt es an, in dem dort gearbeitet wird, auf den Geist des Friedens, der Verständigung, der Achtung für andere Völker. Wenn dieser Geist sich durchsetzt, dann werden wir in zehn Jahren eine bessere Bilanz ziehen, als wir es heute tun können. Dafür wollen wir auch hier in unserer Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen zusammenarbeiten.

Die Entwicklungshilfe der DDR

Von der Qualität zur Quantität?

SIEGFRIED SCHULTZ

Ungewohnte Publizität

Erstmals hat die Deutsche Demokratische Republik — wie auch die Sowjetunion — im Jahre 1982 durch ihren Vertreter in der Generalversammlung der Vereinten Nationen Zahlen über ihre materielle Unterstützung der Entwicklungsländer vorgelegt. In den Jahren darauf folgten ähnliche Mitteilungen. Gemessen an der langjährigen extremen Zurückhaltung in bezug auf offizielle Verlautbarungen kommt dies fast einer Publizitätskampagne gleich — teils im Rahmen der UNCTAD VI in Belgrad, teils wiederum in der Generalversammlung¹:

DDR-Hilfe (nach eigenen Angaben)

1981	1 529,7 Mill Mark
1982	1 587,7 Mill Mark
1983	1 662,4 Mill Mark
1984	1 820,4 Mill Mark

Diese Informationen sind beachtlich, weil sich die DDR zuvor dagegen gesperrt hatte, daß der Umfang ihrer Hilfe mit dem anderer Staaten verglichen wird. Ohnehin sei ihre entwicklungspolitische Zusammenarbeit qualitativ besser und auf die »objektiven Bedürfnisse« der Entwicklungsländer abgestimmt.

Methodische Hindernisse

Allerdings sind die nun verfügbaren Angaben zum Hilfevolumen sehr pauschal gehalten, so daß nicht zu erkennen ist, wie sich die Beträge zusammensetzen und ob es sich um Zusagen oder bereits erfolgte Leistungen handelt. Bekannt ist nur, daß es sich um materielle und finanzielle Hilfe handele, mit der Entwicklungsländer und Befreiungsbewegungen unterstützt würden. Dem Vergleich mit westlichen Ländern stehen — ganz abgesehen von der Wahl geeigneter Wechselkurse — einige Abgrenzungsunterschiede im Wege, weil

- die im Westen üblicherweise verwendete Leistungskategorie sich auf die wirksam gewordenen Beträge, die Auszahlungen, bezieht, von denen die Tilgungen abgesetzt sind (= Nettoauszahlungen);
- »Entwicklungshilfe« im Berichtssystem der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vergünstigte Kredite und nicht-rückzahlbare Zuschüsse umfaßt, nicht aber Handels- und Finanzkredite zu marktüblichen Bedingungen;
- militärische Unterstützung nach der OECD-Abgrenzung nicht zur Entwicklungshilfe zählt;
- Technische Hilfe auf westlicher Seite traditionell unentgeltlich ist.

In Anbetracht der mageren Informationen aus offiziellen Quellen über die Aufteilung des DDR-Hilfeprogramms liegt es nahe, auf westliche Schätzungen auszuweichen. Unter diesen Quellen sind die Angaben des US-Geheimdienstes CIA im allgemeinen am aktuellsten, differenzieren jedoch nur unzureichend unter den Mitgliedsländern des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und lassen im übrigen wenig zur angewandten Methodik erkennen. Wird, aufbauend auf diesem Material, bei den von der NATO benutzten Zahlen naturgemäß starker Wert auf den militärischen Bereich gelegt, versucht das Sekretariat des Entwicklungshilfeausschusses (Development Assistance Committee, DAC) der OECD von den bekannt gewordenen Informationen das aufzugreifen, was Leistungen auf westlicher Seite vergleichbar ist. So wird aus den zugänglichen Angaben betroffener Länder, aus Pressemitteilungen und sonstigen Berichten² nach den Normen und Kriterien des Berichtssystems der 17 DAC-Mitgliedsländer eine Statistik geführt, mit der unter anderem das Hilfeprogramm der DDR in groben quantitativen Umrissen abgebildet werden soll. Ein derartiger Versuch enthält notwendigerweise Schwächen; ein exakter Vergleich ist auf diesem Gebiet aber auch gar nicht möglich³.

Folgt man den Angaben der OECD, hat sich die DDR-Hilfe in den achtziger Jahren in einer Größenordnung von jährlich rund 200 Mill US-Dollar bewegt⁴. Der Wert für 1983, die jüngste verfügbare Zahl nach dieser Quelle, deutet darauf hin, daß dieses Niveau nicht gehalten werden konnte⁵.

Konditionen

Über die (finanziellen) Bedingungen der Hilfe ist aus offiziellen DDR-Quellen wenig Konkretes bekannt. Die Mitteilungen — auch in den Gremien der Vereinten Nationen — erschöpfen sich im allgemeinen in dem Urteil, daß die Bedingungen für die Empfänger vorteilhaft seien⁶. In der westlichen Literatur finden sich zu den Konditionen verschiedene Angaben, die im wesentlichen darauf hinauslaufen, daß die langfristigen »Aufbaukredite« über 8 bis etwa 12 Jahre laufen und mit 2,5 bis 3 Prozent zu verzinsen sind⁷. (Demgegenüber sind die Lieferkredite härter konditioniert.) Die Verpflichtung zur Rückzahlung setzt bei den Leistungen zu vergünstigten Bedingungen im allgemeinen ein Jahr nach Fertigstellung der Projekte ein. Günstig für die Entwicklungsländer sind Vereinbarungen, nach denen die Tilgungsleistungen mit Produkten der kreditierten Anlage oder im Wege der Lieferung mit sonstigen Erzeugnissen des Landes erbracht werden können. Wenig Erkenntnisse liegen vor über Regelungen, nach denen ein Teil der Rückzahlungen in konvertibler Währung zu leisten ist. Ebenfalls zu Lasten der Entwicklungsländer geht es, wenn die Kosten der von der DDR entsandten Berater »zu einem erheblichen Teil auch von den Empfängerländern getragen«⁸ werden.

In aller Regel sind die Leistungen strikt liefergebunden. Dies ergibt sich quasi automatisch, wenn die Hilfe in Form von Sachgütern stattfindet; bei finanziellen Leistungen führt die fehlende Konvertibilität gegenüber harten Währungen zum gleichen Ergebnis. Fehlender Preiswettbewerb unter Anbietern aus der DDR und anderen RGW-Ländern wirkt in die gleiche Richtung.

Sektorale Akzente

Die Unterstützung staatlicher Planung ist eine zentrale Aufgabe im Rahmen der DDR-Entwicklungshilfe. Dasselbe gilt für die Förderung von Schlüsselbereichen der industriellen Produktion. Hier mischen sich Elemente der Hilfe und des Handels; in einer Reihe von Fällen dürfte es sich bei dem Einsatz von Experten um den Export der DDR fördernde Maßnahmen handeln. Von der DDR wird die Aus- und Fortbildung beziehungsweise die gesamte Personelle Hilfe besonders herausgestrichen. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß auch Erwachsenenbildung und der Aufbau von Massenmedien unterstützt werden⁹. Die Formen der Personellen Hilfe reichen von der Fortbildung von Praktikanten und der Weiterbildung von zukünftigen »Kadern« aus Entwicklungsländern über die Bereitstellung von Studienplätzen an DDR-Fach- und -Hochschulen bis zur Entsendung eigener Fachkräfte. Ein nicht näher bekannter Teil der Beratungstätigkeit von DDR-Experten entfällt auf den militärischen Bereich¹⁰.

Quantitativ kommt der Berufsausbildung sowie der beruflichen Weiterbildung die größte Bedeutung zu. Dieser Akzent dürfte auch im Interesse der Partnerländer liegen. Das Verhältnis von beruflicher Qualifizierung und dem Besuch einer Hoch- oder Fachschule soll in den siebziger Jahren bei knapp 4 zu 1 gelegen haben. Anfang der achtziger Jahre hat sich diese Quote noch erhöht. Nach den Mitteilungen in der Generalversammlung und im Rahmen der sechsten Welthandelskonferenz hielten sich zuletzt über 30 000 Personen aus Entwicklungsländern zur beruflichen Aus- und Fortbildung in der DDR auf.

Tabelle 1
Personelle Hilfe der DDR
 (betreute Personen aus Entwicklungsländern
 oder dorthin entsandte Experten)

Jahr ^a	1981	1982	1983	1984
Berufliche Aus- und Weiterbildung ^b in der DDR				
— gesamt	26 488	29 249	29 157	26 247
— Abschluß	5 088	4 222	6 522	10 465
Hoch- und Fachschulbesuch ^c in der DDR				
— gesamt	5 709	5 951	6 573	7 388
— Examen	1 519	1 435	1 562	1 753
Entsendung von DDR- Fachkadern ^d	954	814	793	788
Medizinische Behandlung ^e in der DDR	...	(650)	889	740

- a Zahlenangaben im allgemeinen per Jahresende.
 b Industrie (Metallverarbeitung), Bergbau, Bauwesen, Landtechnik, Pflanzen- und Tierproduktion, Erziehungswesen, Gesundheitswesen, Betriebswirtschaft, Finanzwesen und Planung.
 c Techniker, Agronomen, Verkehrsexperten, Ingenieure, Ökonomen, Pädagogen und Ärzte.
 d Ökonomen, Ingenieure, Lehrer in allgemeinbildenden Schulen, Berufsschullehrer, Ärzte und sonstiges medizinisches Personal.
 e Kostenlose ambulante oder stationäre Behandlung von Patienten aus Entwicklungsländern, darunter Mitgliedern nationaler Befreiungsbewegungen.

Quellen: siehe Anmerkung 1.

Die Entsendung von Spezialisten wird im Rahmen von Abkommen über wissenschaftlich-technische oder kulturelle Zusammenarbeit durchgeführt. Während der zum Teil mehrjährigen Aufenthalte bilden die Experten, wie auch bei Projekthilfe anderer Länder üblich, im allgemeinen einheimisches Fachpersonal fort. Über die Konditionen, zu denen dieses berufliche Training und die Bereitstellung von Studienplätzen erfolgt, ist nichts Näheres bekannt. Soweit die Experten im Zusammenhang mit der Lieferung von Anlagen und Ausrüstungen entsandt werden, findet die Kooperation nach den vorliegenden Informationen überwiegend zu kommerziellen Bedingungen statt. Hingegen ist der Einsatz von Lehrern und Ärzten für das betreffende Entwicklungsland kostenfrei.

Geographische Konzentration

Wie bei allen anderen RGW-Ländern geht auch der Hauptteil der DDR-Hilfe in sogenannte sozialistische oder sozialistisch orientierte Entwicklungsländer. Da die materielle Unterstützung der ökonomisch rückständigen RGW-Mitglieder Kuba, Mongolei und Vietnam politisch Vorrang hat, lassen die begrenzten Mittel darüber hinaus nicht viel Manövrierraum. Zum Teil entsprechen die DDR-Schwerpunktländer für die Entwicklungshilfe an die Dritte Welt dem Muster der RGW-Staaten als Gruppe¹¹, zum Teil sind sie Ausdruck einer gewissen ›blockinternen‹ Arbeitsteilung. So ist eine Konzentration auf afrikanische Länder (vor allem Angola, Mosambik) sowie den Nahen Osten beziehungsweise arabische Länder (Ägypten, Algerien, Irak, Demokratischer Jemen und Syrien) zu beobachten.

0,7-Prozent-Ziel

Bereits für die Zweite Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen war festgelegt worden, daß jedes entwickelte Land jährlich ein Prozent seines Bruttosozialprodukts (BSP) in Entwicklungsländer transferieren sollte; als Teilziel sollte die staatliche Entwicklungshilfe 0,7 vH erreichen. Abgesehen von einigen progressiven Industrieländern (vor allem die skandinavische Ländergruppe ohne Finnland, zuzüglich Niederlande) war die ›Performance‹ der meisten Industrieländer eher schlecht¹²; die meisten OPEC-Länder wiesen hingegen hervorragende Werte auf (siehe Tabelle 2). Im Zuge der Formulierung der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Dekade wurde das Ziel

für die öffentliche Entwicklungshilfe (Official Development Assistance, ODA) bestätigt und zeitlich präzisiert: Bis 1985, spätestens bis zum Ende der Dekade sollte die ODA/BSP-Quote 0,7 vH betragen und zudem möglichst bald danach ein Prozent erreichen.

»Mit aller Entschlossenheit tritt die DDR für die legitimen Rechte der Entwicklungsländer ein, finanzielle und materielle Entschädigung von jenen zu fordern, die in der Vergangenheit Kolonialismus betrieben haben und sich heute neokolonialistisch verhalten. Denn es ist eine Tatsache, daß der breite Strom von Gewinnen sowie des ›brain drain‹ nicht aus dem Süden in den Norden geht, sondern sich zwischen Süden und Nordwesten abspielt.«

Auszug aus einer DDR-Verlautbarung im Rahmen der UNCTAD VI in Belgrad; UN-Doc. TD/304 v. 14.6.1983, S.4.

Über viele Jahre hinweg — auch nach ihrem UN-Beitritt — hat die DDR (wie auch die anderen industrialisierten RGW-Mitglieder) dieses Ziel ignoriert und den ganzen Gedanken einer ›Entwicklungssteuer‹ zurückgewiesen. Diese Position hat sich offenbar im Zuge der Verlautbarungen in Gremien der Vereinten Nationen in eine aufgeschlosseneren Haltung verändert. In den gleichen Dokumenten, in denen die Gesamtzahlen der jährlichen DDR-Beiträge genannt wurden, finden sich auch Prozentualangaben. Sie sind allerdings auf das Nationaleinkommen bezogen. Danach habe 1981 die Quote 0,78 betragen, sich für die Jahre 1982 und 1983 auf jeweils 0,79 erhöht und 1984 bei 0,82 vH gelegen¹³.

Tabelle 2

BSP-Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe in Prozent

Nettoauszahlungen	1970	1975	1980	1981	1982	1983
<i>DAC-Länder</i>						
Niederlande	0,61	0,75	1,03	1,08	1,08	0,91
Norwegen	0,32	0,66	0,85	0,82	0,99	1,06
Schweden	0,38	0,82	0,79	0,83	1,02	0,85
Dänemark	0,38	0,58	0,74	0,73	0,76	0,73
Frankreich (einschließlich Übersee-Departements und -Gebieten)	0,66	0,62	0,64	0,73	0,75	0,74
Frankreich (ohne Übersee- Departements und -Gebiete) ..	0,42	0,38	0,38	0,45	0,49	0,47
Belgien	0,46	0,59	0,50	0,59	0,59	0,59
Deutschland, Bundesrepublik	0,33	0,40	0,44	0,47	0,48	0,49
Australien	0,62	0,65	0,48	0,41	0,56	0,49
Kanada	0,41	0,54	0,43	0,43	0,41	0,45
Großbritannien	0,39	0,39	0,35	0,43	0,37	0,35
Finnland	0,06	0,18	0,22	0,28	0,30	0,33
Japan	0,23	0,23	0,32	0,28	0,28	0,33
Österreich	0,07	0,21	0,23	0,33	0,35	0,23
Neuseeland	0,23	0,52	0,33	0,29	0,28	0,28
Schweiz	0,15	0,19	0,24	0,24	0,25	0,32
Vereinigte Staaten	0,32	0,27	0,27	0,20	0,27	0,24
Italien	0,16	0,11	0,17	0,19	0,24	0,24
<i>DAC-Länder insgesamt</i>	0,34	0,36	0,38	0,35	0,38	0,36
<i>Sonstige OECD-Länder</i>	(0,03)	0,09	0,13	0,14	0,06
<i>OPEC-Länder</i>						
Saudi-Arabien	5,60	7,76	5,09	3,54	2,61	3,53
Kuwait	6,21	7,18	3,52	3,60	4,49	4,46
Vereinigte Arabische Emirate	11,68	3,30	2,72	1,40	0,42
Katar	15,58	4,05	3,77	0,89	0,42
Irak	0,13	1,62	2,09	(0,47)	0,03	—
Sonstige	0,28	0,66	0,18	0,16	0,08	0,14
<i>OPEC-Länder insgesamt</i> ...	1,18	2,92	1,80	1,51	1,06	1,05
<i>RGW-Länder</i>						
Sowjetunion	0,17	0,17	0,18	0,19	0,18	0,19
Deutsche Demokratische Republik ...	0,08	0,06	0,15	0,17	0,15	0,12
Übriges Osteuropa	0,14	0,07	0,10	0,11	0,11	0,12
<i>RGW-Länder insgesamt</i>	0,16	0,14	0,17	0,18	0,17	0,17

Quelle: OECD, Zusammenarbeit im Dienst der Entwicklung, Jahresprüfung 1984 (›Chairman's Report‹, deutsche Fassung), Paris 1984, S.314.

Diese Zahlen sind mit den Werten auf Basis des BSP, der Hauptmeßgröße in dem von den Vereinten Nationen 1953 empfohlenen System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung, nicht vergleichbar. Im Rahmen der östlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — sie gilt auch für die anderen Planwirtschaften im RGW — ist das Nationaleinkommen die Hauptkennziffer. Vergleiche zwischen Ost und West werden dadurch behindert, daß die Preisbildung auf beiden Seiten völlig unterschiedlich ist und es Probleme bei der Wahl eines geeigneten Wechselkurses gibt¹⁴. Das Nationaleinkommen unterscheidet sich inhaltlich vom BSP westlicher Definition durch das Fehlen von Abschreibungen für den Kapitaleinsatz, doch vor allem durch die Nichtberücksichtigung der Wertschöpfung in den ›nicht-produzierenden‹ Wirtschaftsbereichen, also zum Beispiel Leistungen des staatlichen Bereichs, des Geld- und Versicherungswesens und sonstige Dienstleistungen. Daher muß die Quote der nach eigener Darstellung geleisteten Hilfe, bezogen auf die BSP-Basis, notwendig kleiner ausfallen als die oben angegebenen Verhältniszahlen. Um wieviel, läßt sich nicht exakt angeben; nach überschlägiger Rechnung dürfte die UN-Zielmarke jedoch noch nicht erreicht sein.

Folgt man angesichts der nicht näher aufgeschlüsselten Daten auch bei der ODA/BSP-Quote wiederum dem Ansatz der OECD, so ergibt sich ein völlig anderes Bild, das naturgemäß von der benutzten Methode abhängt. Im großen und ganzen werden dabei die bekannt gewordenen Hilfeleistungen, einschließlich der ›blockinternen‹ Hilfe an die ärmeren Länder der eigenen politischen Gruppierung, nach Erfahrungswerten auf Nettoauszahlungen umgerechnet und um Faktoren bereinigt, die nach dem OECD/DAC-Verfahren nicht zur eigentlichen Entwicklungshilfe gehören. Dazu zählen insbesondere die Subventionselemente bei der Preisgestaltung im Außenhandel, also etwa die über dem Weltmarktniveau liegenden Abnahmepreise für kubanischen Zucker und eine günstige Preisgestaltung bei der Lieferung von Erdöl. Der so ermittelte Betrag wird auf einen (westlichen) Schätzwert¹⁵ für das (östliche) BSP bezogen. Die auf diesem Weg ermittelten Kennzahlen lagen für die DDR Anfang der achtziger Jahre bei 0,15 bis 0,17 vH im Jahr; 1983 fiel dieser Prozentsatz ab auf 0,12 vH¹⁶. Selbst wenn man die Werte etwas nach oben korrigiert — dies war der generelle Trend der Revision im Jahre 1984, als die OECD für die RGW-Hilfe eine Neuberechnung durchgeführt hat¹⁷ —, dürfte die Quote nur auf knapp 0,20 vH steigen.

Die dritte pauschale Zahlenangabe der DDR im Rahmen der UN-Mitteilungen über den Umfang ihrer Entwicklungshilfe hat den Transfer an die am wenigsten entwickelten Länder (LLDCs) zum Gegenstand. Als Teilergebnis der LLDC-Sonderkonferenz der Vereinten Nationen im Jahre 1981 in Paris wurde die Forderung formuliert, 0,15 vH des BSP sollten jährlich als Entwicklungshilfe für die ärmsten Länder bereitgestellt werden. Dieses Ziel ist von den meisten Industrieländern im Prinzip, jedoch ohne zeitliche Festlegung akzeptiert worden. Offenbar mit Bezug auf dieses Unterziel für die Hilfe an Länder der LLDC-Gruppe gab die DDR in UN-Gremien zu Protokoll, im Jahre 1982 259 Mill Mark und 1983 242,5 Mill Mark zur materiellen Unterstützung dieser Ländergruppe beigesteuert zu haben. Diese Beträge hätten 0,13 beziehungsweise 0,12 vH des DDR-Nationaleinkommens entsprochen¹⁸.

Eine spezifische Form der DDR-Hilfe sind die sogenannten Solidaritätsspenden. Dies sind Leistungen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes und eines speziellen Solidaritätskomitees, die in Form von Hilfssendungen (Bekleidung, Medikamente, Nahrungsmittel, Zelte etc.) den Entwicklungsländern zugute kommen. Darüber hinaus handelt es sich um Erträge aus Sammelaktionen des Roten Kreuzes. In diesem Punkt und bei den Sammelaktionen in den Betrieben handelt es sich um Beträge, die nach westlicher Zählweise zur privaten Entwicklungshilfe gerechnet würden. Aus den offiziellen Verlautbarungen ist nicht eindeutig zu erkennen, ob die Solidaritätsspenden bereits in den zuvor genannten Summen enthalten sind. Dasselbe gilt

»Solidarität — das feste Band der Zusammengehörigkeit der Arbeiter und Werktätigen aller Länder — vervielfacht die Kräfte im Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung, gegen Kriegsdrohung und Kriegsgefahr. Solidarität stärkt die weltweite Front des Kampfes um den Frieden. Die Werktätigen unserer Republik, alle Schichten unseres Volkes, für die die antiimperialistische internationalistische Solidarität seit jeher Herzensbedürfnis ist, sind sich ihrer hohen Verantwortung für die solidarische Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen, der Kämpfer für nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt bewußt. Und sie tragen mit ihren Spenden, die in vielfacher Form aufgebracht werden, wie eh und je zur ständigen Auffüllung des zentralen Solidaritätsfonds der DDR bei.«

Auszug aus einem Interview mit K.Seibt, Vorsitzender der Zentralen Revisionskommission der SED und Präsident des Solidaritätskomitees der DDR;
in: *horizont*, Nr.17/1983, S.12.

für die Katastrophenhilfe; sie ging 1984 (90 Mill Mark) nach eigenen Angaben vor allem in die Dürregebiete Äthiopiens.

Ausblick

Wahrscheinlich wird die DDR weiterhin darauf bedacht sein, keine getrennte Diskussion über ihre Entwicklungshilfeanstrengungen zu führen, sondern auf einen integrierten Ansatz unter Einschluß der Handelsbeziehungen zu drängen (›aid by trade‹)¹⁹. Es wird dabei interessant sein zu verfolgen, wie sich die DDR zu den — verstärkt bei UNCTAD V und VI vorgebrachten — Forderungen der Entwicklungsländer stellen wird, die auf eine Aufstockung und eine stärker multilaterale Vergabe der Mittel hinauslaufen. Bislang ist der von der DDR über internationale Organisationen vergebene Anteil unerheblich. Nicht leicht wird es sein, gegenüber der Dritten Welt glaubhaft darzustellen, daß ein hochindustrialisiertes RGW-Land nur scheinbar zum wohlhabenden Norden zählt und entsprechende Ansprüche von einem im Ansatz falschen Denken zeugten²⁰.

Die bisher ziemlich stereotype Abwehr von materiellen Ansprüchen seitens der Dritten Welt mit dem Hinweis auf die historische Verantwortung der westlichen Industrieländer »für die Rückständigkeit und die gegenwärtigen Probleme der Entwicklungsländer«²¹ wird sich nicht auf Dauer durchhalten lassen. Zudem sollte das Fehlen — oder wie im Falle der beiden deutschen Staaten: die verblaßte Erinnerung — einer kolonialen Vergangenheit kein Hindernis für progressives Verhalten sein. Dafür gibt es gute Vorbilder, wie das Beispiel der Skandinavier belegt.

Im Laufe der letzten Jahre ist deutlich geworden, daß es für die DDR — wie auch für die anderen RGW-Länder — immer schwieriger geworden ist, die Forderungen der Dritten Welt auf Gewährung respektive Erhöhung von Entwicklungshilfe mit dem Argument abzuweisen, die sozialistischen Länder seien nicht für die ökonomischen Folgen des Kolonialismus verantwortlich. Die Unterscheidung zwischen Industrieländern des Westens und jenen mit sozialistisch orientiertem Gesellschaftssystem ist aus der Perspektive der Entwicklungsländer weitgehend irrelevant; es ist für sie der ›Norden‹, an den sie Forderungen richten.

Sollte es allerdings in der Zukunft tatsächlich zu einem verstärkten entwicklungspolitischen Engagement der DDR kommen, wird auf seiten der Bundesrepublik die ambivalente Haltung zur DDR-Hilfe deutlicher hervortreten: Einerseits wird ein höherer Mitteleinsatz zum Nutzen der Dritten Welt gefordert, andererseits wird ein Mehr an Entwicklungshilfe beargwöhnt, »wenn nicht (gar) als illegitime Einflußsicherung kritisiert«²². Solange auf seiten der DDR die Zurückhaltung anhält, offizielles Zahlenmaterial zur Entwicklungshilfe freizugeben, kann es nicht wundernehmen, daß im Westen auf Schätzungen zurückgegriffen wird. Diese haben ihre methodischen Eigenheiten und sicher auch Schwächen, die möglicherweise zu einem verzerrten Bild führen. Aber die Mißverständnisse und Fehldeutungen

ließen sich ausräumen beziehungsweise für die Zukunft vermeiden, wenn die Informationspolitik der DDR liberaler wäre. Es ist festzuhalten, daß mit der zaghaften Offenlegung die quantitativen Zielvorstellungen, die in diversen UN-Entscheidungen verankert sind, nicht mehr in Bausch und Bogen abgelehnt werden, und es ist zu hoffen, daß die neue Praxis der Publizität fortgesetzt wird.

Wie die Dritte-Welt-Politik anderer (auch westlicher) Länder ist diejenige der DDR im Bereich der Entwicklungshilfe von eigenen Interessen bestimmt. Ganz sicher spielen humanitäre und karitative Motive bei der Hilfe für Entwicklungsländer eine Rolle, aber (außen)politische dürften von prägender Kraft sein und bleiben, während ökonomischen Überlegungen — zum Nutzen der eigenen Wirtschaft — eine eher noch wachsende Bedeutung zukommen wird.

Systemkonkurrenz wird auch im Bereich der Entwicklungshilfe auf absehbare Zeit ihren festen Platz haben — auch wenn die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in der Dritten Welt eher mehr als weniger werden. Entwicklungspolitik als Instrument kooperativen Bemühens zur Friedenssicherung und zum Abbau von Spannungen ist keine realistische Option in greifbarer Nähe. Obwohl die beiden industriell hoch entwickelten Staaten in Deutschland von heutigen Krisenherden und künftigen Konfliktpotentialen in der südlichen Hemisphäre ähnlich oder gar gleichermaßen betroffen sind, wäre es politisch illusionär, davon auszugehen, daß aus dieser Lage in absehbarer Zeit gemeinsame Antworten und Aktionen resultieren.

Anmerkungen

- 1 UN-Docs. A/C.2/37/5 v. 21.10.1982, TD/304 v. 14.6.1983, A/C.2/39/4 v. 5.10.1984, A/C.2/40/2 v. 3.10.1985.
- 2 Von den nationalen Untersuchungen zum gleichen Thema sei hier die britische Studie ›Soviet, East European and Western Development Aid 1976–82‹ (Foreign Policy Document No. 85, London 1983) genannt. Sie kommt in der Grundtendenz und in vielen Details zu den gleichen Aussagen wie die OECD-Berichterstattung.
- 3 Vgl. auch K.Heinrich, Schwierigkeiten beim Ost-West-Vergleich in der Entwicklungshilfe, in: E+Z, Nr. 19/1976, S.10.
- 4 OECD, Development Co-operation (Chairman's Report), 1983 Review, Paris 1983, S.186. Zum Vergleich: In der gleichen Quelle ist für die öffentliche Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland (zu Preisen und Wechselkursen von 1981) ein gut 15fach höherer Betrag ausgewiesen.

- 5 OECD, Development Co-operation. 1984 Review, Paris 1984, S.207.
- 6 Vgl. dazu z.B. G.Scharschmidt, Die Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Mitgliedsländern des RGW und den Entwicklungsländern auf gleichberechtigter und gegenseitig vorteilhafter Grundlage, in: Asien, Afrika, Lateinamerika. Zeitschrift des Zentralen Rates für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften in der DDR, Bd.9 (1981), H.5, S. 773–784.
- 7 Vgl. u.a. H.S.Lamm/S.Kupper, DDR und Dritte Welt, München/Wien 1976, S.133, und, zum Teil gleichlautend, K.-M.Hendrichs, Die Wirtschaftsbeziehungen der Deutschen Demokratischen Republik mit den Entwicklungsländern, Saarbrücken/Fort Lauderdale 1981, S.35 und 65.
- 8 H.-J.Spanger, Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt II, in: Deutschland Archiv, Nr.2/1984, S.150–165 (152).
- 9 Lamm/Kupper (Anm.7), S.189. Vgl. auch Scharschmidt (Anm.6), S.778f.
- 10 Auf einen interessanten Unterschied des bescheidenen militärischen Engagements beider deutscher Staaten verweist H.-J.Spanger, Militärpolitik und militärisches Engagement der DDR in der Dritten Welt, in: Deutschland Archiv, Nr.8/1985, S.832–845: Dem kommerziell betriebenen Waffenhandel der Bundesrepublik Deutschland sei in der Vergangenheit politisch auferlegt worden, Spannungsregionen bewußt zu meiden, während sich die DDR gerade auf Konfliktzonen konzentrierte (S.845).
- 11 H.Machowski/S.Schultz, RGW-Staaten und Dritte Welt — Wirtschaftsbeziehungen und Entwicklungshilfe, Bonn (Arbeitspapiere zur Internationalen Politik, Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bd.18) 1981, S.39ff.
- 12 Die Bundesrepublik Deutschland liegt zwar seit Jahren über dem Durchschnitt der OECD-Länder; ihr Spitzenwert war jedoch nie höher als 0,49 vH (1983). Nach den jüngsten Informationen betrug er 1984 0,45 vH.
- 13 Zu den Quellen s. Anm.1
- 14 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Handbuch der DDR-Wirtschaft, 4.Aufl., Reinbek 1984, S.130ff.
- 15 Hier verwendet die OECD die Schätzungen der Weltbank über die Höhe des BSP von RGW-Ländern.
- 16 OECD, 1984 Review (Anm.5), S.210.
- 17 Seither wird auch die RGW-Hilfe an die Mongolei in die Zahlenangaben aufgenommen. Die Preiskonzessionen im Außenhandel mit Entwicklungsländern und die günstige Frachtratengestaltung werden von der OECD aus der Hilfe-Statistik ferngehalten.
- 18 Die ODA/BSP-Quote der Bundesrepublik Deutschland betrug in den Jahren 1982 und 1983 je 0,12 vH. OECD, 1984 Review (Anm.5), S.227. — Im übrigen wurden den LLDCs als Antwort auf die entsprechende Entschließung des UNCTAD-Rates von 1978 ausstehende öffentliche Schulden erlassen und neue Entwicklungshilfebeträge nur noch in Form von Zuschüssen gewährt. Vgl. Sechster Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, Bundestags-Drucksache 10/3028 v. 14.3.1985, Ziff.4.1.2.2.
- 19 Zum Handelsaspekt s. DIW-Wochenbericht Nr. 51–52/85.
- 20 M.Robbe, Die ›Dritte Welt‹: Deutung und Fehldeutung, in: Deutsche Außenpolitik, Nr.3/1977, S.67–78(73f.).
- 21 H.Zinger, ›Entwicklungshilfe‹ oder Unterstützung der Entwicklungsländer, in: Deutsche Außenpolitik, Nr.1/1978, S.108–118 (112).
- 22 L.Brock/H.-J.Spanger, Konflikt und Kooperation: Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt, in: Edition Deutschland Archiv, 15.Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland (1.–4.Juni 1982), S.108–123(114).

Die Welthandelsordnung im Spiegel des Protektionismus

Pragmatismus statt konzeptioneller Weitsicht

ROLAND WARTENWEILER

›Protektionismus‹ ist zu einem modernen Schlagwort geworden. Politiker, Diplomaten und Geschäftsleute pflegen es im negativen Sinne zu gebrauchen, wenn der eigene Handlungsspielraum eingeschränkt wird, und positiv, wenn es die kurzfristigen Eigeninteressen zu verteidigen gilt. Der Begriff hat also eine emotionale Schlagseite aus dem Blickwinkel des unmittelbar erkennbaren Eigennutzes. Längerfristige Konsequenzen werden kaum je ins Kalkül einbezogen. Dies zeigt eine der landläufigen Definitionen. Nach Meyers Enzyklopädischem Lexikon ist Protektionismus

›die zusammenfassende Bezeichnung für eine Wirtschaftspolitik, speziell eine Außenwirtschaftspolitik, die dem Schutz der Binnenwirtschaft oder von Teilen der Binnenwirtschaft vor ausländischen Konkurrenten dient.«

Als Ziele einer solchen Wirtschaftspolitik werden Vollbeschäftigung, die Erreichung einer weitgehenden Autarkie aus politischen Gründen sowie der Schutz der inländischen Industrie oder Landwirtschaft genannt. Instrumente sind Zölle, Kontingentierungen, Devisenbewirtschaftung sowie Einfuhrregulierungen oder -verbote.

Es ist aber fahrlässig, dem Protektionismus einen solch engen Begriffsinhalt zuzuordnen, weil bloß die funktionale Seite mit kurzfristigen Wunschvorstellungen verbunden wird. Der Preis, der für Protektionismus zu bezahlen ist, und auch die längerfri-

stigen politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen werden offensichtlich ausgeklammert. Dabei sind sich die wirtschaftspolitische Theorie und Praxis aufgrund weit in die Geschichte zurückgreifender Erfahrungen einig, daß Protektionismus letztlich und im größeren Zeitrahmen gesehen kontraproduktiv ist. Er setzt die Marktkräfte außer Kraft, behindert strukturelle Anpassungen und beeinträchtigt damit längerfristig das wirtschaftliche Wachstum schlechthin. Seine Unterstützung der Ineffizienz führt zu einer verzerrten Einkommensumverteilung zugunsten der relativ weniger wettbewerbsstarken Wirtschaftszweige und zu Lasten dynamischer Sektoren. Aus dem Protektionismus entstehen also gleichsam doppelte Kosten für die Gesamtwirtschaft.

Discrepanz zwischen Absichten und Zielen

Der ökonomisch in westlichen Ländern unbestrittene, auch in östlichen Planwirtschaften zunehmend in Rechnung gestellte Schluß liegt nahe, daß in einer zeitdynamischen Globalanalyse der Protektionismus kaum wirtschaftliche Gewinne, aber teure Verluste bringt. Aus dem komplexen Beziehungsfeld wirtschaftlicher Wirkungen resultiert jeweils ein Ergebnis, das substantiell von den ursprünglichen Absichten und Zielvorstellungen abweicht. Wirtschaftliche Strukturverschiebungen werden

durch ein meist nur befristet wirksames Auffangen des Anpassungsdrucks hinausgeschoben, aber keineswegs aufgehoben. Der spätere Nachvollzug, dem nur in wenigen Fällen ausgewichen werden kann, wird einfach kostspieliger. In der Zwischenzeit werden die verfügbaren Produktionsfaktoren suboptimal eingesetzt, was die wirtschaftlichen Belastungen in die Höhe treibt. Diese Ressourcen werden einer positiven Strukturpolitik vorenthalten. In Tat und Wahrheit führt der Protektionismus also längerfristig nicht zu Vollbeschäftigung und Selbstgenügsamkeit. Vielmehr beeinträchtigt er Potential und Chancen zur künftigen Schaffung neuer Arbeitsplätze und zu einer nach politischer Maßgabe geforderten wirtschaftlichen Autarkie. Möglichst offene Märkte bleiben der echte Garant wirtschaftlicher Dynamik und gesunden Wirtschaftswachstums. Trotzdem wird Zuflucht zum Protektionismus gesucht. Dieses Verhalten ist keine Erscheinung der modernen Zeit, sondern findet sich seit Beginn der geschriebenen Geschichte des Menschen. Das Problem ist aber zweifellos in seinen Dimensionen gewachsen. Früher zählten die oft mühsame Bewältigung von Wegstrecken, die verwirrenden Münzverhältnisse, die langsame Verbreitung von Kenntnissen oder die handwerkliche Arbeitsweise zu den elementaren Hemmnissen. Der Ausbau der Transport-, Finanz- und Kommunikationssysteme förderte den Übergang vom Gewerbe zur Massenfertigung, was seinerseits natürliche Impulse zur Erweiterung des Handels auslöste. Ursache und Wirkung verketteten sich ineinander und führten mit zunehmender Dauer des industriellen Zeitalters — in spiralförmiger Beschleunigung — zu weltwirtschaftlichen Interdependenzen ungeahnten Ausmaßes.

Besonders prägnant war diese Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg. Heute gibt es wohl keine Region mehr, die sich ohne erhebliche Schädigung der eigenen Wirtschaft aus dem weltweiten Handelsgeflecht zurückziehen kann. Auch die mächtigsten unter ihnen brauchen den darin erzeugten Effizienzdruck, weil sonst die politischen Ambitionen und die wirtschaftlichen Fähigkeiten unaufhaltbar auseinanderlaufen, was letztlich die Dominanz zerstört. Für die kleineren und schwächeren ist diese Abhängigkeit vom weltweiten Handel inzwischen derart selbstverständlich geworden, daß sie im kurzfristigen Reflex allzu gerne übersehen wird. Die heutige Zeit steht in einem Umfeld, in dem der Protektionismus mit seinen vielfältigen Auswüchsen wirtschaftlich und politisch gefährlich zerstörend und zugleich ansteckend wirkt.

Wurzeln des Protektionismus

Protektionismus setzt eine übergeordnete Existenz voraus, die um Schutz nachgesucht werden kann. Im völkerrechtlichen Sinn ist dies der Staat. Er leitet seine wirtschaftliche Berechtigung aus dem Verständnis ab, daß der Nutzeffekt seiner Tätigkeit anderen Formen organisierten Zusammenlebens überlegen ist. Das Gemeinwesen vertritt jene, die ihn bilden. Er ist auch Ausdruck ihrer Unterschiedlichkeit. Die geographische Aufgliederung und andere Abgrenzungen lassen differenzierte Vorstellungen und Interessen manifest werden. Erst das Aufeinanderprallen interessenpolitischer Reibeflächen ruft Schutzbedürfnisse wach. Dabei ist unbedeutend, ob es sich um ein real begründetes oder um ein irreales Gefühl handelt. Der Staat wird zum natürlichen Adressaten von Schutzbegehren, weil es seine vornehmste Aufgabe ist, möglichst optimal für das Wohl seiner Angehörigen zu sorgen. Dies gilt für den planwirtschaftlichen Staat ebenso wie für den marktwirtschaftlichen, für den Wohlfahrtsstaat wie für den Versorgungsstaat. Lediglich die wirtschaftspolitischen Wertvorstellungen sowie die politischen und gesellschaftspolitischen Prioritäten sind verschieden. Die Staatlichkeit mit ihrem souveränen Gebaren ist somit Voraussetzung für einen aktiven Protektionismus. Dieser wird von drei Elementen getragen, obwohl die langfristige politische und ökonomische Vernunft gegen seinen Einsatz spricht. Dem staatlichen Handeln liegt nicht ausschließlich rationales Denken mit

Auf dem Weg zu einer neuen Handelsrunde

In Genf bereitet ein besonderer Ausschuß seit einigen Wochen im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) eine neue Handelsrunde vor, die gemäß Plan im kommenden September eingeläutet werden soll. Sieben solche Runden gab es bereits. Die anvisierte achte dürfte freilich alle bisherigen in ihrer thematischen Breite und Tiefe überragen. Letztlich wird die entscheidende Frage nach dem politisch machbaren Maß der Liberalität des künftigen weltweiten Handelssystems zu beantworten sein.

Die gedanklichen Anfänge der Lancierung einer achten Handelsrunde sind am Beginn der achtziger Jahre zu finden, obwohl damals die Realisierung der Ergebnisse der Tokyokunde von 1979 in acht Jahresetappen noch in vollem Gange war. Die Idee keimte als Reaktion auf die wachsende handelspolitische Disziplinlosigkeit und auf die steigende Flut protektionistischer Strömungen. Die Lethargie des Handelsliberalismus sollte überwunden und in eine neue Dynamik überführt werden. Die geistigen Förderer besaßen allerdings wenig Gespür für die Dimension eines solchen Unterfangens und glaubten noch lange, eine Zusammenkunft auf Ministerienebene genüge, um die angestrebten Impulse auf politischer Ebene auszulösen.

Allein, die Handelsminister einigten sich im November 1982 in einer GATT-Konferenz nach längeren Querelen auf bloße Absichtserklärungen und auf ein umfangreiches Arbeitsprogramm. Noch in der Nacht des Konferenzabschlusses unterstrich der damalige handelspolitische Chefunterhändler Washingtons, William Brock, er wolle die visionären Ziele weiterhin, über die Lancierung einer neuen Handelsrunde, verfolgen. Praktisch zu jenem Zeitpunkt haben die multilateralen Vorgeplänkel unter dem Blickwinkel begonnen, für die echten oder vermeintlichen Eigeninteressen den besten Verhandlungseinstieg vorzubereiten. Die zentralen handelspolitischen Fragen wurden lange Zeit wegen einer ziemlich fruchtlosen Auseinandersetzung über den grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr in den Hintergrund geschoben. Der jetzt tätige GATT-Vorbereitungsausschuß hat einiges nachzuholen.

weitsichtigen Perspektiven zugrunde. Besonders in den modernen Fernsehdemokratien des marktwirtschaftlichen Westens richtet sich das tatsächliche Staatsgebaren nach den Wahlzyklen der Exekutive und Legislative. Zweitens enthält jeder grenzüberschreitender Verkehr quasi automatisch einen wirtschaftlichen Umverteilungseffekt, weil das Idealbild einer neutralen Transaktion kaum zu erreichen ist. Der mathematisch und wirtschaftlich ›richtige‹ Preis ist eine Größe der Theorie, die in der Praxis über eine Vielzahl von Einflußfaktoren eine andere Dimension erhält. Die Gerechtigkeit und die allfällige Akzeptanz dieses Umverteilungsmechanismus erfährt letztlich nur aus dem politischen und philosophischen Umfeld der sich in der Zeit wandelnden Gegenwart eine jeweils befristete und annähernde Wertung. Schließlich bedingt drittens der Trieb nach Staatserhaltung ein zeitgebundenes Sicherheits- und Schutzdenken als prioritäre Aufgabe. Längerfristige wirtschaftliche Sachzwänge sind unterzuordnen.

Nicht wirtschaftspolitische Langzeitstrategien prägen also das staatliche Verhalten, sondern die politisch und wahltaktisch überschaubare Opportunität. Die Versuchung, protektionistischem Druck nachzugeben, ist aus dieser Sicht vergleichsweise groß. Dieser Weg des geringsten Widerstandes gaukelt einen augenscheinlichen Vorteil vor. Für einen geschützten Wirtschaftszweig wird die Nachfrage über dirigistische Maßnahmen im Augenblick hochgehalten. Das Unvermögen oder die Fähigkeit, mit dem Fortschritt — der technischen Entwicklung oder neuen Konsumgewohnheiten — mitzuhalten, erhalten wettbewerbswirtschaftlich andere Parameter. Kosten und Ertrag pendeln sich suboptimal auf einem künstlichen und zugleich interventionistisch labilen Gleichgewicht mit verzerrter Ressourcenallokation ein. Trotzdem ist das unmittelbar politische Ziel erreicht: Die staatlichen Entscheidungsträger haben ihre Handlungsfähigkeit bewiesen und vermeintliche Erfolge erzielt, weil kurzfristig tatsächlich die versprochenen wirtschaftlichen Wirkungen erzielt werden. Daß die irgendwann einmal nachfolgenden wirtschaftlichen Korrekturmaßnahmen wesentlich härter

ausfallen müssen, wird geflissentlich übersehen und im Zeitalter der politischen Vergeßlichkeit der Zukunft überlassen.

Grenzen des Protektionismus

Aus der bisherigen Argumentation ist zu folgern, daß der Protektionismus trotz allem ein integraler Bestandteil der Staats- und Gesellschaftsordnung geworden ist. Er hat aber auch seine Grenzen. Sie sind gegeben durch das freie Machtspiel zwischen Staaten und durch den auf souveränem Entscheid beruhenden Eintritt in bilaterale oder multilaterale Verhaltensvereinbarungen. Im ersten Fall geht es im wesentlichen darum, daß Schutzmaßnahmen die Lieferchance von Drittländern beeinträchtigen, die ihrerseits Gegenmaßnahmen androhen oder ergreifen. Protektionismus wird zum Spielball machtpolitischer Interessen, wobei der marktstärkere und/oder außenwirtschaftsunabhängigere Staat einen natürlichen Positionsvorteil besitzt. Es entsteht eine fast willkürliche Grenze auf jener Linie, wo in der subjektiv wirtschaftlichen und politischen Machtausübung staatlicher Entscheidungsträger die umfassend zu beurteilenden Vor- und Nachteile des Protektionismus ineinander aufgehen. Dabei ist es unerheblich, ob der Schutz über eine Einfuhrregulierung oder eine Einfuhrabschreckung gewährt wird.

Die andere Grenze bilden internationale Verträge. Sie sind im Bewußtsein geschaffen worden, daß ein ordentlicher und geregelter Interessenausgleich auf bilateraler oder multilateraler Ebene gesamthaft größeren Nutzen bringt als handelspolitische Anarchie. Die Erkenntnisse konzeptioneller Außenwirtschaftslehre erhalten damit einen wertvollen Verbündeten. Weltweit steht dafür das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (General Agreement on Tariffs and Trade, GATT), dem inzwischen 90 Vertragspartner mit über 80 vH des gesamten Welthandels angehören. Es setzt allgemeine Verhaltensregeln für das Erreichen und zur Wahrung möglichst offener Märkte. Wichtigste Grundsätze sind die Meistbegünstigung beziehungsweise die Nichtdiskriminierung zwischen Vertragspartnern und die Gewährleistung der Inländerbehandlung, sobald ein Erzeugnis regelkonform die Staatsgrenze überschritten hat. Im Gegenzug läßt das GATT aber auch Schutzmaßnahmen zu, wenn vitale Interessen eines Staates geltend gemacht oder wenn ausreichende Kompensationen gewährleistet werden. Eine selektive, nicht unbestrittene Erweiterung erfährt dieses globale Regelsystem mit verschiedenen bilateralen oder regionalen Präferenz-, Handels- oder Freihandelsabkommen. Die völkerrechtliche Handelsordnung ist unteilbar und letztlich ein wohl ausgewogener, aber auch anpassungsfähiger Verhaltensrahmen eines wirtschaftlich angemessenen Interessenausgleichs zwischen unterschiedlich starken Partnern.

Drei Ausdrucksformen des Protektionismus

Der völkerrechtliche Raster erlaubt eine relativ einfache Dreigliederung der Ausdrucksformen des Protektionismus. Zwischen den zulässigen und den verbotenen Schutzmaßnahmen gibt es einen nicht zuordenbaren Mittelbereich, den man heute mit dem gängigen Begriff der »handelspolitischen Grauzone« umschreibt. Ausgeklammert bleibt in dieser Betrachtung der privatwirtschaftliche Protektionismus, der nicht Ausfluß eines staatlichen Gebarens ist und grundsätzlich dem einfachen nationalen Wettbewerbs- und Kartellrecht zuzuordnen ist, auch wenn er grenzüberschreitend wirken kann.

Das GATT kennt eine ganze Palette des erlaubten Protektionismus. Damit ist auch gleich unterstrichen, daß dieses multilaterale Vertragssystem keineswegs einen allgemeinen Freihandel, sondern einzig liberale und offene Märkte im Rahmen der politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten anstrebt. Wichtig sind die Wahrung des Meistbegünstigungsprinzips, die multilaterale Einbindung außenwirtschaftlichen Verhaltens und die allfällige periodische Überprüfung von Schutzmaßnahmen und anderen Ausnahmeregelungen, was eine gewisse Verhältnismä-

Bigkeit und Angemessenheit sicherstellen soll. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien nachfolgend einige wichtige dieser GATT-Sonderbestimmungen nachgezeichnet.

- Zölle sind als Instrument gestattet, sind jedoch normalerweise im GATT festgeschrieben und multilateral konsolidiert. In verschiedenen GATT-Verhandlungsrunden ist das Zollsatzniveau laufend gesenkt worden. Der Durchschnittstarif der konsolidierten Zollsätze liegt heute unter 5 vH des Warenwerts.

- Die Entwicklungsländer — ausschlaggebend für die Einstufung ist die Selbsteinschätzung — verfügen mit einer allgemeinen Ermächtigungsklausel quasi über eine handelspolitische Narrenfreiheit; ihre unilateralen Maßnahmen sind relativ einfach mit dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand begründbar.

- Auch den übrigen, industrialisierten GATT-Vertragsparteien stehen verschiedene Schutzinstrumente zur Verfügung. Sie reichen von dem im multilateralen Konsensverfahren gebilligten unilateralen Ausnahmerecht und damit von der spezifizierten Befreiung aus ordentlichen GATT-Verpflichtungen (»waiver«), was zum Beispiel die Vereinigten Staaten im Landwirtschaftsbereich seit 1955 besitzen, bis zur Abwehr nachweislich unfairer Handelspraktiken (»Dumping« und Ausgleichszollpolitik). Bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten und überraschenden Gefährdungen einzelner Industriezweige können besondere tarifliche und mengenmäßige Schutzmaßnahmen ergriffen werden. Schließlich sind neben den Sonderbestimmungen für den Textil- und Bekleidungshandel im Welttextilabkommen (WTA) noch die im GATT ebenfalls vorgesehene Priorität der nationalen Sicherheit sowie des Schutzes der Landesversorgung und der Gesundheit vor dem Handelsliberalismus zu erwähnen.

Die geraffte Übersicht vermittelt nicht zu unrecht den Eindruck, daß das GATT mit protektionistischen Elementen reichlich versehen ist. Tatsächlich ist die internationale Handelsordnung ein Musterbeispiel von Ausnahmen, welche die Regeln bestätigen. Absolute vertragliche Verbote gibt es kaum. Vielmehr wird schwergewichtig auf allgemeingültige Verhaltensregeln geachtet, die völkerrechtlich einen multilateral möglichst angemessenen Ausgleich zwischen unterschiedlichen Staatsinteressen gewährleisten. Das eigentliche »Züchtigungsinstrument« des GATT geht vom ursprünglich entwickelten Bewußtsein aus, daß autonome Schutzmaßnahmen in normalen Zeiten nicht ohne weitausgreifende Konsequenzen bleiben. Mit anderen Worten stellt das GATT dem Protektionismus in schwammigen und recht weitläufig interpretierbaren Rechtssätzen eine gleichzeitig zu begleichende Rechnung in Form einer angemessenen Kompensation zugunsten der Geschädigten gegenüber. Erst die Verletzung dieses Gleichgewichts führt schließlich zur GATT-Inkompatibilität. Diese Erkenntnis begründet sich auch in den Schlußfolgerungen der vielen handelspolitischen Streitfälle, die im GATT behandelt worden sind. Nach der Feststellung, daß bestimmte Maßnahmen nicht mit dem GATT-Verhaltensrahmen vereinbar seien, folgt jeweils die Aufforderung zur Aufhebung oder zu multilateral gleichwertigen Kompensationsleistungen.

Die Disziplinierung wird indessen oft als unerwünschter Eingriff in die souveräne Entscheidungsfreiheit empfunden. Sie verweist vor allem das machtpolitische Durchsetzungsvermögen größerer Handelspartner in völkerrechtliche Schranken. Von diesem Befund bis zum Protektionismus in der handelspolitischen Grauzone zwischen Vertragstreue und offener Verletzung der GATT-Regeln braucht es nur einen kleinen Schritt. In diese Grauzone gehören »freiwillige Exportbeschränkungsübereinkünfte«, »Vereinbarungen über eine geregelte Vermarktung«, Exportsubventionen und viele andere nichttarifäre Handelshemmnisse. Die Motivierung der letzteren ist unerheblich, sobald solche Bestimmungen auch außenwirtschaftlich wirken. Die Behauptung, daß die weltwirtschaftliche Interdependenz derart engmaschig geworden ist, daß keine nationale Maßnahme völlig isoliert betrachtet werden darf, ist in diesem Zusammenhang gar nicht so abwegig. Die Flucht vor dem GATT-Regelwerk in die Grauzone untergräbt zwangsläufig das Ver-

trauen und die Glaubwürdigkeit der multilateralen Handelsordnung, fördert die handelspolitische Unsicherheit und führt in einen protektionistischen Wildwuchs. Der ordnungspolitische Pragmatismus des ausgewogenen Interessenausgleichs des GATT-Systems wird durch unkontrollierte und weltweit nicht überschaubare Partikularinteressen verdrängt.

Drei ordnungspolitisch differenzierbare Zeitphasen

Wie spiegelt sich das skizzierte Bild des Protektionismus in der Entwicklung der Welthandelsordnung seit dem Zweiten Weltkrieg? Es sind drei Phasen erkennbar, die sich in ihrem ordnungspolitischen Ansatz unterscheiden. Die Zeit zwischen 1946 und 1972/73 prägte ein grundsätzlich liberaler Trend. Es folgte eine Periode der langsamen Zermürbung und Zergliederung des aufgebauten Systems von innen heraus. Diese Phase findet ihren zeitlichen Abschluß in der Lancierung einer neuen Welthandelsrunde, die verhandlungstaktisch bereits begonnen hat und letztlich den vorläufig noch nicht definierten ordnungspolitischen Zielkreis der Zukunft bestimmen soll. Es ist kein Wunder, daß zu Beginn jeder dieser drei Abschnitte der Ruf nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, in der auch das globale Handelssystem enthalten ist, laut geworden ist. Das war 1946 so und führte als Teilergebnis zum GATT. 1972/73 erkannten viele Auguren in den Vereinten Nationen frühzeitig die auftauchenden Gefahren, doch verhinderte ein unüberwindbarer ideologischer Streit jede konzeptionelle Reform. Nach zehnjährigen unergiebigen Querelen soll jetzt unter dem Signet einer neuen Welthandelsrunde ein weiterer Anlauf genommen werden.

Hohe Zeit des Handelsliberalismus

Ohne Zweifel ist es das Verdienst der Vereinigten Staaten, in den vierziger Jahren die Handelsliberalisierung in die Weltwirtschaftsordnung eingeführt zu haben. Der Initiative zugrunde lag die Auffassung, daß das Fehlen eines Regelsystems für möglichst offene Märkte in den dreißiger Jahren einer der wesentlichsten Gründe für den Ausbruch der Feindseligkeiten gewesen war. Die vorgeschlagene Internationale Handelsorganisation (ITO) sollte aus dieser Sicht den Frieden wirtschaftlich absichern helfen. Diese Haltung ist konsistent mit den theoretischen und empirischen Kenntnissen über die effizienz- und wachstumssteigernde Wirkung ungehinderter Handelsströme. Das GATT mit all seinen interessenausgleichenden Einschränkungen wurde geschaffen, während die Havanna-Charta mit der ITO am Widerstand einiger Länder, aber insbesondere des amerikanischen Kongresses, scheiterte. Washington bekam offensichtlich Angst vor dem eigenen Mut multilateraler Handelsdiplomatie. Obwohl das GATT nie vom Kongreß ratifiziert wurde, blieb es als ITO-Fragment auf provisorischer Basis bis heute weiterbestehen. Der grundsätzlich liberale, aber inhaltlich doch recht pragmatische Trend weitete sich in den fünfziger und sechziger Jahren wellenförmig aus. Er fand einen verhaltenen Höhepunkt in der Zollunion der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und in der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), wodurch 1972 die Schaffung eines gemeinsamen westeuropäischen Freihandelsraums möglich wurde. Verhätten darum, weil damals die Chance verpaßt wurde, eine aussagekräftige Verbindungslinie zwischen weltweitem und regionalem Liberalismus zu ziehen.

Diese ›goldenen‹ Jahre des pragmatischen Handelsliberalismus wurden getragen von einem beispiellosen Wirtschaftsaufschwung in der ganzen Welt. Trotzdem gab es schon damals einen vielfältigen Protektionismus. Er war politisch nicht allzu virulent und hielt sich neben den Zöllen, die in sukzessiven Zollrunden gesenkt wurden, eher im wirtschaftspolitischen Hintergrund. Aus den zahlreichen Begründungen seien hier lediglich drei ausgewählt: Viele Erzeugnisse, die auf nationalen Märkten vertrieben wurden, erhielten mengen- und spezifikationsmäßig ihre internationale Handelsfähigkeit erst im Zuge der Zeit. Das System faktischer weltwirtschaftlicher Interdependenzen war

noch im Aufbau. Schließlich bot das feste Wechselkurssystem von Bretton Woods durch das überlange Festhalten an wettbewerbswirtschaftlich veralteten Währungsparitäten, vor allem von seiten europäischer Länder, einen monetären Schutz. Es gab also starke Helfer außerhalb des Einflusses bloßer Handelspolitik. Außerdem zeigte sich nachträglich, daß die konzeptionelle Einheit einer liberalen Handelsordnung nicht ausreichend gepflegt wurde.

Rückkehr zu den Partikularinteressen

In und nach den Jahren 1972/73 änderten sich die Voraussetzungen grundlegend. Der Übergang von festen Währungsparitäten zu flexiblen Wechselkursen, der Ölschock, die zurückfallenden und stagnierenden Wachstumsraten der nationalen Volkswirtschaften sowie das Aufstreben einer größeren Zahl neuer und andersartiger Wirtschaftsnationen, die mit ihren Stimmen das weltweite Interessenspektrum merklich ausbauten, prägten das Umfeld. Das inzwischen auf ein relativ hohes Niveau gestiegene internationale Handelsvolumen bestätigte die deutlich gewachsene globale Interdependenz. Im gleichen Zuge schwanden einige der ›natürlichen‹ Hemmschwellen für den internationalen Handel. Der währungspolitische Effekt verkehrte sich sogar ins Gegenteil; anstatt Schutz und Stabilität führte Wechselkursflexibilität zu wettbewerbs- und handelspolitisch nicht faßbarer Hektik und zu Unsicherheit, während das traditionelle Handelsinstrument der Zölle angesichts der Amplituden der Währungsausschläge nach den diversen GATT-Zollabbaurunden wesentlich an praktischer Bedeutung einbüßte. Politisch setzte eine Tendenz zur Rückbesinnung auf das Wohl der eigenen Nation, zum nationalen Egoismus ein. Es bildete sich mit anderen Worten ein Nährboden für das Vorbringen und zur Verteidigung kurzfristiger Partikularinteressen.

Die neuen Gegebenheiten führten einerseits zu einer verstärkten Beachtung von Schutzmaßnahmen und deren Handelseffekten außerhalb des traditionellen handelspolitischen Instrumentariums und andererseits zum Geltendmachen zusätzlicher Protektionsbedürfnisse. Die bewußte Grauzonenpolitik wurde ausgesprochen beliebt, weil dadurch dem GATT-Kompensationsprinzip ausgewichen werden konnte. Es entstand ein intensiv benützter ordnungspolitisch freier Aktionsraum außerhalb jeglicher völkerrechtlicher Verpflichtungen. Aber auch die GATT-Handelsordnung selbst hielt den Angriffen nur teilweise stand und erfuhr einen inneren Erosionsprozeß. Die oft allzu permissive Auslegung beeinträchtigte die Ganzheitlichkeit des Systems, und zwar sowohl in geographischer wie sachlicher Sicht. Zwischen Rechten und Pflichten der verschiedenen GATT-Partner öffnete sich eine immer größer werdende Diskrepanz. Vor allem die unqualifizierte Sonderbehandlung der Dritten Welt und die nicht ausreichend definierte Integration vom regionalen in den weltweiten Handelsliberalismus zeitigte verhängnisvolle Folgen, weil der handelspolitische Interessenausgleich eine andere und zugleich selektivere Dimension erhielt. Dies kam auch in der auflebenden GATT-Akzeptanz von sektorieller und beteiligungsmäßig segmentierter Handelspolitik zum Ausdruck. Der Hinweis auf das Welttextilabkommen, die Milchprodukteübereinkunft oder die Fleischvereinbarung sowie auch verschiedene GATT-Kodizes der siebziger Jahre — etwa der Subventionskodex — mag hier genügen. Die letzte Welthandelsrunde, die als Tokyo-Runde bekannt wurde, war das vertragliche Echo dieser Entwicklungen. Das vordergründige Bekenntnis zum pragmatischen Handelsliberalismus fand seine Bestätigung in einem weiteren Zollabbau von durchschnittlich 8 vH auf etwas weniger als 5 vH, während gleichzeitig die neu erkannten handelswirksamen Instrumentarien mangels ordnungspolitischer Klar- und Fernsicht dem umfassenden multilateralen Zugriff liberaler Prägung entglitten.

Zerfallserscheinungen aufhaltbar?

Immerhin hielt der lädierte GATT-Rahmen dem Druck doch einigermaßen stand. Er existiert heute, am Anfang der dritten

Phase ordnungspolitischer Besinnung, weiterhin als wirtschaftlich rationaler Wegweiser optimaler Handelspolitik. Das Konzept ist sicherlich anpassungs- und erweiterungsbedürftig, gibt es doch in der langfristigen wirtschaftlichen Lehre und Praxis kein Heil außerhalb eines allgemein gültigen Systems multilateraler Regeln. Trotzdem ist die Zukunft ungewiß, weil das wiedererwachte Selbstbewußtsein staatlicher Vorsorgezwänge mit einem starken Hang zum Partikularismus und zu volkswirtschaftlicher Kurzsichtigkeit ausgestattet ist. Dies fördert protektionistische Tendenzen jeglicher Art. Wie in den vierziger Jahren sind interessanterweise wiederum die Vereinigten Staaten die Triebfeder hinter dem Neuüberdenken der multilateralen Handels- und Wirtschaftsordnung. Diesmal ist freilich kein

kohärentes amerikanisches Konzept erkennbar. In den Washingtoner Köpfen geistert die Idee eines Systems zur Absicherung von wirtschaftlicher Fairness, welche den strapazierten Liberalismus ergänzen könnte. Wirtschaftliche Anständigkeit und Gerechtigkeit stützen sich freilich auf subjektiv gesellschafts- und machtpolitische Kriterien und sind in der Praxis real nicht definierbar. Die amerikanische Initiative war angesichts der Zerfallserscheinungen im GATT notwendig, der Inhalt aber wenig glaubwürdig. Es liegt an anderen Partnern der Weltgemeinschaft, für die ökonomische und politische Vernunft einer einheitlichen und möglichst liberalen Welthandelsordnung im multilateralen Verhandlungskonzert nachhaltig einzutreten.

Revolution für die Kinder

Zur Verleihung der Dag-Hammarskjöld-Ehrenmedaille (2. Februar 1986)

LIV ULLMANN

Erstmals einer Frau wurde 1985 die Dag-Hammarskjöld-Medaille der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen zuerkannt: der norwegischen Schauspielerin Liv Ullmann, deren engagiertes Wirken als »Botschafterin des guten Willens« für das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) gewürdigt wurde. Die Ehrenmedaille wurde nun schon zum fünften Male vergeben; 1983 war der frühere Präsident der Weltbank, Robert S. McNamara, der Preisträger, der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt der Laudator (VN 1/1984 S.16ff.). Ein anderer ehemaliger Bundeskanzler, Willy Brandt, auch er Präsidiumsmitglied der DGVN, hielt die Rede auf die Preisträgerin von 1985, die die Auszeichnung am 2. Februar 1986 auf einer Festveranstaltung in Berlin entgegennahm (ihre Ansprache geben wir nachstehend wieder). »Liv Ullmann ist nicht mehr und nicht weniger als eine engagierte Privatperson. Eine Privatperson, die sich entschloß, den Versuch zu wagen, wenigstens ein bißchen Unrecht aus der Welt zu schaffen. Ein Versuch, der jeden Menschen ehrt. Wenn er von einer berühmten Künstlerin unternommen wird, bekommt das persönliche Engagement eine zusätzliche Signalwirkung.« So Willy Brandt, der auch auf die Zusammenhänge von Frieden und Entwicklung einging: »Solange wir es zulassen, daß unser eigenes Leben kaltschnäuzig zur Disposition gestellt wird, solange lassen wir es auch zu, daß jedes Jahr an Millionen Menschen das Todesurteil in Form von Hunger und Elend vollstreckt wird. Dies nicht zuletzt sagt Frau Ullmann den anmaßenden Robotern, die sich als Menschen ausgeben, ins eisige Gesicht, wenn ich sie recht verstehe. Ich halte es übrigens für mehr als eine Zufälligkeit, wenn es eine Frau ist, die wir heute ehren. Es ist kein Zufall, daß unter denen, die ihren Protest gegen diese Art des Umgangs mit der Welt einlegen, daß unter denjenigen, die etwas für die tun, die unter dieser Art des Umgangs mit der Welt zu leiden haben, viele Frauen sind.«

Zu den bewegendsten Worten Dag Hammarskjölds gehört der Satz: »Das Leben verlangt von uns nicht mehr als die Stärke, die wir aufbringen können. Die einzige Leistung besteht darin, nicht fortgelaufen zu sein.«

Ich mußte vor einigen Jahren an diese Worte denken, als ich in mein Hotel in Nairobi kam und im Radio »Jingle Bells« hörte. Es war kurz vor Weihnachten, das Zimmer war gemütlich und angenehm, und die Musik weckte bei mir Erinnerungen an eine unbeschwertere Kindheit. Und dann erschien von einem Augenblick auf den anderen das Bild eines kleinen Jungen in Somalia vor meinem geistigen Auge. Das Bild eines Kindes ergriff meine Seele und mein Herz. Eines kleinen Jungen, der meine Hand packte und mich ziellos durch ein Flüchtlingslager führte. Eines kleinen nackten Jungen, der nichts zu essen hatte, mit Augen, hundert Jahre alt, und einem kleinen Hintern mit Falten wie bei einem alten Mann.

Ich mußte mich auf eine Reise jenseits meines Berufs und der mir vertrauten Menschen und Dinge begeben, bis mich eines Tages ein kleiner Junge — das Opfer von Krieg und Gleichgültigkeit schlechthin — an Dag Hammarskjölds Worte erinnerte: »Das Leben verlangt von uns nicht mehr als die Stärke, die wir aufbringen können. Die einzige Leistung besteht darin, nicht fortgelaufen zu sein.« Seitdem begleitet mich dieses kleine Kind, hält seine kleine Hand mich fest. Ein kleines Kind, dessen kurzes Leben von Menschen geprägt wurde, die nicht einmal von seiner Existenz wußten. Ein kleines Kind, das nie eine Wahl gehabt hatte, weil die Entscheidungen über seinen Kopf hinweg getroffen wurden, und weil es niemals auch nur an Entscheidungen teilhatte. Ein kleiner Junge, über den kaltherzig entschieden — oder vielleicht auch überhaupt nicht entschieden — wurde, würde bald im Wüstensand sterben.

Dies ist der Grund, warum ich meine Entscheidungsmöglichkeiten erkennen und danach handeln will. Denn ich halte die Entscheidungsfreiheit für das, was den Menschen letztendlich ausmacht.

Der kleine Junge, dem keine andere Wahl blieb, als sich in unsere Entscheidungen zu schicken: Ich ging mit ihm herum, mein Finger von seiner Hand umklammert, seinen kleinen Kopf mit dem staubigen, weichen schwarzen Haar betrachtend, einen Kopf, der sich nie bewegte oder den Menschen zuwandte, an denen wir vorbeiging.

Als ich aufhörte, um ihn zu weinen, begriff ich, daß er mich etwas gelehrt hatte, daß er mir zu einer Sicht verholfen hatte, die mein Leben veränderte, weil ich nicht mehr mit meiner Naivität leben konnte. Er zwang mich, mit Optionen zu leben, die weder er noch ich kannten, als wir uns trafen.

Dag Hammarskjöld schrieb: »Ist nicht gerade die Erfüllung unserer Pflicht gegenüber unserem Mitmenschen Ausdruck unseres tiefsten Sehnsens?« Wer nun ist mein Mitmensch? Gewiß der kleine Junge in Somalia. Ebenso aber auch die Frau, die ich in Mali sah: eine Mutter, die einfach dasaß und auf ihr ohnmächtiges, verdurstendes Kind starrte. Zwei Kinder hatte sie schon verloren. Allein in diesem kleinen Gebiet hatten die Märsen zweihundert Männer, Frauen und Kinder dahingerafft. Keine medizinische Versorgung, kein Essen. Kein Wasser. »Gestern hatte ich nichts zu essen, heute auch nicht, aber vielleicht morgen.«

Geduld scheint das einzige Vorrecht der Armen zu sein. 300 von 1000 Kindern in Mali haben keine Aussicht, fünf Jahre alt zu werden. Die Kinder sind die Märtyrer. Und sie sterben durch

Vernachlässigung. Durch Vernachlässigung unsererseits. 40000 Kinder sterben täglich an Hunger und wegen mangelnder medizinischer Versorgung. Alle zwei Sekunden stirbt ein Kind: jetzt — und jetzt — und jetzt.

Sie und ich werden uns an diesen toten Kindern letztlich messen lassen müssen.

Letztlich werden Sie und ich uns fragen müssen, warum diese Kinder nie das erhielten, was wir erwarteten und unseren eigenen Kindern gaben: Gesundheit, Erziehung und die Möglichkeit, eigene Entscheidungen zu treffen.

Morgen schon werden weitere 40000 Kinder unbeachtet sterben. Morgen wird der Rüstungswettlauf weitere zwei Milliarden Dollar verschlungen haben. Ich glaube den Menschen nicht, die behaupten, es bestehe kein Zusammenhang zwischen diesen Zahlen. Ich glaube den Menschen nicht, die behaupten, daß nur Traumtänzer hoffen können, das Gleichgewicht des Schreckens zwischen den Großmächten beseitigen zu können. Wir haben nicht viel Zeit. Wir müssen ungeduldig sein. Im Geiste von Menschen wie Dag Hammarskjöld müssen wir Spuren menschlicher Güte hinterlassen. Es geht um unser kurzes Leben. Es geht um unsere Welt.

Milliarden werden für das Wettrüsten — die Wissenschaft der Zerstörung — ausgegeben. Und Menschen, die leben, müssen sterben.

Die Führer der Welt sprechen von Hilfe für befreundete Länder. Dabei meinen sie nur zu häufig Militärhilfe. Es gibt jedoch auch noch eine ganz andere Art von Hilfe. Wir sprechen viel zu wenig darüber. Diese Hilfe kostet weniger als die Militärhilfe; sie bringt auch vielleicht nicht immer Ruhm und Macht ein. Aber sie bringt Leben. Diese Hilfe kommt von Menschen, von Menschen mit Einsicht und Liebe. Über diese Art von Hilfe möchte ich sprechen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war es zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit möglich, ernsthaft daran zu denken, der gesamten Menschheit die Errungenschaften der Medizin zugänglich zu machen. Werden jetzt die achtziger Jahre die Zeit sein, in der diese Gelegenheit versäumt wurde? Oder werden die heutigen Probleme und Katastrophen der Auslöser neuer kreativer Ansätze sein, um das Ziel der Durchsetzung der Menschenrechte und der Versorgung aller Menschen mit Nahrung, medizinischer Hilfe und Erziehung bis zum Jahr 2000 zu erreichen?

Die meisten Menschen sind sich des Problems der Armut, des Hungers und der Krankheit bewußt. Die meisten Menschen wissen, daß Menschen — und vor allem Kinder — sterben oder unterernährt, unterversorgt und als Krüppel aufwachsen. Aber gerade weil wir wissen, daß die Zahlen so groß sind, und daß die sichtbaren Ursachen — Armut und Unterentwicklung — so allgegenwärtig sind, verlieren wir die Fähigkeit, das Unmittelbare dieser Katastrophe zu begreifen. Wir verlieren die Fähigkeit, ihren Umfang zu erkennen oder sie gar nachzuempfinden. Wir verlieren das Gefühl dafür, daß »dies jetzt und heute geschieht«. Und die tägliche Tragödie muß erst eine neue Dimension annehmen — wie das himmelschreiende Elend der Hungerkatastrophe in Afrika — bevor wir Tod und Leiden als reales und unmittelbares Geschehen begreifen.

Ich kann leider nicht umhin, einige traurige Zahlen zu nennen: Etwa 150 Millionen Kinder durften in den letzten zehn Jahren auf der ganzen Welt nicht groß werden. Sie starben. Ihr Tod war schmerzlich und qualvoll. Und mindestens weitere 150 Millionen Kinder sind behindert: verkrüppelt, entstellt, körperlich oder geistig zurückgeblieben. In Zahlen ausgedrückt ist dies so, als wäre jeder in den letzten zehn Jahren geborene Amerikaner und Kanadier — 250 Millionen — heute entweder tot oder verkrüppelt! Und jedesmal verursacht das Leiden eines Kindes unsägliches seelisches Leiden bei Müttern, Vätern und Geschwistern — wobei einige Wunden vielleicht nach dem Tod des Kindes mit der Zeit heilen, andere jedoch bleiben, wenn ein Kind als Krüppel aufwächst.



Keinen Gegensatz »zwischen der enormen Aufgabe, das Nord-Süd-Gefüge neu zu organisieren, und dem Ziel, solange das nicht erreicht ist, so viele Leben zu retten wie eben möglich«, sah Friedensnobelpreisträger Willy Brandt in seiner Laudatio auf Liv Ullmann: »Die Hilfe in der Not steht nicht im Gegensatz zum Versuch, die Ursachen des Unheils in den Griff zu bekommen.« Auch wenn die Tätigkeit des UNICEF etwas von einer Sisyphusarbeit an sich habe, sei jeder einzelne, dem man hilft, aller Anstrengungen wert, selbst wenn vielen anderen nicht geholfen werden könne. Die Kinder in den Elendsregionen seien »das schwächste Glied in der Kette einer Weltordnung, die wir wenigstens in ihren Folgen mildern müssen. ... Das Bewußtsein für die Unerstlichkeit privater Initiative hat sich in den letzten Jahren geschärft; ich habe das begrüßt. Für die Aufgaben, die wir zu bewältigen haben, können gar nicht genug Initiative, Einfallsreichtum und Beweglichkeit eingebracht werden. Staatliches Handeln kann dadurch noch lange nicht ersetzt werden. Der Gedanke der Privatinitiative sollte ohnehin nicht für Zwecke der Entsolidarisierung mißbraucht werden. Inkonsequent freilich wäre es, persönliche Initiative im Wirtschaftlichen zu fördern, aber im Politischen zu beargwöhnen.«

Haben Sie etwas über diese sterbenden Kinder gelesen? Haben Sie sie im Fernsehen gesehen? Ich meine hier nicht die Menschen, die in Kolumbien durch den Vulkanausbruch umkamen. Auch nicht die Erdbebenopfer in Mexiko-Stadt oder die Gasopfer in Bhopal. Ich spreche auch nicht über die Schlagzeilen von der Hungerkatastrophe in Äthiopien und vielen anderen afrikanischen Ländern. Ich spreche hier von den Kindern, die nicht durch Vulkanausbrüche, Erdbeben oder Unfälle umkamen. Ich spreche von all den Kindern, die abseits der Hungersnöte einfach deshalb hungrig, unterernährt und krank aufwachsen, weil ihre Eltern in äußerster Armut und schlimmster Unterentwicklung leben mußten, in einer Situation, die durch Analphabetentum, unzureichende medizinische Versorgung und Mangel an sauberem Wasser gekennzeichnet ist. Ich spreche von den Millionen Kindern — 15 Millionen jedes Jahr — die, von der Öffentlichkeit unbemerkt, in den Armen ihrer Mütter sterben. 40000 Kinder sterben jeden Tag ... nicht durch Vulkanausbrüche, Erdbeben oder Hungersnot. Und weil selbst in unserer heutigen, unvollkommenen Welt so viele Kinder vor Tod oder Verkrüppelung gerettet werden könnten, ist es vielleicht das tragischste Element dieser Situation, daß wenigstens die Hälfte dieser Kinder nicht hätte sterben müssen.

Aber es gibt noch eine weitere, ebenfalls weitgehend unbeachtete Entwicklung, eine Entwicklung, die auf eine Revolution hinführt, eine Revolution für die Kinder, eine Revolution, die

bereits heute Millionen Menschenleben betrifft. Diese Revolution ist schon im Gang. Sie breitet sich in den Entwicklungsländern von Land zu Land aus. Sie hat aber auch Auswirkungen auf die Industriestaaten. Es handelt sich um eine Revolution, die durchaus die Welt zu ändern vermag.

Es ist eine Revolution zur Überwindung des Status quo der Unkenntnis und Nachlässigkeit, der jedes Jahr Millionen Kinder sinnlos morderd und entstellt. Es ist eine Revolution für das Überleben und für die Entwicklung der Kinder, und sie wird die Welt ändern, wenn, ich wiederhole: wenn, die ganze Welt davon erfährt — nicht nur die Politiker und Bürger der einflußreichsten Länder, sondern auch die Mütter und Väter in den Entwicklungsländern, die diese Nachricht erreichen muß, um sie zu stärken.

Sie werden fragen, worin dieser aufsehenerregende technische Fortschritt besteht, der, zusammen mit einem Ausbau der Kommunikationskapazitäten, diese Revolution ermöglicht. Um welche Techniken handelt es sich, die innerhalb von fünf bis fünfzehn Jahren eine derartige Verbesserung der medizinischen Betreuung von Kindern herbeiführen, daß die Kindersterblichkeit und die Fälle von körperlichen Schäden um die Hälfte zurückgehen werden, und das in für so viele Menschen schwierigen wirtschaftlichen Zeiten, insbesondere in den rückständigsten Ländern?

Zu diesen neuen, verbesserten, neuentdeckten oder wiedereingeführten Techniken gehören:

1. Die orale Rehydrierungstherapie in Form einer einfachen Behandlung mit in Wasser gelösten Salzen und Glukose bei Kindern, die nach Durchfall an Flüssigkeitsmangel leiden, der Haupttodesursache bei Kindern, der fast fünf Millionen Kinder pro Jahr zum Opfer fallen. Täglich sterben über 7000 Kinder an Durchfall, der rechtzeitig hätte verhindert werden können.

2. Neue Fortschritte in der Impftechnik zur Vorbeugung gegen Tetanus, Masern, Kinderlähmung, Keuchhusten, Diphtherie und Tuberkulose, durch die jedes Jahr Millionen Kinder bleibende Schäden erleiden oder sterben. Tausende von Kindern können so jeden Tag gerettet werden — und das bei extrem niedrigem Aufwand.

3. Die in der letzten Zeit wieder erkannten Vorzüge des Stillens. In Haiti stirbt ein Drittel der Säuglinge, weil sie, statt von ihren Müttern gestillt zu werden, Milchpulver bekommen, das in verunreinigtem Wasser gelöst wurde.

4. Beobachtung des Wachstums, damit die Mutter Anzeichen von Unterernährung erkennen und entsprechend handeln kann. Das Recht jeder Frau auf das Wissen, wie sie ihr Kind schützen kann.

Kolumbien ist ein Beispiel für ein Land, in dem alle diese Ansätze verfolgt werden. 1984 begann Kolumbien seinen Kampf mit einer Impfkaktion. Präsident Betancur wandte sich an die Medien — darunter auch die führenden oppositionellen Zeitungen. Er bewegte Presse, Radio und Fernsehen zur Mitarbeit und bezog danach die Kirche, das Rote Kreuz, die Rotarier, den Lions-Club, Pfadfinder, Lehrer, Unternehmer und alle Ministerien ein. Und anschließend auch noch die Guerillaführer. Zusammen machten sie sich an etwas in der Geschichte einmaliges: Drei Monate lang, an drei landesweiten Impftagen, beteiligte sich jedermann an der Impfung fast aller Kinder eines Landes gegen die fünf Hauptkrankheiten, durch die jedes Jahr zehntausende Kinder starben oder Dauerschäden erlitten. Die Zeitungen berichteten auf der ersten Seite über die Aktion. Radio und Fernsehen berichteten darüber wie über eine Wahl, mit stündlichen aktuellen Meldungen, so daß alle Familien angesprochen wurden. Am Ende des letzten Impftages waren fast 100 Prozent aller kolumbianischen Kinder unter fünf Jahren geimpft. Kolumbien ist somit ein Beispiel für den sinnvollen Einsatz der Medien. Außerhalb des Landes indessen erfuhr man kaum etwas darüber.

Können Sie sich die Schlagzeilen in der Weltpresse vorstellen, wenn jemand ein wirksames Mittel gegen Krebs entdeckt hätte? Oder gegen irgendeine andere Krankheit, die uns, den Reichen und Privilegierten, zu schaffen macht? Der Grund, warum dieses wirkliche Wunder in Kolumbien so unbeachtet blieb, liegt darin, daß es sich bei den Ärmsten und Schwächsten unter uns ereignete. Und daher ganz offensichtlich unserer vollen Aufmerksamkeit nicht wert war. Dennoch ist es von gleicher Bedeutung wie die ersten Schritte des Menschen auf dem Mond. Es kennzeichnet den Beginn einer Revolution für die Gesundheit der Kinder.

El Salvador war dann das nächste Land. Auch in El Salvador geschah ein Wunder. Drei Tage lang war ein Land, in dem Krieg und Gewalt an der Tagesordnung sind, ein Symbol für Frieden und Leben. Drei Tage lang im vergangenen Jahr führte das UNICEF ein Lebensrettungsprogramm durch, das ein voller Erfolg war. Am 3. Februar, 3. März und 21. April schwiegen die Waf-



DGVN-Vorsitzende Helga Timm bei der Übergabe der Verleihungsurkunde der Dag-Hammarskjöld-Ehrenmedaille an Liv Ullmann im Berliner Hotel »Intercontinental«; rechts im Bild: Wolfgang Lüder, Vorsitzender des gastgebenden DGVN-Landesverbands Berlin. — Die Verbindung von Werdegang und Engagement bei Liv Ullmann leuchtete Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einer Grußbotschaft aus: »Wer wie Sie als Künstlerin das Menschliche bis in seine verborgensten Falten sichtbar machen kann, der leidet wohl auch tiefer mit den Menschen. ... Sie erscheinen nicht als Schauspielerin, die sich mit einem Botschafter-Titel schmückt, sondern als verehrungswürdige Frau, die den Botschafter-Titel benutzt, um ihrem leidenschaftlichen Willen, Menschen zu helfen, mehr Nachdruck und größere Wirksamkeit zu verleihen.«

fen, um das Leben kleiner Kinder zu retten. An drei Tagen wurden 300 000 Kinder gegen die verbreitetsten Krankheiten geimpft. Guerilla und Regierungstruppen kämpften — aber nicht gegeneinander, sondern gegen den gemeinsamen Feind des salvadorianischen Volkes: gegen Krankheiten, an denen Jahr für Jahr rund 20 000 Kinder sterben. Und dennoch machte dieses Wunder keine Schlagzeilen wie die Erklärungen der Führer zweier Großmächte in Genf. Obwohl das, was in El Salvador geschehen war, viel tiefgreifender und unendlich ergebnisreicher war. Ich muß den Medien das Mißverhältnis ihrer Berichterstattung über diese beiden Ereignisse des letzten Jahres ankreiden.

* * *

Ich weiß, daß es nicht Aufgabe der Medien ist, das Leben der Menschen zu verändern. Es ist jedoch ihre Aufgabe, den Menschen Mittel an die Hand zu geben, ihr eigenes Leben zu verändern. Ich halte es für die ursprüngliche Aufgabe der Medien, die Wahrheit so darzustellen, daß die Menschen sie anwenden und umsetzen können. Und welche Wahrheit kann wichtiger sein als den Menschen zu sagen, daß ihre Kinder nicht sterben müssen? Wenn sich auch die Medien an dieser Revolution für die Gesundheit unserer Kinder beteiligen, werden wir wirklich eine Revolution auslösen können, die uns allen dient.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich nicht nur die Medien, sondern jeden einzelnen ansprechen. Ich fordere Sie auf, Ihre innere Einstellung gegenüber der Not zu ändern: Erstens müssen wir auch die Tragödien begreifen und zur Kenntnis nehmen, die zwar keine Schlagzeilen machen, unter denen aber andere zu leiden haben. Und zweitens müssen wir erkennen, daß wir etwas dagegen tun können. Heute hören wir nicht mehr von Flut- oder Sturmkatastrophen, die sich vor Monaten ereigneten; die Morgennachrichten berichten über Erdbeben und Vulkanausbrüche der letzten Nacht. Wir hören nicht mehr von Dürren oder Hungersnöten vom letzten Jahr; die Menschen, die wir in Zeitungen und Filmen sehen, verhungern heute. Wir hören nicht mehr von Menschen, die bereits tot sind; wir erfahren, daß Menschen in Gefahr sind — aber noch leben — jetzt und heute.

Und wir handeln, weil wir glauben, daß unsere Spende an »Save the Children«, das Rote Kreuz oder das UNICEF etwas bewirken wird. Wir wissen, daß Nahrungsmittel, Medikamente oder Kleidung abgeschickt werden. Und wir glauben, daß unsere Regierungen ebenfalls so handeln sollten, wie wir es tun. Denn es gibt Dinge, die wir nicht privat unternehmen können, wohl aber unsere Regierungen. Und die Regierungen verstehen diese Aufforderung, sie verstehen die Öffentlichkeit, die verlangt, daß »etwas getan werden muß, und daß unsere Regierung dies auch tun sollte«. Die Äußerung der Betroffenheit der Öffentlichkeit gegenüber einer Tragödie zeigt den Regierungen, daß von ihnen nicht nur erwartet wird, etwas zu unternehmen, sondern daß sie auch das Mandat dazu haben.

Und ebenso wie diese neue innere Einstellung zur Not, von der wir in den Schlagzeilen erfahren, in dem Bewußtsein der Weltöffentlichkeit wurzelt, daß Not existiert, und daß etwas dagegen getan werden kann, meine ich, daß sich eine ähnliche innere Einstellung gegenüber den stillen Tragödien zu entwickeln vermag — gegenüber der Not, die selten Schlagzeilen macht — und daß diese Einstellung dazu führen kann, daß die Gemeinschaft aller Menschen — Regierungen, Institutionen, Gesellschaften und jeder einzelne — die uneingeschränkte Verantwortung für Gesundheit und Wohlergehen aller Menschen übernimmt.

Um dies jedoch erreichen zu können, müssen Sie und ich gleichermaßen der Versuchung widerstehen, Sentimentalität an die Stelle echten Mitfühlens treten zu lassen. Wir brauchen keine blutenden Herzen und Heuchelei. Natürlich werden wir Tränen vergießen, wenn uns das Fernsehen eine Mutter in Äthiopien zeigt, die um ihr totes Kind trauert, aber letztlich kann sporadische Großzügigkeit nur vorübergehende Hilfe bringen. Wichtig ist, daß ich diese Mutter auch dann noch sehe, wenn ich mich in meiner gewohnten Umgebung befinde — mich mit meinen eige-

nen Angelegenheiten befasse —, so daß das Mitfühlen mit meinen Mitmenschen eine Haltung ausdrückt, die ich beständig vertrete. Wir müssen auch lernen, die Kultur zu erkennen und zu begreifen, innerhalb derer wir etwas ausrichten wollen. Wir dürfen nie vergessen, daß wir natürlichen und klimatischen Elementen gegenüberstehen, die seit Jahrhunderten vorhanden sind. Wir müssen begreifen, daß wir vielerorts mit Emotionen zu tun haben, die auf Stammeskulturen fußen. Wenn wir etwas bewegen wollen, müssen wir lernen, innerhalb tief verwurzelter kultureller Verhaltensweisen und innerhalb der kulturellen Realität zu arbeiten. Blitzaktionen können nur in Notfällen und nie anstelle langfristiger Programme helfen.

Gleichermaßen ist uns allen, die wir als Bürger der entwickelten Welt helfen wollen, eins gemeinsam: unser Mangel an Geduld. So brauchen zum Beispiel viele afrikanische Länder Zeit, um nach der Kolonialzeit den besten Weg zu finden, sich selbst zu regieren. Es mag länger als 40 oder 50 Jahre dauern, den Gesetzen Geltung zu verschaffen, die Unabhängigkeit und die Menschenrechte aller Bürger zu sichern. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man den berühmten englischen Rasen von heute auf morgen erhält: richtige Saat, richtige Düngung, die richtige Abgabefolge der Jahreszeiten — und das vielleicht 400 Jahre lang! In England widmet man dieser Aufgabe viel Zeit — man achtet auf seinen Rasen. Wir aber verlieren die Geduld mit der Dritten Welt bei etwas, was über Generationen gepflegt werden muß. Die Dritte Welt existiert in Wahrheit eigentlich nicht, da einige Länder, die wir dazurechnen, enorme Fortschritte machten, während andere zurückblieben.

Da ist noch ein weiterer Gegenstand unserer Ungeduld gegenüber sich entwickelnden Ländern — wir zeigen mit dem Finger darauf und entrüsten uns lauthals: Korruption. Korruption gibt es aber nun fast überall. Nur tritt sie in den hochentwickelten Demokratien seltener auf und hat einen gefälligeren Namen.

Auch blicken wir mit Ekel und Entsetzen auf Apartheid- und andere rassistische Regime, vor denen Menschen fliehen müssen — jedoch sollten wir auch an die Hunderttausende denken, die vor dem Terror von Regierungen ihrer eigenen Rasse fliehen mußten. Gewalt und Unmenschlichkeit haben nichts mit einer bestimmten Hautfarbe zu tun.

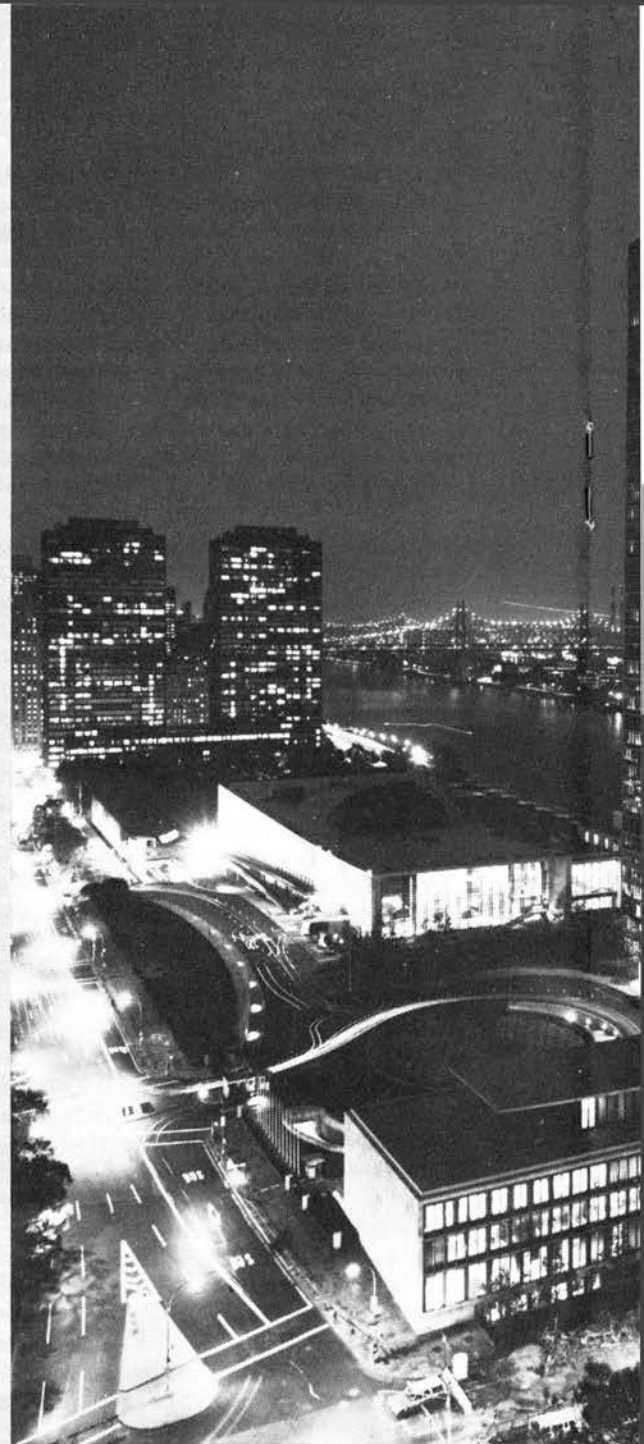
Und dies führt mich wieder zu dem Punkt, um den es mir ganz besonders geht: Solange wir nicht auch die Menschen in weit entfernten Ländern als unsere Nachbarn verstehen — Nachbarn, die nicht anders sind als wir —, solange wir nicht wirklich verstehen, daß wir alle an der Fülle der Möglichkeiten dieser Welt teilhaben müssen, wird es sehr schwer sein, zu der neuen inneren Einstellung zu gelangen, die wir für eine friedliche Revolution brauchen. Eine Revolution, die unzähligen Kindern das Leben rettet wird.

Hammarskjöld schreibt: »Es wurde mir plötzlich klar, daß er sich seiner bewußter war als ich mir meiner, und daß ich aufgefordert war, dieses Bewußtsein seiner selbst nicht als Objekt, sondern als Subjekt zu begreifen — und bewußter als ich.«

* * *

Ich möchte Ihnen jetzt eine Nachbarin vorstellen: Ich sehe sie, eine Frau in Äthiopien, in Schmerz versunken, ihr winziges Baby auf dem Arm. Die Gegend, in der ihr Lager liegt, ist von schwerer Trockenheit heimgesucht. Ihr Kind verdurstet in aller Stille. Vor ihr: ein Wasserloch mit schlammigem, verunreinigtem Wasser. Sie hat die Wahl: ihr einziges Baby verdurstet zu lassen oder ihm verunreinigtes Wasser zu trinken zu geben. Ich sehe, wie sie ihre Entscheidung trifft. Sie bückt sich, füllt ihre hohle Hand mit dem Schlamm; sie hebt sie langsam zum Mund ihres Kindes. — Not bedeutet, überhaupt keine Wahl zu haben. Was uns als Menschen auszeichnet, ist die Tatsache, daß sich der einzelne nicht von der Not anderer abwenden kann.

Wenn sich eine Regierung von der Bedürftigkeit der schwächsten und kleinsten Bürger abwendet, ist dies eine Sünde. Es muß einen öffentlichen Aufschrei geben, wenn wir hören, daß Kinder sterben, die wir hätten retten können. Ein Land, das diesem schlichten Menschenrecht auf Leben zuwiderhandelt, geht



Jubiläum in T

Feierlich beging das für die Wahrung des Weltfriedens und die Sicherheit der Hauptorgan, der Sicherheitsrat, am 26. September 1985 die 2608. Sitzung des Rates (Bild links oben). — Diese 2608. Sitzung des Rates fand auch Gelegenheit zu einer Begegnung von Eduard Schwarder beiden Supermächte trafen sich dann noch in der sowj Meinungs austausch. — Der Präsident des Gastlandes der 24. Oktober, kurz vor seiner Ansprache vor dem Plenum der Generalkonferenz, begrüßte den Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar und dem Präsidenten der Generalversammlung. — Im Reigen der Staatsmänner, die anlässlich des Jubiläums die Generalkonferenz begrüßten, begrüßte auch Nicaraguas Präsident Daniel Ortega Saavedra nicht, der von dem Generalsekretär Don Jaime de Piniés begrüßt wurde.

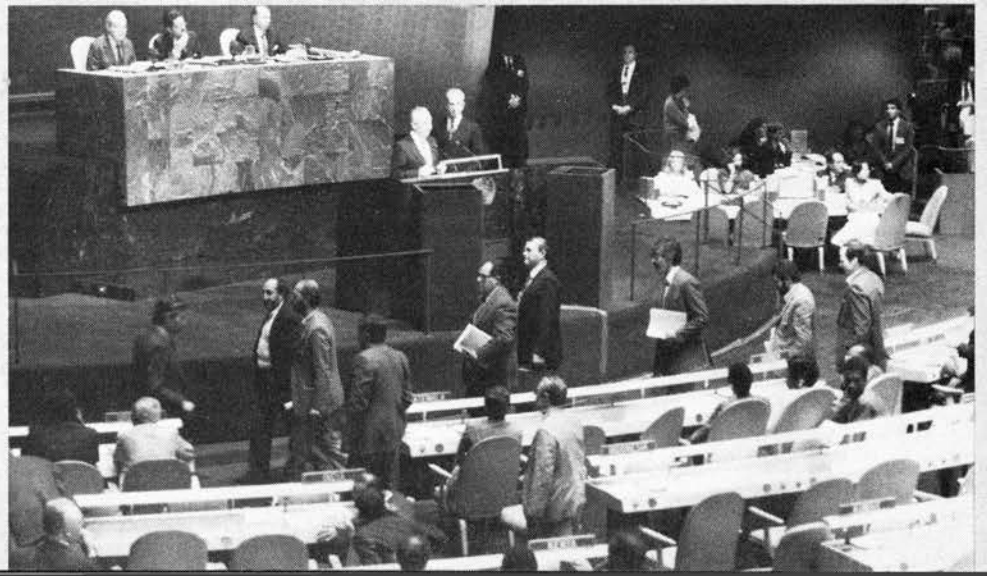
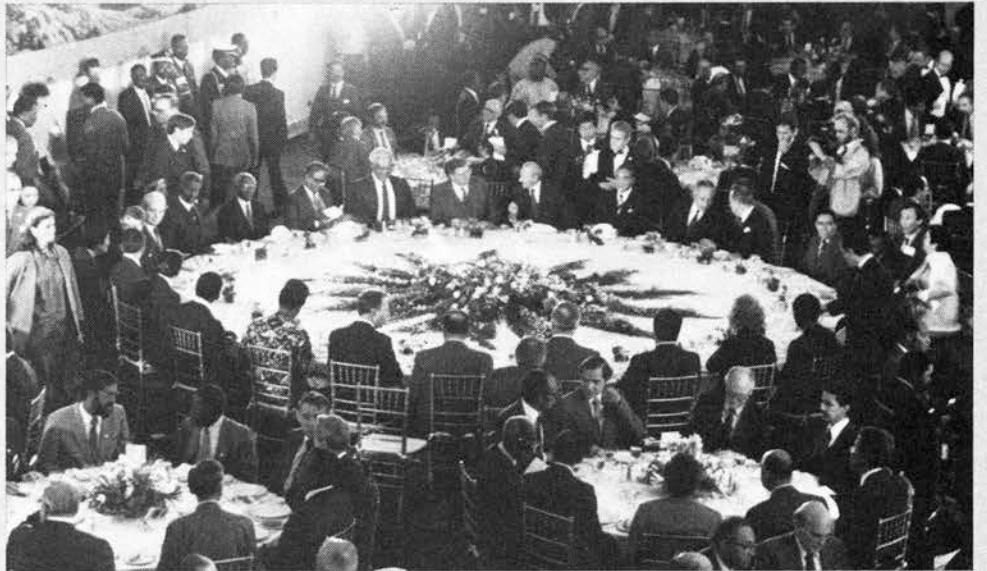
Eine Geburtstagstorte wurde auf einem Empfang für die Teilnehmer der Konferenz gemeinsam von Tagungspräsident Don Jaime de Piniés, Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar und Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar am 23. Oktober. — Ein Mittagessen für die zur Jubiläumsfeier angereisten Staatsmänner fand am 23. Oktober. — Eine Konferenz der Gattinnen der Teilnehmer der Konferenz zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs fand auf Einladung der Generalkonferenz am 21. Oktober an das Rednerpult trat.



New York

s und der internationalen Sicherheit verantwortli-
 1985 das 40jährige Bestehen der Vereinten Nationen
 und auf der Ebene der Außenminister statt und bot
 Edwardnadse und George Shultz; die Außenminister
 sowjetischen UN-Botschaft zu einem ausführlichen
 der Weltorganisation, Ronald Reagan, traf am
 der Generalversammlung, mit UN-Generalsekre-
 Generalversammlung, Don Jaime de Piniés, zusam-
 des Jubiläums vor das Weltforum traten, fehlte auch
 der seine Rede am 21. Oktober hielt und zuvor von

die Delegierten zur 40. Generalversammlung ge-
 es, Frau Giulia de Piniés, Frau Marcela Pérez de
 am 10. Oktober angeschnitten (Bild rechts oben).
 n Staats- und Regierungschefs gab der UN-Genera-
 len der Staats- und Regierungschefs zur Förderung
 adung von Nancy Reagan am 21. Oktober statt. —
 fort. Dies wurde auch beim Auszug einer Reihe von
 als der israelische Ministerpräsident Shimon Peres



uns alle an — auf gleiche Weise, wie sich Amnesty International heute gegen die Folter wendet, wie wir gegen die Apartheid demonstrieren, wie wir Regierungen, die Terroristen unterstützen, boykottieren und kritisieren. Denn was wäre eine schlimmere Sünde, als ein kleines Kind aus Nachlässigkeit sterben zu lassen.

Denken Sie an unsere Empörung, als wir von dem Giftgasunglück im indischen Bhopal hörten. Wie sich die Schlagzeilen — zu Recht — über das Verbrechen entrüsteten, auf solche Weise mit Menschenleben zu spielen. Aber wo sind die Schlagzeilen über das tägliche Sterben von Kindern in Indien, deren Zahl ebenso hoch ist wie die Zahl der Opfer in Bhopal? Jeden Tag ein neues Bhopal: Wo ist der öffentliche Aufschrei angesichts der Menschen, die dieses Jahr nicht geimpft werden können — ein Vielfaches der Toten von Bhopal? Und wo bleibt die Empörung der Weltöffentlichkeit, da doch gewissermaßen allein in Indien jeden Tag zwanzig mit kleinen Kindern besetzte Jumbos abstürzen?

Für die meisten von uns dürfte es das eigentliche Problem sein, nicht nur in einem Augenblick des Mitleids für eine ferne Tragödie zu spenden, sondern tatsächlich zu erfahren, daß wir alle ein wichtiger Teil der Welt sind, und das immer. Nicht nur dann zu handeln, wenn die Schlagzeilen über Tote berichten, sondern auch für die Menschen etwas zu tun, deren Leiden unbemerkt bleibt und nicht im Fernsehen gezeigt wird — für alle die, denen wir tatsächlich helfen können.

Katastrophen und Not können uns alle gleichermaßen heimsuchen. Wie in Bhopal, wo der Wind die giftigen Gase verbreitete — als sich die Katastrophe ereignete, hing es nur von der Windrichtung ab, wer sterben mußte und wer überleben durfte. Niemand kann wissen, wohin der Schlamm beim nächsten Mal fließen wird — wo sich das Erdbeben ereignet, wo die Rakete einschlägt.

»Der Tod eines jeden Menschen nimmt mir etwas«, sagt John Donne. Es stimmt, der Tod eines jeden Menschen macht mich ärmer als zuvor, bevor ich von seinem Tod wußte.

Alles Leiden und alle Unterlassungen, derer ich mich nicht schuldig mache, charakterisieren mich als Mensch. »Ist nicht die Erfüllung unserer Pflicht gegenüber dem Mitmenschen Ausdruck unseres tiefsten Sehns? Es spricht alles dafür.«

Ich denke an einen kleinen mütterlosen Jungen, der von seinem leeren Teller fortging. Sein Hintern war faltig wie bei einem alten Mann.

Ich denke an eine Mutter, die zusehen mußte, wie ihr Kind in ihren Armen starb.

Ich kenne noch eine Mutter.

Mich. Diese Mutter hat ein Kind.

Ich hatte immer gehofft und gebetet, daß die Mitmenschen gegenüber meinem Kind Mitgefühl zeigen würden. Heute sieht meine Hoffnung anders aus: Ich glaube, das Wichtigste, was ich ihm wünschen kann, ist, daß es anderen Menschen Mitgefühl entgegenbringt.

Bürden der Vergangenheit, Hoffnung für die Zukunft

Bericht des Generalsekretärs über die Arbeit der Organisation an die 40. Generalversammlung

JAVIER PÉREZ DE CUÉLLAR

Unsere heutige Welt eröffnet fast unbegrenzte Zukunftsaussichten, sie ist aber gleichzeitig eine von ihrem eigenen Untergang bedrohte Welt. Für welche wir uns entscheiden, liegt ganz bei uns. Es wird darauf ankommen, ob die Regierungen und Völker der Welt, ohne erst durch weitere Katastrophen dazu getrieben zu werden, imstande sind, gemeinsam die richtige Entscheidung zu treffen; denn diese Entscheidung und ihre Durchführung wird in mancher wichtigen Hinsicht gemeinsam getragen werden müssen. Eine wesentliche Rolle bei dieser historischen Entscheidung spielen meines Erachtens jetzt wie auch in Zukunft die Vereinten Nationen und die Art und Weise, wie ihre Mitglieder sie zu nutzen beschließen. In diesem vierzigsten Jahr des Bestehens unserer Organisation werde ich daher in meinem Jahresbericht nicht so sehr auf die Zukunft der Vereinten Nationen als vielmehr auf die Zukunft der Menschheit und unserer Erde und auf die Rolle eingehen, die die Vereinten Nationen in dieser Zukunft spielen können.

Die Staatsmänner, die vor vierzig Jahren die Charta der Vereinten Nationen schufen, würden sicher mit Staunen die Welt betrachten, die sich uns heute darbietet. Die Karte unserer Welt, unser wissenschaftliches Verständnis der Welt, die internationalen Beziehungen, das Wesen des Krieges ebenso wie unsere Lebensweise haben in diesen vierzig Jahren tiefgreifende und umwälzende Veränderungen erfahren. Wir sind alle, so oder so, darum bemüht, neue Orientierungen, bessere Systeme und wirksamere Möglichkeiten der Anpassung zu finden.

Wir leben in einer Zeit des Wandels und der Ungewißheit. Dies wird uns immer dann besonders deutlich, wenn sich die Welt plötzlich mit einem besonders brennenden Problem konfrontiert sieht, sei dies nun ein neuer Konflikt, eine große humanitäre Katastrophe oder die zeitweise Lähmung, die ein vorsätzlicher Gewaltakt hervorruft.

Es steht außer Zweifel, daß sich zwischen den beiden Polen der massiven und hochentwickelten nuklearen Bewaffnung der Großmächte und der Verzweiflung der Unterprivilegierten oder Enteigneten weltweit ein großer Leerraum erstreckt, in dem oft Rechtsunsicherheit und Mangel an anerkannter Autorität bestehen. Unsere dringlichste Aufgabe ist es, diesen Leerraum auszufüllen, indem wir entschlossen daran gehen, ein funktionierendes internationales politisches System zu schaffen, an dem alle teilhaben — ein System, das nicht nur Überleben und Ordnung gewährleistet, sondern auch unseren Planeten im Interesse aller seiner Bewohner in geregeltere Bahnen lenkt.

Hier scheint es mir wichtig, den Begriff der internationalen Autori-

tät näher zu untersuchen, einen auch in der heutigen Welt schwer faßbaren Begriff. Vor der Gründung des Völkerbunds und seiner Nachfolgeorganisation, den Vereinten Nationen, war die tatsächliche Macht der stärksten Staaten oder Reiche die einzige Autorität, die in den internationalen Beziehungen Geltung besaß. Vor allem durch den Mißbrauch dieser Macht ist es in diesem Jahrhundert zu zwei Weltkriegen gekommen. Um eben diesen Zustand zu beseitigen, wurden die Vereinten Nationen gegründet. Präsident Roosevelt erklärte nach der Krim-Konferenz, die Gründung der Vereinten Nationen »bedeutet — und das ist auch beabsichtigt — das Ende des Systems der unilateralen Maßnahmen, der exklusiven Bündnisse und Einflußsphären, der Kräftegleichgewichte und all der anderen Mittel, die seit Jahrhunderten erprobt wurden und die sich immer als untauglich erwiesen haben«.

Die seither eingetretenen Entwicklungen bleiben weit hinter dieser Vision zurück. Ohne Zweifel haben die beiden Weltkriege und die gewaltigen Veränderungen der vergangenen vierzig Jahre klar gezeigt, daß die Welt nicht mehr so werden kann, wie sie einmal war, und daß das in der Charta niedergelegte System eine logische Antwort auf die Frage der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sowie der gemeinsamen Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und des sozialen Fortschritts unter den heutigen Gegebenheiten ist. Tatsache ist jedoch, daß es uns bisher nicht gelungen ist, die politischen Voraussetzungen und insbesondere die Beziehungen zwischen den mächtigsten Staaten herbeizuführen, die bestehen müssen, wenn dieser edle Gedanke allen zugute kommen soll.

Diese Tatsache wird durch die Schwierigkeiten veranschaulicht, die heute auftreten, wenn es um die Auseinandersetzung mit dem Problem des Terrorismus geht. Aus der öffentlichen Diskussion dieses Problems geht hervor, daß vielfach angenommen wird, es gebe keine internationalen Übereinkommen auf diesem Gebiet. Ich brauche hier nur die drei unter der Schirmherrschaft der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation verabschiedeten Konventionen und die 1979 von der Generalversammlung verabschiedete Internationale Konvention gegen Geiselnahme zu erwähnen, die zumindest einen gewissen rechtlichen Rahmen für wesentlich wirksamere Maßnahmen zur Bekämpfung von Flugzeugentführungen und Geiselnahmen bieten. Dennoch entstehende Schwierigkeiten sind auf die Unfähigkeit oder die fehlende Bereitschaft der Regierungen zurückzuführen, diese Übereinkommen in konkreten Fällen auch wirklich anzuwenden. Auch hier mangelt es weithin an den unabdingbaren politischen Voraussetzungen, dem Gefühl der Solidarität

und des gegenseitigen Vertrauens, ohne die internationale Instrumente gar nicht zum Tragen kommen können.

Der Ort, der sich für die Pflege dieser Voraussetzungen und die Entwicklung eines Gefühls der internationalen Solidarität am besten eignet, sind die Vereinten Nationen. Dies war auch von Anfang an eines der Hauptziele, die mit dieser Organisation verfolgt werden sollten. Nur wenn gewisse positive Mindestvoraussetzungen in den Beziehungen zwischen den Staaten gegeben sind, wird der Begriff der internationalen Autorität auch allmählich den ihm gebührenden Platz in der Gemeinschaft einnehmen.

Die Vereinten Nationen können nicht alle Probleme der Völkergemeinschaft lösen und waren auch gar nicht dazu vorgesehen, doch sie sind der bestmögliche Ort, um das Schlimmste zu verhindern und um Verbesserungen anzustreben. Im Gegensatz zu dem, was oft geglaubt wird, haben sie durchaus eine erfolgreiche Anfangsphase hinter sich. Lassen Sie mich diese Feststellung kurz näher ausführen.

Nach vierzig Jahren besitzen wir erstmals in der Geschichte eine praktisch universelle Weltorganisation. Ebenfalls erstmals in der Geschichte besteht die Welt aus unabhängigen, souveränen Staaten. Zwar hat es seit 1945 nur allzu viele Konflikte gegeben, doch sind wir bisher einem dritten Weltkrieg entronnen und haben vielleicht mehr als uns bewußt ist dazu gelernt, wie und womit eine solche alles vernichtende Katastrophe vermieden werden kann. Wir haben in einem bisher noch nie dagewesenen Ausmaß wirtschaftliches Wachstum und sozialen Fortschritt erzielt, an dem die Entwicklungsländer, wenn auch noch nicht in ausreichendem Umfang, teilhaben. Wir unternehmen kollektive Anstrengungen, um einer neuen Generation globaler Probleme zu begegnen, die meist aus der Notwendigkeit rühren, unsere Erde und ihre Ressourcen zu schützen, und gleichzeitig alle ihre Bewohner zu ernähren und zu versorgen. Die Bereitschaft der Völkergemeinschaft, auf humanitäre Herausforderungen, wo immer diese auftreten mögen, zu reagieren, ist größer geworden. Trotz all der Menschenrechtsverletzungen, die immer noch vorkommen, entwickelt sich der Schutz der Menschenrechte immer mehr zu einem weltweiten Anliegen. Mehr völkerrechtliche Regelungen zu praktisch allen Bereichen menschlicher Tätigkeit sind in den vergangenen vierzig Jahren kodifiziert worden als in der gesamten Geschichte der Menschheit. Vieles davon ist unter der Schirmherrschaft der Generalversammlung geschehen.

Ich will gar nicht bestreiten, daß die Welt immer noch sehr unvollkommen, unsicher, ungerecht und gefährlich ist und in nur allzu vielen Regionen Armut herrscht, doch die von mir erwähnten Errungenschaften und noch viele andere mehr stellen ein Fundament dar, auf dem wir aufbauen können. Es obliegt vor allem den Regierungen zu entscheiden, ob sie auf diesem Fundament gemeinsam eine nützliche, kohärente und leistungsfähige Institution aufbauen oder ob sie den anderen Weg gehen wollen, der manchmal auf kurze Sicht einfacher zu sein scheint, bei dem jeder Staat seinen eigenen, kurzsichtigen und eigennütigen Kurs verfolgt. Sollten sie sich für diese zweite Möglichkeit entscheiden, so werden diese vielversprechenden Fundamente, die mit so viel Überlegung und in harter Arbeit errichtet wurden, in einem Sumpf der Zwietracht versinken, der wieder zur Brutstätte endlos vieler neuer Probleme und Katastrophen wird. Zweifellos ist es der erste Weg, der beschritten werden muß.

Zwei grundlegende Aufgaben sind es, die die Vereinten Nationen unentbehrlich machen. Erstens sollen sie ein Instrument sein, das kollektive Anstrengungen zur Bewältigung von Notsituationen und zur Lösung aktueller Probleme ermöglicht. Dabei kann es sich um internationale Konflikte, Streitigkeiten zwischen Staaten, humanitäre Notfälle und plötzliche wirtschaftliche und soziale Krisensituationen handeln, die Millionen von Menschen betreffen.

Die zweite Aufgabe ist eher langfristiger Natur und hängt mit der komplexen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsphase zusammen, in der sich unsere Welt befindet. Im Laufe der Geschichte hat es eine natürliche politische Entwicklung von kleinen Gruppen zu größeren Gruppierungen gegeben — von der Familie über den Stamm, das Dorf, die Stadt und die Provinz bis hin zum Nationalstaat. Diese Entwicklung hat in verschiedenen Regionen mehr oder weniger spontan zu verschiedenen Zeiten und in dem Maß stattgefunden, wie die Komplexität, Spezialisierung und Interdependenz des wirtschaftlichen Lebens zunahm. Unsere heutige Welt besteht inzwischen fast ausschließlich aus Nationalstaaten. Der souveräne unabhängige Staat ist das größte politische Gemeinwesen und die wichtigste Einheit, aus der sich die Vereinten Nationen aufbauen.

Nun gibt es aber eine Reihe von Problemen und Gegebenheiten, die nur von einem umfassenderen Zusammenschluß wirksam angegangen und bei denen die erforderliche Sicherheit oder das gemeinsame Interesse nur durch eine kollektive Anstrengung souveräner Staaten erreicht werden können. Viele dieser Probleme eignen sich am besten für subregionale oder regionale Zusammenarbeit zwi-

schen Ländergruppen, die durch gemeinsame Interessen verbunden sind, viele andere gehen jedoch bereits über die regionale Dimension hinaus. Wir haben, ob uns das genehm ist oder nicht, eine Welt geschaffen, die in vielerlei Hinsicht eine Welt ist. Bei einigen wichtigen, die gesamte Menschheit berührenden Problemen haben wir weltweit ein Stadium erreicht, in dem wir unsere gegenseitige Abhängigkeit voneinander nicht mehr leugnen können.

Es ist daher eine grundlegende Funktion der Vereinten Nationen, als das Fundament zu dienen, auf dem das internationale System der Zukunft errichtet werden kann, ein System, in dem die nationale Souveränität uneingeschränkt anerkannt wird, das aber auch davon ausgeht, daß einige Gegebenheiten und Anliegen der Gegenwart dringend nach etwas verlangen, das über nationale Souveränität hinausgeht.

Jeder, der sich mit der Frage der Zukunftsaussichten der Menschheit beschäftigt, muß zu dem Schluß kommen, daß die beiden von mir genannten Aufgaben immer dringlicher, vielleicht sogar für unser Überleben unentbehrlich werden. Die Weltbevölkerung hat sich in den vierzig Jahren, die seit 1945 vergangen sind, mehr als verdoppelt. In den nächsten fünfzehn Jahren wird sie wieder um ein Drittel wachsen. Die Belastungen und Zerreißen, denen die Weltgemeinschaft ausgesetzt sein wird, werden zum Teil sicherlich von dem Druck herrühren, der durch diese Bevölkerungsexplosion auf Institutionen und Ressourcen ausgeübt wird.

Wir müssen auch bedenken, in welch prekäreren Verhältnis die Verlangen und Bestrebungen der Nationen sich oft zueinander befinden: die ungelösten Streitigkeiten, die wir als Ballast aus der Vergangenheit mit uns tragen; die vielen schwellenden Konflikte zwischen Ideen, Weltanschauungen und Interessen in dieser Welt; das schwindelerregende Tempo der technologischen Revolution im Produktionsbereich und in der Rüstung; die immer breiter werdende Kluft zwischen Überfluß und absoluter Armut; das Netz wirtschaftlicher Verflechtungen, das alle Teile der Welt aneinander bindet, und die stetig wachsende Gefahr einer tiefgreifenden Schädigung der Biosphäre, von der das Leben abhängt. Eine solche Aufzählung, die noch beliebig erweitert werden könnte, macht deutlich, daß internationale Zusammenarbeit, wie komplex und schwierig sie sich auch immer gestalten mag, sich den Nationen der Welt nicht mehr als Alternative darbietet, sondern als Notwendigkeit.

Wenn die Vereinten Nationen der von mir skizzierten Rolle bei der Entwicklung des internationalen Systems allerdings voll und ganz Genüge tun wollen, müssen sie sich zu einer wirksameren Institution entwickeln. Lassen Sie mich dieses Problem anhand der zentralen Aufgabenbereiche der Vereinten Nationen erörtern, die in der Charta festgelegt sind.

Was ihre erste grundlegende Aufgabe betrifft, nämlich Notsituationen zu bewältigen und aktuelle Probleme zu lösen, so ist das Hauptziel der Vereinten Nationen die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Nach der Vorstellung der Verfasser der Charta stand dieses Ziel in engem Zusammenhang mit Fortschritten bei der Rüstungsbegrenzung und der Abrüstung. In Artikel 26 der Charta wird ja dem Sicherheitsrat eine führende Rolle bei der Errichtung eines Systems der Rüstungsregelung gegeben.

Vor vierzig Jahren, als die Lehren der verhängnisvollen Zeit, die zum Zweiten Weltkrieg führte, noch frisch in Erinnerung waren, gelangte man zu dem Schluß, daß die alte Vorstellung, die nationale Sicherheit könne durch ein Wettrüsten gewährleistet werden, die allgemeine Unsicherheit in Wirklichkeit nur erhöhte. Diese Vorstellung sollte daher einem kollektiven System des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit unter Einbeziehung insbesondere der mächtigsten Nationen weichen, die im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Schlüsselrolle spielen würden. Bei der Wahrnehmung seiner Pflichten würde der Sicherheitsrat erforderlichenfalls mit Unterstützung seiner Mitglieder die gesamte Palette von Maßnahmen einsetzen, die in Kapitel VI und VII der Charta festgelegt sind. Wenn ein derartiges System einmal bestehe und auch respektiert würde, so meinte man, würden Rüstungsbegrenzung und Abrüstung von selbst folgen.

Dieses erhabene und logische Konzept ist aus vielerlei praktischen und politischen Gründen, nicht zuletzt aufgrund der mangelnden Einmütigkeit unter den Ständigen Mitgliedern, die seine treibende Kraft hätte sein sollen, nicht verwirklicht worden. Wie haben nun die Vereinten Nationen auf das Fehlen der wichtigsten Voraussetzung für ihr System des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit reagiert?

Wenn es um den Weltfrieden geht, hat die Vermeidung einer weltweiten kriegerischen Auseinandersetzung zweifellos oberste Priorität. Obwohl dies natürlich ein Hauptanliegen der Nuklearmächte selbst ist, bleibt doch ein großes Risiko für alle bestehen. Denkbar sind ein Unfall, Mißverständnisse oder eine unerwartete Verkettung von Ereignissen, aus der die Nuklearmächte sich nicht mehr lösen können. Zu einer solchen Kettenreaktion könnte es am ehesten durch die Eskalation eines regionalen Konflikts kommen.

Trifft diese kurze Analyse zu, so müssen wir uns gegen einen Atomkrieg durch Maßnahmen sichern, durch die die Abfolge der Ereignisse so verlangsamt wird, daß die Regierungen keine unwiderruffli-

chen Entscheidungen fällen müssen und Zeit gewinnen können, daß sie Verhandlungen an die Stelle von Gewaltanwendung treten lassen. Zu solchen Maßnahmen gehören auch Formeln, die es den Regierungen gestatten, Politiken zu ändern, die zwangsläufig zur Konfrontation führen. Dazu gehören ferner Stabilisierungsmechanismen und Verhandlungsprozesse, durch die kritische Konflikte wenn schon nicht gelöst, so zumindest begrenzt werden können und eine Eskalation verhindert wird. Bei regionalen Konflikten, insbesondere in empfindlichen Gebieten, ist Konfliktkontrolle in der einen oder anderen Form oft wünschenswert. Und ganz allgemein stellt ein zentrales Forum, in dem entgegengesetzte Auffassungen frei ausgedrückt werden können und Unterstützung seitens Dritter verfügbar ist, einen wichtigen Bestandteil der Friedenswahrung dar.

Immer wieder hat der Sicherheitsrat sich überstürzende Ereignisse gebremst, Zeit für lebenswichtige Richtungsänderungen gewonnen, gesichtswahrende Mechanismen geschaffen und das Gespräch an die Stelle von Gewaltanwendung gesetzt. Um den Weg für Verhandlungen zu ebnen, hat er sich um Feuereinstellungen und Waffenstillstände bemüht. Er hat wichtige Richtlinien für die Lösung vielschichtiger Probleme entwickelt und mit Unterstützung des Generalsekretärs die verschiedensten Formen der Schlichtung, der Vermittlung, der guten Dienste, der Tatsachenermittlung, der Überwachung der Einhaltung von Waffenstillständen und der stillen Diplomatie bereitgestellt. Oft ist es ihm gelungen, regionale Konflikte zu begrenzen und aus dem Bereich einer Konfrontation der Nuklearmächte herauszuhalten. Er hat einen Austragungsort für die gefährlichsten Probleme geboten, auch wenn er sie nicht lösen können. Oft hat er den Rahmen für ein wichtiges Zusammenspiel bilateraler und multilateraler Bemühungen geboten. Er hat als Sicherheitsnetz und als letzte Instanz gewirkt, die den Regierungen als Alternative zur Verfügung stand, wenn sie nicht in den Abgrund schrankenlosen Krieges stürzen wollten. Da die politischen Voraussetzungen für eine Anwendung von Kapitel VII fehlten, wurde schließlich ein völlig neues System der Konfliktkontrolle eingeführt, das wir heute unter dem Namen Friedenswahrung kennen und das sich in dreizehn verschiedenen Einsätzen als äußerst vielversprechend und wirksam erwiesen hat.

Jeder Generalsekretär ist an allen diesen Bemühungen intensiv beteiligt gewesen, und der Aufgabenbereich des Generalsekretärs im Zusammenhang mit Friedens- und Sicherheitsfragen hat sich entsprechend entwickelt. Hierauf werde ich weiter unten im Zusammenhang mit der Frage der Zukunft eingehen.

In einem wechselhaften und oft abträglichen internationalen Klima stehen die Leistungen des Rates bei der Wahrnehmung seiner Hauptaufgabe meines Erachtens in viel besserem Lichte da und besitzen eine viel unmittelbare Relevanz, als oft zugegeben wird. Sicher bleiben sie weit hinter den Erwartungen zurück, die sich eine zwar schwer mitgenommene, aber hoffnungsvolle Welt vor vierzig Jahren gemacht hat, und sicher wurde hierbei nicht das gesamte Repertoire der in der Charta vorgeschlagenen Maßnahmen wirksam ausgeschöpft. Angesichts der ungünstigen politischen Bedingungen, unter denen der Sicherheitsrat zumeist tätig sein mußte, zeugen diese Leistungen aber dennoch von beträchtlichen Bemühungen, alternative Wege zur Erhaltung des Friedens zu finden.

Daß das System der Vereinten Nationen zur Erhaltung des Friedens und der Sicherheit unter den derzeitigen Gegebenheiten viele Schwächen und Mängel aufweist, kann nicht in Abrede gestellt werden. Es leidet darunter, daß es im Sicherheitsrat nicht oft genug Einstimmigkeit gibt und es an kollegialem Geist mangelt. Es leidet darunter, daß die Beschlüsse des Rates nicht genügend geachtet und befolgt werden. Oft leidet es unter der mangelnden Bereitschaft, gefährlichen Situationen zuvorzukommen, ja diese wenigstens vorherzusehen und sich die Möglichkeiten des Rates in einem Stadium zunutze zu machen, in dem die Probleme möglicherweise noch eher zu bewältigen wären. Es leidet darunter, daß der Rat nicht fähig ist, einige Probleme überhaupt anzugehen. Ich möchte jedoch behaupten, daß der Sicherheitsrat in den letzten vierzig Jahren in der weltpolitischen Wirklichkeit — im Gegensatz zu den verschiedenen rhetorischen Darstellungen derselben Ereignisse — dadurch eine entscheidende und oft zentrale Rolle gespielt hat, daß er für Stabilität gesorgt und Konflikte eingedämmt hat.

Wir müssen uns somit fragen, wie diese Rolle gefördert und was getan werden könnte, damit der Rat stärker in die Position hineinwächst, die ihm die Charta zugedacht hat. Sicher wäre es höchst wünschenswert, wenn sich die Beziehungen zwischen den Ständigen Mitgliedern so wandeln würden, daß der Rat vor allem wieder die Stellung einnimmt, die ursprünglich für ihn vorgesehen war. Bis es jedoch so weit ist, gibt es offensichtlich noch Mittel und Wege, wie der Rat seine Leistungsfähigkeit auch unter den Gegebenheiten steigern könnte, unter denen er bereits seit vielen Jahren arbeitet. In meinen früheren Jahresberichten, vor allem im Bericht für 1982, habe ich hierzu eine Reihe von Anregungen vorgebracht. Ich möchte hier nicht nochmals auf sie eingehen, obzwar ich hoffe, daß sich die Regierungen bereit finden werden, einige davon aufzugreifen. Anlässlich des vierzigsten Jahrestags des Bestehens der Vereinten Nationen möchte ich jedoch eine Reihe einfacherer Vorschläge machen.

Erstens möchte ich anregen, daß die Mitglieder des Sicherheitsrats, insbesondere die Ständigen Mitglieder, sich entschlossen und bewußt bemühen, ihre Mitgliedschaft im Rat dazu zu nutzen, den Rat in stärkerem Maße zum Hüter des Friedens zu machen, als der er gedacht war, und weniger zum Austragungsort politischer und ideologischer Differenzen, die mit der zur Beratung stehenden Sache nicht unmittelbar zu tun haben, oder anders ausgedrückt, Fragen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit Vorrang vor bilateralen Meinungsverschiedenheiten zu geben.

Zweitens möchte ich anregen, daß der Sicherheitsrat sich schon bald in einer wohlüberlegten, konzertierten Anstrengung bemühen sollte, das eine oder das andere wichtige Problem, mit dem er befaßt ist, dadurch zu lösen, daß er von den Maßnahmen, die ihm nach der Charta zur Verfügung stehen, umfassenderen Gebrauch macht.

Drittens sollten sich sämtliche Mitglieder erneut zu den aus der Charta erwachsenden Verpflichtungen bekennen, insbesondere soweit diese die Nichtanwendung bzw. die Nichtandrohung von Gewalt, die friedliche Beilegung von Streitigkeiten, die Inanspruchnahme der in der Charta dargelegten Mechanismen zur Streitbeilegung und die Einhaltung der Beschlüsse des Sicherheitsrats betreffen.

Unter den derzeitigen Umständen mögen diese Anregungen als eine zu grobe Vereinfachung erscheinen. Im Atomzeitalter, in dem wir heute leben, wäre jedoch nichts gefährlicher, als wenn es uns nicht gelänge, dafür zu sorgen, daß das kollektive System zur Erhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit auch funktioniert. Die Vereinten Nationen sind keineswegs ein Superstaat, sie sind eine Organisation souveräner unabhängiger Staaten. Die Vereinten Nationen verfügen über keine eigene Souveränität. Die Souveränität liegt solange ausschließlich bei den einzelnen Mitgliedstaaten, solange diese nichts anderes beschließen. Aufgabe der Vereinten Nationen und folglich des Generalsekretärs ist es somit, eine Annäherung der Standpunkte herbeizuführen, Anregungen und Anstöße zu geben. Die treibende Kraft hinter der tatsächlichen Ausführung müssen jedoch die Mitgliedstaaten sein. Wenn diese treibende Kraft zum Tragen kommt, können beachtliche Ergebnisse erzielt werden. Ich wäre froh, wenn sich diese treibende Kraft, dieser kollektive Wille auf die zentrale Aufgabe der Vereinten Nationen — die Erhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit — richten würde. Das kommende Jahr, das Jahr 1986, wurde zum Internationalen Friedensjahr erklärt. Wir sollten versuchen, darin eine Aufforderung zu ernsthaftem Nachdenken und Handeln zu sehen.

Ohne kollektive Entschlossenheit und ohne das Eingeständnis eines Mindestmaßes an gemeinsamem Überlebensinteresse kann es keine sinnvollen Fortschritte in der Abrüstung geben. Die internationale Unsicherheit und das Wettrüsten, gepaart mit der Angst, daß es möglicherweise auf neue Bereiche übergreifen könnte, führen zu einer endlosen, teuflischen Spirale. Was das Wettrüsten betrifft, kann nicht oft genug betont werden, daß das Streben nach Überlegenheit illusorisch ist. In unserem Atomzeitalter führt es ferner dazu, daß alle Menschen gefährdet sind, und stellt das Leben künftiger Generationen in Frage.

Die Regierungen müssen den Mut aufbringen, den ersten Schritt zu tun. Erinnern wir uns doch an die Vision, die zu Durchbrüchen wie dem Teil-Teststopp-Vertrag vor etwa zwanzig Jahren geführt hat. Heute würde die Menschheit dadurch ein eindeutiges und wichtiges Zeichen dafür setzen, daß sie bereit ist, sich der nuklearen Herausforderung zu stellen, wenn sie sich über einen Vertrag über ein umfassendes Versuchsverbot für Kernwaffen einigen würde. Die Verabschiedung eines solchen Vertrags, durch den die ständige technologische Verbesserung von Kernwaffen aufgehalten würde, würde diesen Prozeß durchbrechen helfen, der unsere Existenz selbst bedroht. Es gibt noch andere Bereiche, denen wir uns dringend zuwenden müssen — wie beispielsweise die kernwaffenfreien Zonen.

Wenngleich die Angst vor Kernwaffen angesichts ihrer möglichen verheerenden Auswirkungen auf die ganze Welt uns immer gegenwärtig ist, so sind es doch die konventionellen Waffen, die jeden Tag unzählige Menschenleben fordern. Eine besonders schwere Verantwortung tragen hier diejenigen, die Waffenhandel betreiben und ihn noch anfachen. Darüber hinaus werden durch das konventionelle Wettrüsten wertvolle wirtschaftliche Ressourcen vergeudet. Wir müssen auf praktische Maßnahmen im Bereich der multilateralen Abrüstung drängen, wozu auch regionale Probleme gehören, und dabei den Zusammenhang berücksichtigen, der zwischen Abrüstung und Entwicklung besteht.

Nicht nur für die Zukunft ihrer eigenen Bürger, sondern für die aller Völker sind bilaterale Verhandlungen zwischen den Großmächten zweifelsohne von entscheidender Bedeutung. In dieser Hinsicht hoffen wir alle, davon bin ich überzeugt, aufrichtig, daß das geplante Treffen zwischen der Führungsspitze der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten zum Abbau der Spannungen und zu Fortschritten bei der Abrüstung und bei anderen wichtigen Fragen beitragen wird.

Gleichzeitig möchte ich nachdrücklich darauf hinweisen, daß die Vereinten Nationen zu den Fortschritten im Abrüstungsbereich ei-

nen Beitrag leisten können und müssen. Die Abrüstungskonferenz bietet ein einmaliges multilaterales Forum für Beratungen über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Die Vereinten Nationen tragen eine umfassende Verantwortung dafür, daß gefährlichen Entwicklungen in diesem Bereich — zum Beispiel bei den chemischen Waffen — entgegengewirkt wird.

Meiner Meinung nach sollte auch aktiv untersucht werden, wie die Vereinten Nationen bei den Regelungen in der Frage der Verifizierung und der Vertragseinhaltung mithelfen könnten. Die Internationale Atomenergie-Organisation verfügt wie keine andere Behörde über Erfahrungen auf dem Gebiet der Einhaltung des Nichtverbreitungsvertrags sowie dem der Sicherstellung der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Dieses Fachwissen könnte herangezogen und so ausgebaut werden, daß Kapazität zur Überwachung von Kernwaffenabkommen geschaffen wird. Darüber hinaus gibt es Vorschläge, die weitere Prüfung verdienen, denen zufolge die Vereinten Nationen die Einhaltung dieser Verträge durch seismische Stationen, durch Inspektionen vor Ort oder durch Satellitenbeobachtung verifizieren könnten.

Viele der größten Hoffnungen der Menschheit sind vor allem auf wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt gerichtet, der eines der wichtigsten Ziele des Systems der Vereinten Nationen bleiben muß. In den letzten vierzig Jahren wurde schon viel erreicht, doch die Gefahr einer Stagnation, ja sogar eines Rückschritts in einigen Teilen der Welt gibt heute vielfach Anlaß zu Sorge und Unsicherheit.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die Weltwirtschaft bereits seit einiger Zeit Schwankungen unterworfen ist und nicht zufriedenstellend funktioniert. In den Industrieländern verheißen die modernen Hochtechnologien großen Wohlstand, führen aber gleichzeitig zu Überkapazitäten, zur Überalterung von Anlagen und zu Arbeitslosigkeit. Zahlreiche Entwicklungsländer werden, ganz abgesehen von grundlegenden Entwicklungsproblemen, durch ihre Schuldenlast, die durch steigende internationale Zinssätze noch verschlimmert wird, geradezu erdrückt. Alle diese Schwierigkeiten, die heutzutage oft euphemistisch als Anpassungsprobleme bezeichnet werden, scheinen Teil eines umfassenden globalen Anpassungsprozesses zu sein und werden dadurch noch weiter verschärft, daß zahlreiche Länder dazu tendieren, auf Protektionismus oder eine unilaterale Wechselkurspolitik zurückzugreifen, um auf Kosten anderer Länder ihre eigenen Probleme zu lösen.

Es war ja gerade dieser kurzsichtige Wirtschaftsnationalismus, der in den dreißiger Jahren zum Zusammenbruch der Weltwirtschaft führte. Dies war auch der Anlaß, aus dem gleichzeitig mit der Gründung der Vereinten Nationen alles getan wurde, um im Währungs-, Finanz- und Handelsbereich ein System von Sonderorganisationen zu schaffen.

An den weltwirtschaftlichen Beratungen in den Vereinten Nationen nehmen nur selten diejenigen teil, die in ihrer eigenen Regierung letztlich für diese Fragen zuständig sind. Die Finanzministerien und Zentralbanken sind in anderen internationalen Foren wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds vertreten, die sich ausschließlich mit Wirtschafts-, Finanz- und Währungsfragen befassen.

Und doch ist in den letzten Jahren immer deutlicher geworden, daß Wirtschafts-, Finanz-, Währungs- und Handelsfragen untereinander so eng zusammenhängen und von so weitreichender politischer und sozialer Tragweite sind, daß sie nur im Rahmen eines umfassenderen politischen Prozesses erfolgreich gelöst werden können. Was die internationale Entwicklung betrifft, wurde dieser Tatsache mit der Schaffung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen und mit dem Ruf nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung Rechnung getragen, doch inzwischen gilt dasselbe für eine noch größere Palette von Fragen. Das Vorgehen der Vereinten Nationen und die Art und Weise, in der sich Regierungen in der Weltorganisation vertreten lassen, müssen dieser neuen Entwicklung gerecht werden, wenn die Bemühungen um die Bewältigung von Problemen, die praktisch alle Menschen betreffen, zielführend und gut durchdacht sein sollen.

Immer weniger macht die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit in Wirtschaftsfragen vor den traditionellen Grenzen der Sektoren halt, die auf nationaler Ebene durch die verschiedenen Ministerien und auf internationaler Ebene durch die verschiedenen Sonderorganisationen repräsentiert werden. Vielfach ist allerdings eine wirksamere und pragmatischere Einschaltung der Vereinten Nationen als Forum zur Bündelung der praktischen Bemühungen vonnöten. Damit soll keineswegs die Bedeutung der Tätigkeit der Sonderorganisationen geschwächt, sondern ganz im Gegenteil ihre Leistungsfähigkeit und Zweckmäßigkeit erhöht werden. Parallel hierzu müssen auch auf nationaler Ebene Koordinierungsanstrengungen unternommen werden. Wenn das internationale System erfolgreich funktionieren soll, müssen die Ministerien in den einzelnen Staaten gemeinsam und in Absprache miteinander auf vereinbarte Ziele hinarbeiten.

Dem Wirtschafts- und Sozialrat sollte die bedeutsame Aufgabe zufallen festzustellen, wo auf internationaler Ebene neue gemeinsame

Maßnahmen ergriffen werden müssen und können. Die Mitglieder versuchen, den Rat effizienter zu machen, und das Sekretariat ist bestrebt, seine Unterstützung qualitativ zu verbessern. Obzwar schon einige Fortschritte erzielt worden sind, bleibt noch viel zu tun, wenn der Rat der ihm in der Charta zugewiesenen großen Aufgabe gerecht werden und klar aufzeigen soll, in welcher Richtung und in welchem Geist wir alle gemeinsam vorgehen sollten.

Die wirtschaftlichen Veränderungen, denen wir uns gegenübersehen, sind von einer solchen Größenordnung und Komplexität, daß sich kein Land auf sich allein gestellt ihnen anpassen kann. Wir sehen dies beispielsweise an den Versuchen, heimische Arbeitsplätze vor der Konkurrenz durch Einfuhren zu schützen, mit dem Ergebnis, daß die Arbeitslosigkeit exportiert wird. Wir müssen unbedingt zu einer umfassenderen Sicht und zu einem dynamischeren Verständnis des globalen Charakters der Probleme gelangen, mit denen wir konfrontiert sind. Diese Sicht muß auf der rückhaltlosen Anerkennung der Interdependenz, der praktischen Notwendigkeit einer gerechten Verteilung der Lasten und der Rücksichtnahme auf die Interessen anderer aufbauen. Ein solches System würde schließlich reiche Früchte tragen — beispielsweise eine bessere Nutzung der Ressourcen, weniger Arbeitslosigkeit, größere wirtschaftliche Effizienz und soziale Gerechtigkeit. Leider ist es auf der anderen Seite jedoch so, daß die allgemeine Durchsetzung eines solchen Vorgehens ebenfalls mit umfangreichen Schwierigkeiten verbunden ist.

Die internationale Schuldensituation ist besonders beunruhigend. Viele Schuldnerländer sehen sich nun erneut äußerst schwachen Exportmärkten gegenüber. Real sind die Rohstoffpreise heute niedriger als in den dreißiger Jahren und verfallen noch weiter. Die Zinssätze hingegen sind weiterhin hoch, und es scheint keine Anzeichen dafür zu geben, daß wieder neue Kredite gewährt werden — ganz im Gegenteil. Als Antwort auf das Versiegen der Bankkredite sind etliche Schuldnerländer dazu übergegangen, ihre Einfuhren zu drosseln, ihren Lebensstandard zu senken und ihre Entwicklungsprogramme so weit zu beschneiden, daß dies mittlerweile äußerst ernste soziale, ja sogar politische Folgen hat. Darüber hinaus schwächt der Verlust an Märkten den ohnehin prekären Aufschwung in den Industrieländern.

Es besteht allseits starkes Interesse an der Beilegung der Schuldenkrise. Das Schuldenproblem zeigt jedoch die Widersprüchlichkeiten auf, die alle Versuche, in einer positiven Richtung voranzukommen, zum Scheitern verurteilt. Während Bemühungen im Gang sind, durch längerfristige Umschuldungsmaßnahmen die Belastung zu senken, wird anderswo zu protektionistischen Maßnahmen gegriffen, die diese Bemühungen wieder zunichte machen. Meiner Meinung nach müssen alle Aspekte dieser Situation, auch ihre politischen, unbedingt rasch und in umfassender Weise gemeinsam untersucht werden.

Die Förderung eines besseren Verständnisses der weltweiten wirtschaftlichen und sozialen Probleme ist eine wesentliche Aufgabe der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen. In diesem Bereich sind einige erfreuliche Entwicklungen zu verzeichnen. Zweifellos wurde mit der in den letzten fünfzehn Jahren unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen veranstalteten Reihe von Konferenzen über globale Probleme ein neuer Weg beschritten, um das Wissen um diese Probleme zu mehren, sie stärker ins Bewußtsein zu rufen und zu versuchen, gemeinsame Lösungsansätze auszuarbeiten. Die derzeitigen internationalen Bemühungen um die Bewältigung der Probleme in Afrika zeigen auch, daß die internationale Gemeinschaft bereit ist, ihre Fähigkeiten und ihre Ressourcen zur Lösung einer Reihe konkreter Probleme einzusetzen.

Sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen Bereich sehen wir uns gezwungen, unsere Institutionen gezielter und wirksamer den Realitäten unserer Zeit anzupassen. Wir müssen lernen, mit unserer zunehmenden wirtschaftlichen Interdependenz fertig zu werden — eine gigantische, Furcht einflößende Aufgabe. Wenn wir uns ihr allerdings nicht stellen, kann dies zu wirtschaftlichem und sozialem Niedergang und Chaos führen, was angesichts der Gegebenheiten unserer Zeit wiederum ebenso schwerwiegende und katastrophale Folgen haben kann, wie wenn es uns nicht gelingt, im Atomzeitalter ein kollektives System zur Erhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu entwickeln.

Die internationale Zusammenarbeit gilt heute selbst auf Gebieten als unerlässlich, wo sie noch vor nicht allzu langer Zeit als utopisch angesehen wurde. Die Erfolge der Programme und Organisationen der Vereinten Nationen im Bereich der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung sind weltweit anerkannt. Unter dem Druck der Notwendigkeit wurde das System der Vereinten Nationen zu einer globalen Quelle für Rat und Unterstützung, für die Zusammenarbeit und Koordinierung in allen Bereichen, in denen Regierungen ungeachtet ihrer weltanschaulichen Differenzen gemeinsam aktiv werden müssen.

Es ist eine Ironie, daß gerade am Beginn einer Phase unserer Geschichte, in der kooperativer Internationalismus so offensichtlich

zu einer praktischen Notwendigkeit geworden ist, zumindest von einigen Seiten davon abgegangen wird. Vielerorts werden Zweifel an internationalen Organisationen laut, die sich darum bemühen, in das Gemeinwesen der Staaten und in die Weltwirtschaft größere Ordnung zu bringen, und gerade an den Vereinten Nationen wird besonders scharfe Kritik geübt. Wir müssen dieses Phänomen untersuchen und versuchen, es zu verstehen. Sicherlich ist der vierzigste Jahrestag der Gründung der Organisation ein guter Zeitpunkt, um dieses Problem sowie die Rolle der Mitgliedstaaten bei der Auseinandersetzung mit ihm einer gemeinsamen Betrachtung zu unterziehen.

Die Tatsache, daß es Regierungen nur schwer gelingt, die Tätigkeit der Vereinten Nationen zu ihrer eigenen Zufriedenheit zu beeinflussen, wirkt sich zweifellos stark auf die Einstellung einiger Regierungen gegenüber den Vereinten Nationen aus. Gewiß trugen auch die ungewohnte Komplexität, die sich aus der Ausweitung der Anzahl der Mitglieder ergibt, und ein geändertes Abstimmungsverhalten sowie Fälle, in denen Unstimmigkeiten und Meinungsverschiedenheiten zu Lasten der umfassenderen Bereiche der Übereinstimmung und gemeinsamen Interessen stärker ins Licht gerückt wurden, das ihre dazu bei. Unter diesen Umständen besteht die Tendenz, die Vereinten Nationen zum Sündenbock für aktuelle Probleme und Unklarheiten zu machen und in ihnen eher die Verkörperung mangelnder internationaler Autorität und Verantwortung zu sehen als ein Instrument der Zusammenarbeit bei der Bewältigung der aktuellen Probleme einer global gewordenen Gesellschaft.

Es ist nicht zu vermeiden, daß gerade die Generalversammlung, das Organ der Vereinten Nationen mit der umfassendsten Vertretung, die Hauptlast der Kritik an den Vereinten Nationen zu tragen hat. Nur in der Generalversammlung ist die Welt in ihrer vollen Vielfalt zu sehen, und gerade hier werden Meinungsverschiedenheiten und Konflikte besonders dramatisch ins Rampenlicht gerückt. Alles in allem ist die Generalversammlung eine Welt-Bürgerversammlung in erster Annäherung. Weit weniger bekannt ist die mühevoll Kleinarbeit, die im Rahmen der Versammlung auf die Kodifizierung des Völkerrechts und internationaler Verhaltensnormen und auf die Weckung und Wachhaltung des Interesses an lebenswichtigen Fragen verwandt wird.

Im Laufe der Jahre sind viele Anstrengungen zur Reform der Generalversammlung und zur Straffung und Rationalisierung ihrer Verfahren unternommen worden. Man muß dabei jedoch bedenken, daß die Generalversammlung der Ausdruck der Universalität der Mitgliedschaft ist und einen breiten und vielfältigen Tätigkeitsbereich hat. Wenn sie ihren eigentlichen Sinn behalten soll, ist eine Straffung daher nur schwer möglich. Dennoch gibt es sicher Möglichkeiten, wie sich die Leistungsfähigkeit der Generalversammlung schrittweise verbessern ließe.

Eine der wesentlichsten Maßnahmen für eine Verbesserung des politischen Prozesses in der Generalversammlung wäre meiner Meinung nach, daß vor jeder Tagung in weit größerem Maß Konsultationen zwischen den Staaten stattfinden und daß entschlossen danach gestrebt wird, in wichtigen Fragen einen Konsens herbeizuführen und die Rhetorik der Konfrontation zu vermeiden. Andernfalls wird die Qualität des politischen Prozesses in der Generalversammlung Schaden nehmen.

Die mit dem Amt des Generalsekretärs verbundenen oder an ihn delegierten Aufgaben und Pflichten stellen eine große Herausforderung dar. Die Aufgaben des Generalsekretärs und des Sekretariats haben in den ersten vierzig Jahren des Bestehens der Vereinten Nationen eine bemerkenswerte Entwicklung durchgemacht. Beiden liegt der Gedanke eines unabhängigen und objektiven internationalen Dienstes zugrunde.

Über die Entwicklung des Amtes des Generalsekretärs im Verhältnis zur Entwicklung der internationalen Institutionen überhaupt möchte ich nur eine Feststellung treffen. Ich weiß die Unterstützung und das Verständnis, die dem Generalsekretär entgegengebracht werden, und das in ihn gesetzte Vertrauen zwar zutiefst zu würdigen, manchmal fürchte ich jedoch, daß die Delegation von Aufgaben an den Generalsekretär in bestimmten Fällen dazu führen kann, daß die Mitgliedstaaten nicht ganz die Anstrengungen unternehmen, die nach der Charta von ihnen erwartet werden. Dies wäre einer erfolgreichen Weiterentwicklung der Vereinten Nationen als politischer Institution nicht zuträglich.

Dessen ungeachtet glaube ich, daß dem Interesse der gesamten Organisation gedient wäre, wenn der Generalsekretär noch mehr in die Lage versetzt würde, als objektive dritte Partei zu fungieren. Stille Diplomatie hat natürlich viel für sich, sie allein reicht jedoch manchmal nicht aus. Ich denke insbesondere an eine weiter reichende und frühere Zuhilfenahme von Ermittlungen und Beobachtungen. Ferner denke ich an die Notwendigkeit, sich regelmäßiger und systematischer einen Überblick über den Stand des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu verschaffen, eine Aufgabe, an welcher der Sicherheitsrat und der Generalsekretär gemeinsam beteiligt sein sollten. Das beste Radargerät der Welt ist weder zuverlässig noch erfüllt es seinen Zweck, wenn es den umliegenden

Raum nicht systematisch abtastet. Das gleiche scheint mir auch auf die Aufgabe der Wahrung des Weltfriedens zuzutreffen.

Die Grundlagen des internationalen öffentlichen Dienstes — Unabhängigkeit gegenüber Druckausübung durch die Nationalstaaten, Leistungsfähigkeit, fachliche Eignung und Integrität — müssen dem Sekretariat auch weiterhin als Leitprinzipien dienen. Im Laufe der Jahre haben sie sich insbesondere in Krisen und strittigen Situationen bewährt. Das Sekretariat muß ständig bemüht sein, der verlässliche Arm zu sein, den man benötigt, um den sich ständig verändernden Anforderungen der Vereinten Nationen gerecht zu werden.

Es geht mir jedoch darum herauszufinden, mit welchen Politiken und Methoden der für den internationalen öffentlichen Dienst geforderte Standard an Leistungsfähigkeit und Integrität am besten erreicht werden kann. Der Aufbau eines solchen Dienstes mit Bediensteten aus mehr als 100 Mitgliedstaaten ist keine leichte Aufgabe. Ich bin keineswegs davon überzeugt, daß wir in allen Fällen die richtigen Lösungen, die richtigen Regeln oder die wirksamste Organisationsform für das Sekretariat gefunden haben. Ich bin dafür, daß wir unsere Bemühungen um die Verbesserung der bestehenden Gepflogenheiten in Verwaltungs-, Personal- und Haushaltsfragen der Vereinten Nationen weiter verfolgen. Ich glaube jedoch, daß die besten Ergebnisse im Rahmen der Autorität des Generalsekretärs nach Kapitel XV der Charta erzielt werden können und sollten. Dies ist sowohl für gutes Management als auch für die Interessen der Vereinten Nationen als Ganzes unerlässlich.

Ich habe immer wieder unterstrichen, daß das Sekretariat nichts unversucht lassen darf, um die Ressourcen, die der Organisation zur Verfügung stehen, so effizient wie möglich einzusetzen und dafür zu sorgen, daß Frauen im Sekretariat angemessene Aufgaben übertragen werden. Ich habe eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung des Managements in die Wege geleitet, und dieser fortlaufende Prozeß wird ständig weiter verfolgt. In Zeiten des Wandels ist es besonders wichtig, daß Programme und Strukturen laufend evaluiert und überdacht und die erforderlichen Reformen durchgeführt werden.

Bei der Erstellung meiner Vorschläge für den laufenden und den kommenden zweijährlichen Programmhaushalt war ich bestrebt, alle Mitgliedstaaten erneut meiner Entschlossenheit zu versichern, dafür zu sorgen, daß die dem Sekretariat obliegenden Programme auf die kostenwirksamste Art abgewickelt werden. Ich kann allerdings nicht umhin, meiner tiefen Besorgnis darüber Ausdruck zu verleihen, daß bestimmte Mitgliedstaaten ihre ordnungsgemäß versprochenen Beiträge fallweise zurückhalten. Dies kann sich auf die künftige Lebensfähigkeit unserer Organisation nur in höchstem Maße nachteilig auswirken.

Wenn man sich über die Zukunft der Vereinten Nationen Gedanken macht, so fällt auf, daß sie insofern eine Sonderstellung unter den politischen Institutionen einnehmen, als sie zu ihrer Basis, den Völkern der Vereinten Nationen, die in den ersten Worten der Charta zu uns sprechen, nur geringen direkten Kontakt haben. Dies ist eine heikle Angelegenheit, denn die unabhängige nationale Souveränität der Mitgliedstaaten ist eine Grundvoraussetzung der Charta. Dennoch läßt sich nicht leugnen, daß sich die Vereinten Nationen mit immer mehr Fragen befassen, die große internationale Bedeutung besitzen, die aber gleichzeitig auch auf der innenpolitischen Ebene beträchtliche Auswirkungen haben. Nur die innenpolitische Unterstützung in jedem einzelnen Mitgliedstaat gewährleistet, daß solche Fragen auch wirklich aufgegriffen und wirksame Durchführungsmaßnahmen ergriffen werden. Hierbei könnte eine weit stärkere Einbeziehung nichtstaatlicher Organisationen im weitesten Sinne des Wortes eine bedeutende Rolle spielen. Welch ungeheuren unmittelbaren Wert und Einfluß diese Organisationen besitzen, haben wir in einer Reihe von Weltkonferenzen und ebenso in den bemerkenswerten, weltumspannenden Bemühungen von freiwilligen Hilfsorganisationen, Unterhaltungskünstlern und anderen sehen können, die sich für Hilfsaktionen in Afrika und anderswo auf der Welt eingesetzt haben.

Wir sollten auch eine offenere und systematischere Auffassung von einem zweckmäßigen internationalen Dienst fördern, als dies bisher der Fall war. Insbesondere sollten wir uns mehr bemühen, Wege zu ersinnen, wie wir junge Menschen direkt für Anliegen der Weltgemeinschaft gewinnen können.

Zu den großen politischen Fragen, mit denen sich die Vereinten Nationen befassen und in denen dem Generalsekretär vielfach besondere Aufgaben zukommen, habe ich mich in einer Reihe anderer Berichte an die Generalversammlung und den Sicherheitsrat im Detail geäußert. Ich möchte mich daher nicht wiederholen, indem ich die in diesen Berichten angesprochenen Situationen behandle. Ich möchte jedoch bestimmte andere große Themen unserer Zeit ansprechen, die unsere Zukunft wesentlich bestimmen werden. Vielleicht die weitreichendste und komplizierteste dieser Fragen ist jene der Menschenrechte, die jeden angeht.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die vor nahezu 37

Jahren verabschiedet worden ist, gilt wohl als eine der großen Leistungen der Vereinten Nationen. Mit der Erklärung und den Pakten und Konventionen, die aus ihr hervorgegangen sind, erhielt die Welt den ersten internationalen Menschenrechtskodex, in dem völkerrechtlich normiert und festgelegt ist, wie der Staat den einzelnen zu behandeln hat. Die Vereinten Nationen haben darüber hinaus konkrete Mechanismen geschaffen, mit denen die Einhaltung dieser Übereinkünfte überwacht wird, und stellen den Regierungen immer mehr Beratungsdienste und fachliche Hilfe im Bereich der Menschenrechte zur Verfügung.

Wir müssen uns dennoch darüber im klaren sein, daß trotz aller dieser Fortschritte die Achtung der Rechte und Freiheiten des einzelnen durch die Staaten weiterhin einer ständigen und sorgsam Überwachung bedarf. Nach wie vor finden massive Menschenrechtsverletzungen statt, die oft ein tragisches Ausmaß annehmen. Zahlreiche Staaten haben weder die entsprechenden internationalen Konventionen ratifiziert, noch ihr Recht oder ihre Institutionen mit den von Vereinten Nationen verkündeten internationalen Normen in Einklang gebracht. Noch immer werden Menschen aus politischen, religiösen oder rassischen Gründen verfolgt. Minderheiten und eingeborene Bevölkerungsgruppen sind oft nur ungenügend geschützt. Schließlich gibt es Fälle, in denen die Bereitschaft der Regierungen, mit den Vereinten Nationen und ihren Organisationen zu kooperieren, viel zu wünschen übrig läßt.

Im vierzigsten Jahr des Bestehens der Vereinten Nationen wollen wir uns gemeinsam und jeder für sich von neuem in den Dienst der ungehinderten Verwirklichung der Allgemeinen Erklärung und der Internationalen Pakte stellen. In diesem Sinne rufe ich diejenigen Staaten, die die Pakte noch nicht ratifiziert haben, dazu auf, dies zu tun. Ich appelliere an alle Staaten, die Verfahren, die zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen geschaffen worden sind, zu unterstützen, zu stärken und sich an ihnen zu beteiligen und den Schutz der Menschenrechte zu gewährleisten.

Ein besonders wichtiger Teilbereich der Menschenrechte ist die Rassendiskriminierung, die in unserer Gesellschaft in jeder Hinsicht verpönt sein sollte und die das gesellschaftliche und politische Klima auf gefährlichste Weise vergiftet. In einem konkreten Extremfall, der Apartheidpolitik Südafrikas, hat die Situation inzwischen aufgrund der mangelnden Bereitschaft zu zeitgerechten Reformen eine bedrohliche, gewalttätige Entwicklung genommen, zu der der Sicherheitsrat vor kurzem Stellung genommen hat. Ich brauche meine mit Nachdruck vertretenen Ansichten zu dem abscheulichen Apartheidsystem und zu der ungeheuren menschlichen Tragödie, die es verursacht hat, wohl kaum zu wiederholen. Ich hoffe, daß auch in diesem schon sehr späten Stadium noch Maßnahmen ergriffen und Kontakte hergestellt werden können, durch die das Schlimmste vermieden werden kann. Hier kann ich nicht umhin hinzuzufügen, daß neben der Apartheid ein weiterer wesentlicher Grund der Spannungen und des Leids im Südlischen Afrika die Tatsache ist, daß Namibia nicht gemäß dem Plan der Vereinten Nationen in die Unabhängigkeit entlassen wird.

Ein ungeheuer großes, weit verbreitetes soziales Übel stellt das aufkommende Drogenproblem dar, das das Leben von unzähligen Millionen von Menschen zerstört und sogar die Integrität und Stabilität von Regierungen untergräbt. In weiten Teilen der Welt hat die Geißel des Drogenmißbrauchs und des unerlaubten Drogenverkehrs, angefacht durch die ungeheuren Profite, die damit erzielt werden können, ein kritisches Stadium erreicht. Angesichts der zunehmenden Größenordnung dieses Problems — und dies trotz immer intensiver Bemühungen der Regierungen, es in den Griff zu bekommen — muß der besseren Koordinierung der Bemühungen noch mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden, damit ein ganzer Katalog wirksamer Strategien zur Bewältigung der sich stellenden neuen Aufgaben ausgearbeitet werden kann. Das Drogenproblem kann eindeutig nicht länger als ein rein soziales, weitgehend innerstaatliches Anliegen angesehen werden.

Angesichts dieser Tatsachen habe ich den Vorschlag zur Einberufung der ersten weltweiten Konferenz gemacht, die sich mit allen Aspekten des Drogenmißbrauchs und des unerlaubten Drogenverkehrs befassen soll. Ich gehe davon aus, daß eine solche Konferenz auf Maßnahmen ausgerichtet sein wird. Sie sollte dazu dienen, die Weltöffentlichkeit stärker auf die zunehmenden Probleme des Drogenmißbrauchs aufmerksam zu machen, das volle Potential des Systems der Vereinten Nationen zu mobilisieren und ein Aktionsprogramm für die internationale, regionale und nationale Ebene hervorzubringen. Es ist an der Zeit, daß die internationale Gemeinschaft im Rahmen eines weltweiten Versuchs, dieser tödlichen Gefahr Herr zu werden, vermehrte Anstrengungen unternimmt.

Praktisch kein Winkel unseres Planeten bleibt inzwischen von Terrorakten verschont. Diese Akte sind besonders schwer in den Griff zu bekommen, da es sich hierbei um Verzweiflungstaten verzweifelter Menschen handelt, die bereit sind, ohne Rücksicht auf ihr eigenes Leben gegen die Gesetze eines Landes und gegen das Völkerrecht zu verstoßen. Der tragischste Aspekt dieses Problems besteht darin, daß dabei immer mehr unschuldige Zivilpersonen ums Leben kommen, eine Tatsache, die ich mehrfach verurteilt habe. Wie bereits erwähnt, bestehen einige der erforderlichen völkerrechtlichen Instrumente bereits, und es ist an der Zeit, daß die Regierungen sich

gemeinsam bemühen, diese auch anzuwenden. In diesem Zusammenhang könnten die Regierungen vielleicht überlegen, welche weiteren Maßnahmen der internationalen Zusammenarbeit in wirksamer Weise ausgearbeitet werden könnten.

Wenn wir unser Handeln bei großen gemeinsamen Problemen international miteinander abstimmen, dann — davon bin ich überzeugt — können wir auch beginnen, die soziale und politische Solidarität und das gegenseitige Vertrauen zu entwickeln, die uns schließlich im traditionelleren Bereich der politischen Probleme zugute kommen werden. Es gibt mehrere ermutigende Beispiele für ein solches Handeln, und ich möchte einige von ihnen kurz anführen:

- > Die internationalen Bemühungen um die Linderung der Not der Flüchtlinge und um ihre freiwillige Rückkehr oder Neuansiedlung sind eine der praktischsten Ausdrucksformen der internationalen Solidarität.
- > Die Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungssicherheit für alle Länder haben uns in unserem Kampf, die Welt vom Hunger zu befreien, vorangebracht.
- > Das große Unterfangen, bis 1990 Schutzimpfungen für alle Kinder der Welt zu ermöglichen, scheint nun verwirklicht werden zu können, wenn der Wille an den Tag gelegt wird, eine letzte Anstrengung zu unternehmen. Ich appelliere eindringlich an die führenden Staatsmänner der Welt, diesem lebenswichtigen universellen Unterfangen, durch das unzählige junge Menschenleben gerettet werden können, ihre vollständige Unterstützung zu gewähren.

In diesen und vielen anderen Bereichen hat sich das Spektrum dessen, was möglich ist, in dem Maße ständig erweitert, in dem die internationale Zusammenarbeit ihren festen Platz in der Regelung der internationalen Angelegenheiten eingenommen hat.

Ein weiteres wichtiges Beispiel ist die Weltkonferenz zur Frauendekade der Vereinten Nationen, die in Nairobi abgehalten wurde und die die im Rahmen der Frauendekade der Vereinten Nationen erzielten Fortschritte überprüfen sollte; ihre Arbeit hat einen erfolgreicherer Abschluß gefunden, als mancherseits erwartet wurde, und zu meiner Genugtuung wurde von ihr einvernehmlich ein umfangreicher Katalog von Vorschlägen für die Zukunft verabschiedet. Offensichtlich hat sich das Bewußtsein von der ungeheuren Wichtigkeit der Frauenfrage letzten Endes durchgesetzt. Noch läßt sich die volle Bedeutung und Tragweite dieser dynamischen, weithin repräsentativen Versammlung nur schwer abschätzen. Eines steht jedoch fest: Die Frage der vollen und gleichberechtigten Mitwirkung der Frau in allen Aspekten menschlicher Bestrebungen, die im Laufe der Geschichte weithin verdunkelt und unterdrückt worden ist, hat eine solche Wichtigkeit und Vitalität gewonnen, daß die verschiedenen praktischen Maßnahmen, die sich an die Konferenz von Nairobi anschließen müssen, ungeheure Impulse erfahren haben. Ich hoffe, daß dies darüber hinaus dem politischen Denken und Handeln weltweit eine gesunde neue Dimension verleihen wird.

Ich habe bereits die Bereitschaft der Völkergemeinschaft, auf menschliche Katastrophen zu reagieren, angesprochen. Wenn der afrikanische Kontinent heute auch unsere dringendste Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt, so hat die internationale Gemeinschaft doch nur langsam auf die ersten Warnsignale reagiert, die die dürrebedingten Krisen in mehreren afrikanischen Nationen ankündigten. Für viele Tausende von Menschen kam die Reaktion zu spät.

Der großen Mehrheit der 30 Millionen Afrikaner, die unter der ausgedehntesten und katastrophalsten Dürre seit Menschengedenken leiden, hat eine einzigartige Partnerschaft zwischen den Regierungen der betroffenen afrikanischen Länder und der internationalen Gemeinschaft jedoch Leben und Hoffnung gebracht. Dank dieser Partnerschaft ist es gelungen, einer Katastrophe von beispiellosem Ausmaß, zu der es sonst gekommen wäre, Einhalt zu gebieten, und ihr ist es auch fast mit Sicherheit zu verdanken, daß mehrere Millionen Menschenleben gerettet wurden. Die Vereinten Nationen haben in diesem großen Beispiel internationaler humanitärer Zusammenarbeit eine zentrale, ja unverzichtbare Rolle gespielt und werden dies auch in Zukunft in mancherlei Weise tun.

Millionen von Afrikanern sehen noch immer einer schwierigen und ungewissen Zukunft entgegen, die hoffnungsvoller sein könnte, wenn die Partnerschaft, die in Reaktion auf den Bedarf Afrikas an Katastrophenhilfe geschmiedet worden ist, auch in der jetzt bevorstehenden, so ausschlaggebenden Erholungsperiode bestehen bliebe. Wir müssen bereit sein, langfristige Entwicklungshilfeprogramme zu planen und durchzuführen, die eine Wiederholung solcher Tragödien verhindern und die ihnen zugrundeliegenden Ursachen angehen sollen.

Auf dem Weg durch die vergangenen vierzig Jahre haben wir viele Erfahrungen gemacht, von denen einige ermutigend, andere wieder enttäuschend waren; viele davon haben uns weiser werden lassen. Wir haben viele Aufgaben auf uns genommen und uns mit manchen unnötig belastet. Was die Zukunft betrifft, so sollten wir uns entscheiden, welche Tätigkeiten wirklich von Nutzen sind und welche wir gut und gerne als Ballast abwerfen können.

Wir sollten nie vergessen, daß wir die Mittel geschaffen haben, um uns selbst zu vernichten, und daß eine große Willensanstrengung und viel Klugheit erforderlich sein werden, wenn wir ein System errichten sollen, das wirksam den Frieden wahrt und den Interessen aller Völker dieser Erde dient. Sehen wir in der Zukunft doch eine neue Gelegenheit und nicht die Gefahr der Katastrophe. Erinnern wir uns an all die Dinge, die wir als Menschen gemein haben, an all die Wunder, die der menschliche Geist geschaffen hat, und an all die herrliche Vielfalt unserer Welt.

Sehen wir doch vor allem bei dieser Gelegenheit die Vereinten Nationen so, wie ihre Gründer sie gesehen haben, nämlich als aussichtsreiche Hoffnung für die Zukunft und nicht nur als freudlosen Träger der Bürden der Vergangenheit. Wir müssen unsere Schwierigkeiten und die uns drohenden Gefahren realistisch einschätzen. Doch wollen wir auch entschlossen sein, Wege zu finden, wie wir sie gemeinsam meistern können.

3. September 1985

Anmerkung: Für die Überschrift ist die Redaktion verantwortlich.

Konzentration auf das Wesentliche ist vonnöten

Rede des Bundesaußenministers aus Anlaß der Feier des 40. Jahrestages der Gründung der Vereinten Nationen vor der 40. Generalversammlung (21. Oktober 1985) HANS-DIETRICH GENSCHER

Herr Präsident! Ich habe am 26. September dieses Jahres vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen die Politik meines Landes dargelegt. Heute habe ich die Ehre, aus Anlaß der Feier des 40. Jahrestages der Gründung der Vereinten Nationen zu sprechen.

Die Vereinten Nationen sind die Antwort der Völkergemeinschaft auf die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges. Diese Antwort mußte nicht nur mit dem Entsetzen über fünfzig Millionen Tote fertig werden. Sie mußte den Zusammenbruch einer Weltordnung feststellen, die über Jahrhunderte von Europa aus bestimmt worden war. Die Gründungsväter der Vereinten Nationen mußten das Konzept einer neuen Weltordnung entwickeln. Die neue internationale Organisation mußte — im Gegensatz zum Völkerbund — wirklich weltumspannend, universal sein.

Dieses Ziel ist fast erreicht. Die Vereinten Nationen selbst haben mit der Durchsetzung der Entkolonisierung ganz wesentlich zu dieser Universalität beigetragen. Die Ächtung des Krieges, das Verbot, auf die Gewalt zur Verwirklichung politischer Ziele zurückzugreifen, mußten als zwingendes Völkerrecht bestätigt werden. Die Vereinten Nationen haben erreicht, daß Krieg und Gewalt nicht mehr legitime Mittel der Politik sind. Auch wenn es seit 1945 zahlreiche Kriege gegeben hat und noch gibt, es gilt: Wer zu den Waffen greift, muß sich hier in den Vereinten Nationen vor der Weltöffentlichkeit rechtfertigen. Er kann sich dabei nur auf die Notwendigkeit der Selbstverteidigung berufen.

Die Gründungsväter der Vereinten Nationen haben den Frieden in neuen Dimensionen verstanden. Die Nichtanwendung von Gewalt ist nur eine dieser Dimensionen. Die Ursachen möglicher Konflikte müssen beseitigt werden. Deshalb nimmt die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Wohlfahrt zu Recht einen so hohen Rang unter den Zielen der Vereinten Nationen ein. Ohne diese Anstrengungen wären die Menschen in der Dritten Welt ärmer. Der Hunger wäre noch größer. Viel weniger könnten lesen und schreiben. Krankheiten und Seuchen wären noch verbreiteter.

Den Vereinten Nationen geht es auch um die Rechte des Individuums. Gerechtigkeit und Wahrung der Menschenrechte werden in den Vereinten Nationen in ihrer hohen Bedeutung für die Wahrung des Friedens erkannt. Die völkerrechtliche Kodifizierung der Menschenrechte gehört zu den größten und wichtigsten Leistungen der Vereinten Nationen. An ihnen müssen sich alle Staaten messen lassen. Wir wissen, wieviel da noch zu tun ist.

Die internationale Politik sollte bindenden Regeln unterworfen werden. Die Charta der Vereinten Nationen ist der Versuch, Regeln zu schaffen für den weltweiten Interessenausgleich.

Herr Präsident, die Ideale der Vereinten Nationen sind nur zum Teil erreicht. Wir müssen immer noch leben mit Krieg, Gewalt und Terror. Hunger und Not breiten sich noch aus. Staatliche Willkür und Unterdrückung müssen immer neu beklagt und bekämpft werden. Aber können wir den Vereinten Nationen vorwerfen, daß ihre Mitglieder in vierzig Jahren nicht erreicht haben, was die Menschheit zuvor in Jahrtausenden verfehlt hat? Vor der Geschichte sind vierzig Jahre nur ein Augenblick. Die Herausforderungen sind groß.

- Wir müssen die Gefahr eines neuen Weltkrieges bannen, eines konventionellen ebenso wie eines atomaren Krieges.
- Wir müssen die Not gemeinsam lindern, Weltwirtschaftspolitik und Entwicklungspolitik gemeinsam betreiben.
- Umweltschäden machen nicht halt an nationalen Grenzen.
- Die moderne Technologie, die weltumspannenden Kommunikationstechniken drängen uns zusammen.
- Das Elend von Flüchtlingen überschreitet die Grenzen.
- Die Menschenwürde muß überall verteidigt werden.

Diese weltumspannende gegenseitige Abhängigkeit verlangt zwingend ein Forum für das Gespräch, für Verhandlung, für Interessenausgleich: Dieses Forum sind die Vereinten Nationen. Gäbe es die Vereinten Nationen nicht, wir müßten sie jetzt gründen. Allzu vordergründiger Kritik halten wir entgegen: Die Vereinten Nationen

spiegeln den Zustand der internationalen Beziehungen wider. Sie sind eine Zustandsbeschreibung unserer Welt. Sie leiden unter viel zu hohen Erwartungen, unter der unrealistischen Hoffnung, geschichtlicher Wandel könne sich über Nacht einstellen.

Natürlich leiden die Vereinten Nationen auch an ihren selbstgemachten Problemen. Wir alle kennen die Schwächen dieser Organisation sehr genau. Die Vereinten Nationen sind reformbedürftig. Die Vorstellung des Jahres 1945 von einer gemeinsamen Sicherung des Friedens durch die Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats ist der Realität des West-Ost-Gegensatzes gewichen.

Deshalb haben wir, die mittleren und kleineren Staaten, eine besondere Verantwortung in und für die Vereinten Nationen. Generalsekretär Pérez de Cuéllar hat uns aufgefordert, vor den jeweiligen UN-Sitzungen unsere Konsultationen zu intensivieren. Er hat recht. Wann immer wir mit anderen Staaten politische Differenzen haben, ist es wichtig, darüber erst einmal bilateral zu sprechen, ehe wir uns vor der Weltöffentlichkeit mit Vorwürfen überschütten. Das gilt für alle, natürlich auch für die Großmächte. Wir erhoffen uns von dem bevorstehenden Treffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow positive Auswirkungen auch auf die Arbeit der Vereinten Nationen. Wir erwarten die Einleitung eines Prozesses, der die Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion wie auch die West-Ost-Beziehungen insgesamt auf eine stabilere Grundlage stellt.

Am 8. Januar 1985 haben es die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion als Ziel ihrer Rüstungskontrollverhandlungen erklärt,

- einen Rüstungswettlauf im Weltraum zu verhindern und auf der Erde zu beenden
- und die Nuklearwaffen zu begrenzen und zu verringern, sowie die strategische Stabilität zu festigen.

Dies sind weitreichende Ziele, die wir uneingeschränkt unterstützen. Wir müssen darauf hinarbeiten, daß Sicherheit und militärische Stabilität auf einem drastisch gesenkten Niveau aller Rüstungen gewährleistet werden kann.

Wir wissen, daß der Dialog der Weltmächte nicht alle Weltprobleme lösen kann. Alle Mitglieder der Vereinten Nationen müssen ihren eigenen Beitrag leisten. Wenn die mittleren und kleinen Staaten sich ihrer Möglichkeiten bewußt werden, ihre Kräfte verbinden und ihren Beitrag den realen Gegebenheiten und Problemen anpassen, dann können sie viel bewirken. Das haben die Teilnehmerstaaten der KSZE in einer Zeit schwerer Belastungen der internationalen Lage bewiesen. Auch der Zusammenschluß der europäischen Demokratien in der Europäischen Gemeinschaft ist ein Ausdruck europäischer Selbstfindung und Selbstbehauptung.

Unser Wille zur Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn in Europa ist Ausdruck europäischer Friedensverantwortung, so wie die Bundesrepublik Deutschland und die DDR in Verantwortungsgemeinschaft der Deutschen handeln, ungeachtet prinzipieller Unterschiede ihrer politischen und gesellschaftlichen Systeme und ihrer Zugehörigkeit zu verschiedenen Paktsystemen.

Herr Präsident, wir alle sind verantwortlich für das reibungslose Funktionieren dieser Organisation — wir alle müssen nach Lösungen für ihre Schwierigkeiten suchen. Der Ruf der Vereinten Nationen wird, trotz aller ihrer Erfolge, unter anderem dadurch strapaziert, daß Resolutionen mit Mehrheit beschlossen, dann aber nicht in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Was nützen die schönsten Abstimmungserfolge, wenn keine Taten folgen? Die Charta der Vereinten Nationen hat zu Recht das Prinzip eingeführt: *ein Land, eine Stimme*. Das ist der Ausdruck der Achtung staatlicher Souveränität. Die Vereinten Nationen sind das notwendige und unersetzliche Forum, in dem auch kleine Staaten, schwache und arme, gleichermaßen ihre Stimme erheben können und sollen. Aus diesem gleichen Stimmrecht erwächst eine große Verantwortung der kleineren Länder. Wer sich dieser Verantwortung nicht stellt, der stärkt die Tendenz zum Rückzug in bilaterale Verhandlungsprozesse, er schwächt die Vereinten Nationen und schwächt damit das Forum, in dem die

eigenen Vorstellungen wirksam zum Ausdruck gebracht werden sollten. Die Arbeit der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen darf nicht ideologisiert werden.

Herr Präsident, die Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle im weltweiten Rahmen sind von entscheidender Bedeutung für die Wahrung des Weltfriedens, für die Stärkung der internationalen Sicherheit. Unter Mitwirkung der Vereinten Nationen wurde die erste Vereinbarung getroffen, durch die eine ganze Waffenart geächtet wurde: das B-Waffen-Übereinkommen. Die Vereinten Nationen waren maßgeblich am Zustandekommen des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen beteiligt.

Das zentrale Thema der Vereinten Nationen ist die Verhinderung von Krieg. Ich wiederhole: eines jeden Krieges, nicht nur eines atomaren, sondern auch eines konventionellen Krieges. Das ist der Sinn des in der Charta verankerten Verbots der Androhung und Anwendung von Gewalt. Wenn wir die Rolle der nuklearen Waffen in der internationalen Sicherheitspolitik vermindern wollen, müssen wir erhöhte Aufmerksamkeit auch den Problemen zuwenden, die von der Massierung und den Ungleichgewichten bei den konventionellen Waffen ausgehen. Auf das Ziel der Kriegsverhütung müssen alle Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle gerichtet sein. Der Frieden kann nicht mehr durch autonome Maßnahmen allein gesichert werden, kooperative Lösungen sind erforderlich. Dazu brauchen wir: Vertrauensbildung, Transparenz, Offenheit, Ausgewogenheit und Nachprüfbarkeit. Das ist eine große Aufgabe auch für die Vereinten Nationen.

Bedeutsam ist auch ihre Rolle im Nord-Süd-Dialog. Das UN-System ist der wichtigste Träger multilateraler Entwicklungspolitik. Hier suchen wir nach Lösungen für die zentralen Fragen der Weltwirtschaft und der Entwicklungsländer im besonderen. Das positive Gesamturteil macht uns auch hier nicht blind für die Schwächen des Systems. Schlimme Fehler sind Doppelarbeit und immerwährende Wiederholungen. Es macht keinen Sinn, unkoordiniert in verschiedenen Gremien immer wieder über das gleiche zu sprechen. Zu den hervorragenden Aufgaben der Vereinten Nationen gehört die Stärkung der Unabhängigkeit und Identität aller Staaten der Welt, der kleinen wie der großen. Die Achtung des Selbstbestimmungsrechts aller Völker, auch des deutschen Volkes, ist unverzichtbar.

Die Vereinten Nationen müssen aktiver Träger eines weltweiten Kulturdialogs werden, der die Achtung vor den kulturellen Leistungen der anderen und der kulturellen Identität der Völker und Staaten fördert. Wir brauchen einen Nord-Süd-Kulturdialog.

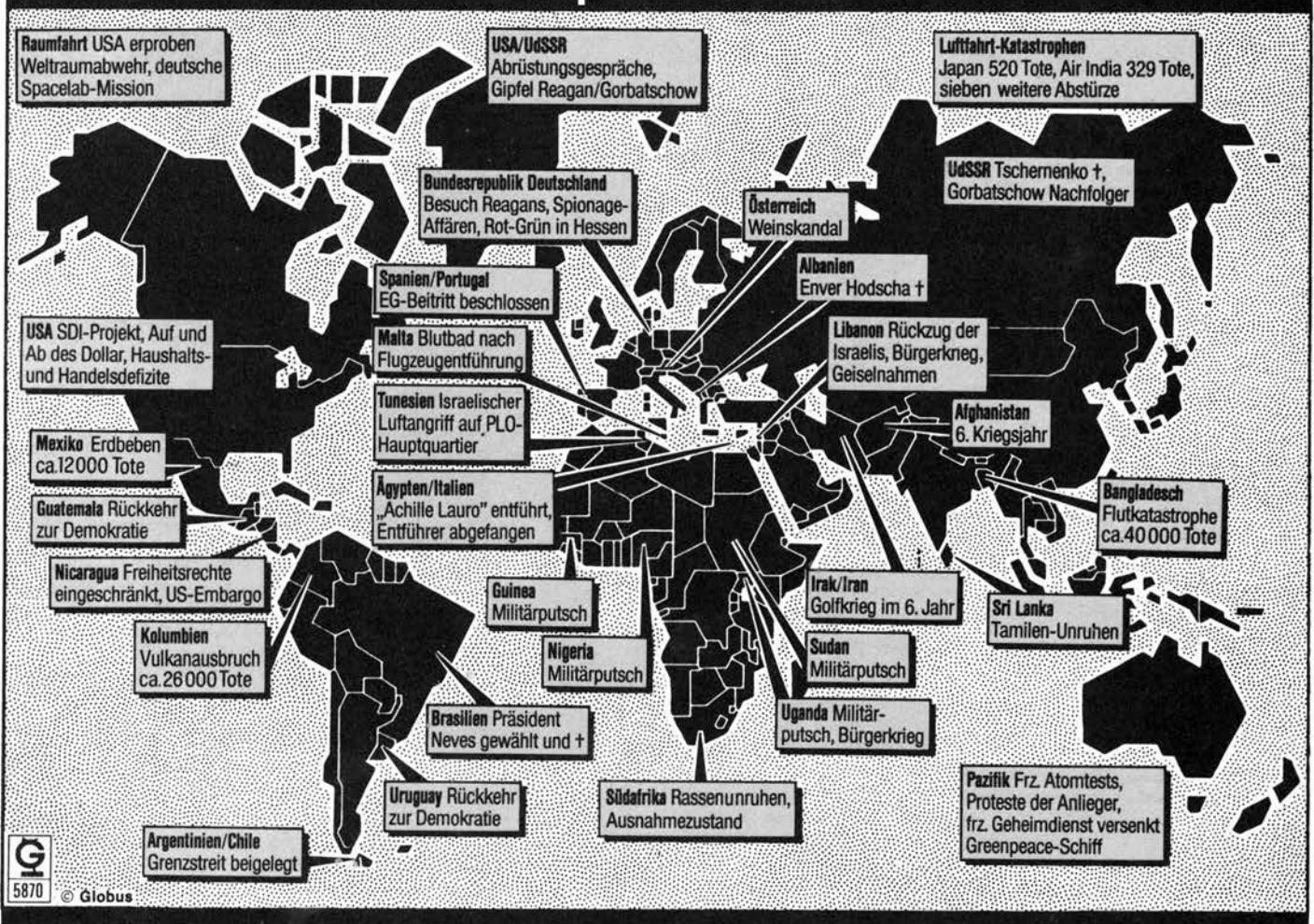
Herr Präsident, wir sehen die weltwirtschaftliche Zusammenarbeit, die Entwicklungszusammenarbeit und die kulturelle Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen als Teil unserer Friedenspolitik. Die Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen entscheidet sich an ihrem kompromißlosen Eintreten für die Menschenrechte, die bürgerlichen und die wirtschaftlichen, die kulturellen und die sozialen. Hier darf es keine Einäugigkeit geben. Die Vereinten Nationen brauchen wirksame und objektive Einrichtungen zur Durchsetzung der Menschenrechte. Wir brauchen einen Menschenrechtsbeauftragten und wir brauchen einen Menschenrechtsgerichtshof der Vereinten Nationen.

Herr Präsident, vierzig Jahre, das ist die aktive Schaffensperiode eines Menschenlebens. Die erste Generation der Vereinten Nationen liegt hinter uns. Was geben wir der nächsten Generation weiter? Wir bekennen uns in diesen Tagen neu zu den Idealen und Grundsätzen der Gründungsväter der Vereinten Nationen. Wir brauchen Konzentration auf das Wesentliche. Johann Wolfgang von Goethe hat geschrieben: »Wer Großes will, muß sich zusammenrafen. In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister.« Wir dürfen keine Illusionen nähren und den Vereinten Nationen unrealistische Ziele vorgeben, sonst fördern wir Enttäuschung und Unmut über die Vereinten Nationen.

Wir sollten auch dieses Jubiläumsjahr nüchtern und ohne falsches Pathos feiern. Von diesem Gebäude hier spricht man oft als dem »Glashaus am East River«. Es ist ein Glashaus — auch im übertragenen Sinne. Hier wird die Weltpolitik transparent. Das ist der Beitrag der Vereinten Nationen zur Vorhersehbarkeit, zur Berechenbarkeit der außenpolitischen Entwicklung, zur Stabilität des Friedens.

Wenn wir hier den friedlichen Umgang miteinander lernen, dann werden wir in kleinen Schritten den großen Zielen der Vereinten Nationen näher kommen: Für eine Welt, in der Menschen frei von Angst und Not leben können. Für eine Welt, in der das Völkerrecht herrscht. Für eine Welt, die gerichtet ist auf Freiheit und Gerechtigkeit, auf die Achtung der Menschenrechte und auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Brennpunkte 1985



Beitragsschlüssel für den Haushalt der Vereinten Nationen 1986 bis 1988

Mitgliedstaat	Prozent	Mitgliedstaat	Prozent	Mitgliedstaat	Prozent
Vereinigte Staaten	25,00	Paraguay	0,02	Vietnam	0,01
Japan	10,84	Simbabwe	0,02	Zaire	0,01
Sowjetunion	10,20	Zypern	0,02	Zentralafrikanische Republik	0,01
Deutschland, Bundesrepublik	8,26	Äquatorialguinea	0,01		100,00
Frankreich	6,37	Äthiopien	0,01		
Großbritannien	4,86	Afghanistan	0,01		
Italien	3,79	Albanien	0,01		
Kanada	3,06	Angola	0,01		
Spanien	2,03	Antigua und Barbuda	0,01		
Niederlande	1,74	Bahamas	0,01		
Australien	1,66	Barbados	0,01		
Brasilien	1,40	Belize	0,01		
Deutsche Demokratische Republik	1,33	Benin	0,01		
Ukraine	1,28	Bhutan	0,01		
Schweden	1,25	Birma	0,01		
Belgien	1,18	Bolivien	0,01		
Saudi-Arabien	0,97	Botswana	0,01		
Mexiko	0,89	Burkina Faso	0,01		
China	0,79	Burundi	0,01		
Österreich	0,74	Dominica	0,01		
Dänemark	0,72	Dschibuti	0,01		
Tschechoslowakei	0,70	El Salvador	0,01		
Polen	0,64	Fidschi	0,01		
Iran	0,63	Gambia	0,01		
Argentinien	0,62	Ghana	0,01		
Venezuela	0,60	Grenada	0,01		
Norwegen	0,54	Guinea	0,01		
Finnland	0,50	Guinea-Bissau	0,01		
Jugoslawien	0,46	Guyana	0,01		
Griechenland	0,44	Haiti	0,01		
Südafrika	0,44	Honduras	0,01		
Indien	0,35	Jemen (Arabische Republik)	0,01		
Bjelorußland	0,34	Jemen (Demokratischer)	0,01		
Türkei	0,34	Jordanien	0,01		
Kuwait	0,29	Kamerun	0,01		
Libyen	0,26	Kamputschea	0,01		
Neuseeland	0,24	Kap Verde	0,01		
Israel	0,22	Kenia	0,01		
Ungarn	0,22	Komoren	0,01		
Nigeria	0,19	Kongo	0,01		
Rumänien	0,19	Laos	0,01		
Irland	0,18	Lesotho	0,01		
Portugal	0,18	Libanon	0,01		
Vereinigte Arabische Emirate	0,18	Liberia	0,01		
Bulgarien	0,16	Madagaskar	0,01		
Algerien	0,14	Malawi	0,01		
Indonesien	0,14	Malediven	0,01		
Kolumbien	0,13	Mali	0,01		
Irak	0,12	Malta	0,01		
Malaysia	0,10	Mauretanien	0,01		
Philippinen	0,10	Mauritius	0,01		
Singapur	0,10	Mongolei	0,01		
Kuba	0,09	Mosambik	0,01		
Thailand	0,09	Nepal	0,01		
Ägypten	0,07	Nicaragua	0,01		
Chile	0,07	Niger	0,01		
Peru	0,07	Papua-Neuguinea	0,01		
Pakistan	0,06	Rwanda	0,01		
Luxemburg	0,05	Salomonen	0,01		
Marokko	0,05	Sambia	0,01		
Brunei	0,04	Samoa	0,01		
Katar	0,04	São Tomé und Príncipe	0,01		
Syrien	0,04	Senegal	0,01		
Trinidad und Tobago	0,04	Seschellen	0,01		
Uruguay	0,04	Sierra Leone	0,01		
Dominikanische Republik	0,03	Somalia	0,01		
Ecuador	0,03	Sri Lanka	0,01		
Gabun	0,03	St. Christoph und Nevis	0,01		
Island	0,03	St. Lucia	0,01		
Tunesien	0,03	St. Vincent und die Grenadinen	0,01		
Bahrain	0,02	Sudan	0,01		
Bangladesch	0,02	Suriname	0,01		
Costa Rica	0,02	Swasiland	0,01		
Elfenbeinküste	0,02	Tansania	0,01		
Guatemala	0,02	Togo	0,01		
Jamaika	0,02	Tschad	0,01		
Oman	0,02	Uganda	0,01		
Panama	0,02	Vanuatu	0,01		

Für die Haushaltsjahre 1986, 1987 und 1988 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen nach langwierigen Verhandlungen in ihrer Resolution 40/248 eine neue Beitragsskala festgesetzt. Die Entschließung wurde am 18. Dezember 1985 bei 27 Stimmenthaltungen mit 109 Ja-Stimmen verabschiedet. 15 Länder (Bahrain, Ecuador, Iran, Katar, Kolumbien, Kuwait, Philippinen, Saudi-Arabien, Singapur, Spanien, Syrien, Türkei, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigte Staaten) stimmten dagegen — abgesehen von den USA, die nach wie vor den Höchstsatz von 25 vH entrichten, sämtlich Staaten, die gegenüber dem für die Jahre 1983 bis 1985 gültigen Schlüssel (veröffentlicht in VN 2/1983 S.58) höher veranlagt wurden.

Hinsichtlich der fünf größten Beitragszahler nach den USA ist festzustellen, daß abermals die Sowjetunion entlastet, Japan erneut stärker belastet wird; Frankreich wird etwas weniger, Großbritannien etwas mehr zur Kasse gebeten. Für die Bundesrepublik Deutschland (die sich der Stimme enthielt) bringt die neue Skala eine Beitragsentlastung: 8,26 vH statt der 8,54 vH der letzten drei Jahre.

Die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion (ohne Ukraine und Bjelorußland), Japan, die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich bringen zusammen 60,67 vH der Mittel auf (nach der bisher gültigen Skala waren es 60,91 vH). Die zwölf Staaten der EG tragen gemeinsam 29,80 vH der Beitragslast und sind somit — als Gruppe — vor den USA der Hauptgeldgeber der Weltorganisation. Den Mindestsatz von 0,01 vH entrichten wiederum 78 Staaten, fast genau die Hälfte der Mitglieder.

Nichtmitgliedstaaten, die sich an bestimmten Aktivitäten der Vereinten Nationen beteiligen, sind aufgefordert, Beiträge zur Deckung der Kosten dieser Aktivitäten auf der Grundlage folgender Sätze zu leisten:

Staat	Prozent
Schweiz	1,12
Korea (Republik)	0,20
Korea (Demokratische Volksrepublik)	0,05
Liechtenstein	0,01
Monaco	0,01
Nauru	0,01
San Marino	0,01
Tonga	0,01
Tuvalu	0,01
Vatikanstadt	0,01

Der Generalsekretär kann nach seinem Ermessen und in Absprache mit dem Vorsitzenden des UN-Beitragsausschusses einen Teil der Beiträge in anderer als in US-Währung annehmen.

Die Beitragsskala gilt nur für den Haushalt der Organisation der Vereinten Nationen selbst; Beiträge zu den Sonderorganisationen (z.B. FAO), zu den friedenssichernden Operationen (z.B. UNIFIL) oder freiwillige Zahlungen an Sonderprogramme und Hilfswerke (z.B. UNDP, UNHCR) werden separat erhoben. Der Zweijahreshaushalt 1986/87 der UNO wurde in Resolution 40/253 auf 1663341500 US-Dollar festgesetzt (siehe auch S.38f. dieser Ausgabe). Davon gehen 317465600 Dollar Eigeneinnahmen ab, so daß 1345875900 Dollar auf die Gesamtheit der Mitgliedstaaten umzulegen sind, pro Jahr also 672937950 Dollar. Bei einem Wechselkurs von 2,35 DM pro Dollar entspräche das rd. 1,58 Mrd DM.

Bundesleistungen an den Verband der Vereinten Nationen

Die nachstehende Aufstellung knüpft an die Übersicht über die Beitragsleistungen der Bundesrepublik Deutschland an, die vor zwei Jahren im Artikel von Lothar Koch, Finanzmittel für Fachkompetenz, VN 1/1984 S.19ff., veröffentlicht wurde. Auch sie stellt die von der Bundesrepublik erbrachten Finanzleistungen im Zehnjahres-Vergleich dar. Sie gibt einen Überblick über die Entwicklung der regulären Budgets der Organisationen des Verbandes der Vereinten Nationen einschließlich der auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden Pflichtbeitragsanteile, über die freiwilligen Leistungen zu den hauptsächlichsten Programmen und Hilfswerken der Weltorganisation sowie über die deutschen Beiträge im Weltbankbereich.

Zu den Zahlenangaben ist zu bemerken, daß die Soll-Ansätze des Bundeshaushalts und die Ist-Zahlen häufig voneinander abweichen. Für Zahlungen, die in US-Dollar (wie bei der UNO und ihren Sonderorganisationen sowie bei der Weltbank) oder in Sonderziehungsrechten (wie bei der IDA) zu erbringen sind, werden die DM-Soll-Ansätze im Bundeshaushalt zu einem festgelegten Umrechnungskurs veranschlagt. Die tatsächlich aufzuwendenden Beträge in DM richten sich nach den jeweiligen Tageskursen, die bei ratenweiser Zahlung zusätzlich differieren können. In Zeiten schwankender Wechselkurse können sich hierdurch beträchtliche Abweichungen ergeben. Bei den freiwilligen Leistungen im UN-Bereich verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland in DM, so daß die Wechselkurs-Problematik nicht entsteht.

A. UNO, Sonderorganisationen (ohne IMF und Weltbankgruppe) und IAEA

Organisation	1976/77		1986/87	
	Gesamtbudget Mill Dollar	Anteil der Bundesrepublik vH	Gesamtbudget Mill Dollar	Anteil der Bundesrepublik vH
UNO (Hauptorganisation)	673,69	7,10/7,70	1 663,34	8,26
ILO	160,62	6,38/7,08	253,14	8,47/8,27
FAO	167,00	9,05/9,04	437,00	10,31
UNESCO	200,75	7,04	398,47 ⁷⁾	8,16
WHO	286,09	6,90/6,91	605,33	8,38
ICAO	34,97	6,20	32,35 ⁴⁾	7,07
UPU	12,08 ¹⁾³⁾⁵⁾	2,46/4,63	9,90 ¹⁾³⁾⁴⁾⁵⁾	5,11
ITU	56,60 ¹⁾²⁾³⁾	4,80/6,00	45,86 ¹⁾²⁾³⁾⁴⁾	7,65
WMO	20,55	4,53/4,56	37,50	6,25/6,69
IMO	11,25	2,58/2,52	26,50	1,75
WIPO	19,91 ¹⁾⁶⁾	7,12/7,01	16,65 ¹⁾⁶⁾	5,21
IFAD	—	—	27,51 ⁴⁾	— ⁹⁾
UNIDO	—	—	157,41 ⁸⁾	8,21
IAEA	83,58	7,35	98,68 ⁴⁾	8,75

- Das Budget wird in Schweizer Franken aufgestellt; angewandter Umrechnungskurs 1976: 2,44 sfrs pro Dollar, 1977: 1,17 sfrs pro Dollar, 1986/87: 2,50 sfrs pro Dollar, soweit nichts anderes vermerkt.
- einschließlich Publikationshaushalt
- finanziert aus dem Sondervermögen Bundespost
- 1986
- Netto-Budget
- Programm- und Registrationsunionen; Umrechnungskurs 1986/87: 2,83 sfrs pro Dollar
- 100-Prozent-Budget; Haushaltsbewilligungen wegen Austritts der USA: 307,22 Mill Dollar. Nach Wirksamwerden der Kündigungen von Großbritannien und Singapur zum 1.1.1986 weitere Reduzierung auf 289,34 Mill Dollar.
- Sonderorganisation mit Wirkung vom 1.1.1986 (bis dahin Teil des Budgets der Hauptorganisation)
- Keine Veranlagung der Mitgliedstaaten zu Pflichtbeiträgen; der Verwaltungshaushalt wird durch Zinseinnahmen aus Investitionen des Fonds finanziert.

B. Sonderprogramme und Hilfswerke der Vereinten Nationen

Programm	Beitrag der Bundesrepublik Deutschland			
	1976 (Ist)	1984 (Ist)	1985 (Soll)	1986 (Soll)
	— in 1000 DM —			
UNEP	5 000	4 500	4 500	4 800
UNICEF	8 000	14 000	14 000	15 500
UNHCR	2 000	6 000	6 000	7 000
UNRWA	2 000	2 500	2 500	2 500
UNRWA-Sondermaßnahmen	6 000	7 500	7 500	7 500
Ernährungssicherungsprogramme des UNHCR	9 847	13 703	14 774 (Ist)	2)

Humanitäre Hilfe im Rahmen von UNICEF, UNHCR, UNRWA	4 870	22 381	21 614 (Ist)	2)
UNFICYP	2 510	2 500	2 500	3 000
UNU	1)	1 060	1 000	—
UNESCO-Institut für Pädagogik in Hamburg	800	1 030	1 100	1 150
Internationale Zentren zur Zusammenarbeit mit der WHO	474	856	935	1 055
Nationale Referenzzentren der WHO	213	380	500	860
WHO-Fonds zur Förderung des Gesundheitswesens	200	550	550	550
WHO-Fonds für die Sicherheit chemischer Stoffe (IPCS)	1)	100	100	100
Suchtstoff-Fonds (UNFDAC)	—	2 000	2 200	3 200
WFP	32 759	50 911	35 000	45 000
Nahrungsmittelhilfe (FAO, UNRWA, UNHCR)	9 764	56 413	72 405 (Ist)	2)
UNDP	79 000	116 000	117 000	118 000
UNFPA	18 000	35 000	36 800	37 700
Treuhandfonds für das Südliche Afrika	120	170	170	184
Namibia-Fonds	—	200	200	230
Erziehungs- und Ausbildungsprogramm für das Südliche Afrika	129	170	170	184
UNESCO-Fonds für das Erbe der Welt	1)	398	450	405
Weitere zweckgebundene Beiträge an UNO und Sonderorganisationen für Einzelprojekte oder Sonderprogramme	13 229	35 927	34 000	34 347
Entwicklungspolitische Einzelmaßnahmen ³⁾ im multilateralen Bereich (regionale Wirtschaftskommissionen u.a.)	1 963	4 948	5 000	5 000

1) noch nicht existent

2) noch nicht bekannt

3) insbesondere Personal- und Sachleistungen sowie überregionale Studien

C. Weltbankbereich

Finanzierungs-institution	1976 (Ist)	1984 (Ist)	1985 (Soll)	1986 (Soll)
	— in 1000 DM —			
IBRD ¹⁾²⁾	7 024	82 558	66 380	84 025
IDA ¹⁾³⁾	—	832 500	945 974	853 000

1) Weltbank und IDA fördern die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Entwicklungsländern durch langfristige Darlehen, die sie zu günstigen Konditionen an Regierungen oder an Projektträger mit Regierungsgarantie vergeben.

2) Die Weltbank refinanziert sich überwiegend auf den internationalen Kapitalmärkten. Die Mitgliedstaaten zeichnen Kapitalanteile und erwerben dadurch Mitgeigentum an der Bank. Die Anteile werden durch Bareinlagen, überwiegend aber durch Haftungskapital erbracht. Vor allem das von den westlichen Industrieländern gezeichnete Haftungskapital ermöglicht der Weltbank, sich auf den internationalen Kapitalmärkten zu refinanzieren. Der Kapitalanteil der Bundesrepublik Deutschland beträgt 3,542 Mrd US-Dollar (etwa 5,5vH); sie ist damit drittgrößter Anteilseigner.

Für die letzte allgemeine Kapitalerhöhung über rd. 40 Mrd US-Dollar wurden Bareinlagen von 7,5vH und Haftungskapital von 92,5vH vereinbart. Die Bundesrepublik Deutschland erbringt ihre Bareinlage von 149,15 Mill Dollar seit 1982 in sechs Jahresraten. Darüber hinaus beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland an einer selektiven Kapitalerhöhung mit rd. 758,2 Mill Dollar; davon sind 8,75vH, d.h. 66,342 Mill Dollar, bar einzuzahlen.

3) Die IDA gewährt zinslose Kredite an die ärmsten Entwicklungsländer. Ihren Finanzbedarf deckt sie aus den eingezahlten Beiträgen der Mitgliedsländer sowie in geringem Umfang aus Gewinnüberweisungen der Weltbank und aus sonstigen Einnahmen. Die Mittel werden überwiegend von den westlichen Industrieländern sowie von einigen OPEC-Ländern bereitgestellt.

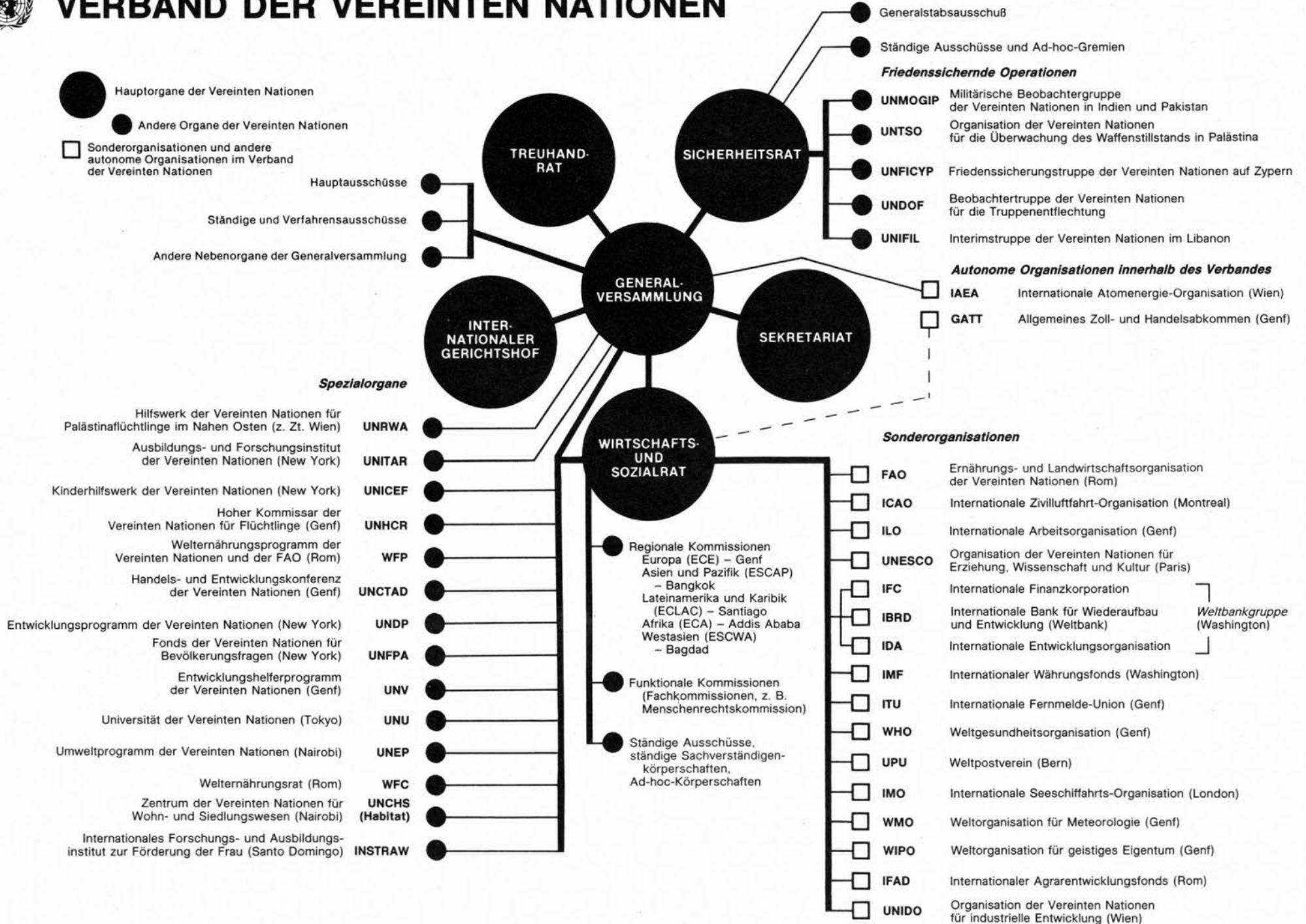
Die Mittel der IDA wurden seit ihrer Gründung 1960 mehrmals aufgestockt. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich an der Erstausrüstung und an allen Aufstockungen mit über 4,2 Mrd Dollar beteiligt. Aus der siebten Wiederauffüllung (IDA VII), die 1985 wirksam wurde und 9 Mrd Dollar betrug, übernahm sie rd. 933 Mill Sonderziehungsrechte (11,5vH).

1976 ist auch die Bundesrepublik Deutschland dazu übergegangen, ihre Beiträge zunächst durch Schuldscheine zu erbringen. Die Schuldscheine sind jederzeit bei Abruf fällig, die Höhe der Abrufe von Barzahlungen bestimmt der Mittelbedarf der IDA.

Zusammengestellt von Lothar Koch



VERBAND DER VEREINTEN NATIONEN



Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Tätigkeiten · Nachrichten · Meinungen

Politik und Sicherheit

Abrüstungskonferenz: Ad-hoc-Ausschuß zur Weltraumrüstung — Detailarbeit am Vorentwurf einer C-Waffen-Konvention (1)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 1/1985 S.25 fort.)

Zähflüssig und ohne große substantielle Erfolge, aber durchaus mit kleinen verhandlungstechnischen Fortschritten verlief 1985 die Jahrestagung der *Abrüstungskonferenz* in Genf (5.2.–23.4. und 11.6.–30.8.). Insgesamt sah sich die Konferenz in einer günstigeren Lage als im Vorjahr, da die Supermächte ihre bilateralen Rüstungskontrollgespräche wieder aufgenommen hatten, was von praktisch allen Delegationen der Konferenz mit Befriedigung zur Kenntnis genommen wurde. Der thematische Rahmen der Arbeiten dieses einzigen multilateralen Verhandlungsforums für die Abrüstung, das ausschließlich im Konsensverfahren arbeitet, wird durch den die zehn Hauptgegenstände der Abrüstungs- und Rüstungskontrollbemühungen der Vereinten Nationen bezeichnenden »Dekalog« gesteckt.

Umfassender Atomwaffen-Teststopp: Es gelang wiederum nicht, zu diesem Thema einen Ad-hoc-Ausschuß einzusetzen, da keine Einigkeit über dessen Mandat zu erzielen war. Während die westlichen Staaten nur einem Auftrag zur Stoffsammlung mit Blick auf spätere Verhandlungen zustimmen wollten, verlangten die sozialistischen Staaten und die Neutralen und Blockfreien (Gruppe der 21) die Einsetzung eines Ausschusses mit einem mehr oder minder deutlichen Verhandlungsmandat. Die Sowjetunion konnte mit ihrer Ankündigung, vom 6. August 1985 bis zum Ende des Jahres einseitig auf Atomtests zu verzichten, unter den Blockfreien gewisse atmosphärische Erfolge erzielen, zumal dieses Moratorium auf der Linie der Deklaration von Neu-Delhi vom 28. Januar 1985 (gemeinsame Erklärung der Staats- und Regierungschefs Argentiniens, Griechenlands, Indiens, Mexikos, Schwedens und Tansanias gegen Kernwaffen) liegt. Damit ist die westliche Gruppe in die Rolle des Bremsers auf diesem Sektor der Rüstungskontrolle geraten. Zwar wurde von dieser Seite erneut das Verifikationsproblem hervorgehoben, die beiden anderen Gruppen halten die Überwachungsmöglichkeiten aber für ausreichend, um zur Erarbeitung eines allgemeinen Teststoppvertrages zu schreiten, obwohl auch der sowjetische Delegierte anerkannte, daß es dort noch Probleme zu lösen gibt.

Unter weiteren Druck könnte die westliche Argumentation geraten, wenn die zum Studium der Verifikationsfrage eingesetzte Wissenschaftlergruppe 1986 die Ergebnisse einer 1984 erstmals unter Nutzung des welt-

weiten Kommunikationssystems der Weltorganisation für Meteorologie durchgeführten Testreihe auswerten wird. Bei der Durchführung der Testreihe war es allerdings zu Unregelmäßigkeiten bei sowjetischen Meßstationen und einem von der UdSSR betriebenen Rechenzentrum gekommen. Während Frankreich seine Sonderrolle unverändert beibehält und seine Beteiligung an den Arbeiten zum umfassenden Teststopp nach wie vor von Vorleistungen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten abhängig macht, hat sich bei Chinas bislang ähnlicher Position eine gewisse Änderung ergeben. Pekings Delegierter erklärte, man werde den bisherigen Standpunkt überdenken, wenn es 1985 zur Gründung eines Teststopp-Ausschusses kommen sollte. Dieser Fall ist — wie dargelegt — nicht eingetreten, es ist aber auch nicht ersichtlich, daß jene neue Haltung der Volksrepublik sich auf das Jahr 1985 beschränken sollte.

Verhütung von Nuklearkriegen: Die Einsetzung eines Ad-hoc-Ausschusses zu diesem Thema scheiterte an einem fundamentalen Auffassungsunterschied zwischen der westlichen Staatengruppe auf der einen und den osteuropäischen Staaten und den blockfreien Ländern auf der anderen Seite. Während erstere es ablehnten, das Problem des nuklearen Krieges isoliert von konventionellen Waffengängen zu untersuchen und im Gewaltverbot der UN-Charta ein unteilbares Ganzes sehen, bestehen die letztgenannten darauf, daß die einzigartige Zerstörungskraft der Kernwaffen eine gesonderte Behandlung geradezu erheische. Der Abschreckungsgedanke und das Ziel der Verhütung von Atomkriegen seien diametrale Gegensätze. Ein gewisses Verständnis für die westliche Haltung fand sich allein in chinesischen Stellungnahmen.

Beendigung des nuklearen Wettrüstens und nukleare Abrüstung: Bei diesem Punkt traten ganz ähnliche Meinungsverschiedenheiten auf wie bei dem zuvor behandelten. Die Einsetzung eines Ad-hoc-Ausschusses kam nicht zustande, weil die westliche Gruppe die oben genannten Bedenken (Unteilbarkeit des Gewaltverbots) wiederholte und die Auffassung vertrat, daß die bilateralen Verhandlungen zwischen Moskau und Washington angesichts der überragenden Größe dieser beiden Arsenale das geeignetere Forum für solche Verhandlungen seien.

Verhinderung eines Wettrüstens im Welt- raum: Erstmals gelang es der Konferenz, zu einem Konsens über das Mandat eines Ad-hoc-Ausschusses zu diesem Sachkomplex zu kommen. Der Ausschuß hat den Auftrag zur Stoffsammlung, kein Verhandlungsmandat. Seine Diskussionen erbrachten eine Bestandsaufnahme, die die erheblichen Meinungsunterschiede in den Bereichen der militärischen Nutzung von Satelliten, der Antisatellitenwaffen und der Strategischen Ver-

teidigungsinitiative deutlich machte. Die SDI wird neuerdings auch unter dem Gesichtspunkt kritisiert, daß durch ein solches System nicht nur gegnerische, offensiv eingesetzte ballistische Raketen bekämpft werden könnten, sondern praktisch jedes Ziel auf der Erdoberfläche. Eine Macht, die über derartige Waffen verfüge, sei — so der indische Delegierte — in der Lage, sich zum Weltpolizisten aufzuschwingen. Der US-Delegierte bekannte sich ausdrücklich zu den bestehenden bi- und multilateralen Rüstungskontrollvereinbarungen und trat den von seiten des Ostblocks und der Gruppe der 21 erhobenen Vorwürfen, SDI werde den Rüstungswettlauf beschleunigen und destabilisierende Effekte zeitigen, entgegen. Es handele sich um ein reines Forschungsprogramm. Außerhalb der westlichen Staatengruppe verhalte diese Argumentation weitgehend. Der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland regte an, zunächst die bestehenden Vertragswerke genau zu untersuchen und sich über deren Auslegung zu verständigen.

Chemische Waffen: Die im Schatten des Einsatzes chemischer Waffen im Golfkrieg stehenden Arbeiten des Ad-hoc-Ausschusses haben weiter an Substanz gewonnen. Es liegt ein Textentwurf vor, der die Struktur einer möglichen Konvention schon erkennbar werden läßt. So ist neben einem Anwendungsverbot für C-Waffen eine echte Abrüstung geplant, die sowohl die Waffenbestände als auch die Produktionseinrichtungen betreffen soll. Die Vertragsstaaten werden ihre Vorräte an C-Waffen und die Produktionsstätten dafür anzugeben haben und Pläne zu deren Vernichtung, gegebenenfalls auch zur Umwandlung in nicht verbotene Materialien beziehungsweise Anlagen, innerhalb von zehn Jahren nach Inkrafttreten der Konvention aufstellen müssen. Die Verifikation soll einem Beratenden Ausschuß obliegen, dem für diesen Zweck sowohl technische Mittel als auch die Möglichkeit von Ortsbesichtigungen zur Verfügung stehen sollen. Weitere Bereiche des künftigen Übereinkommens sind allerdings noch gar nicht formuliert, in anderen ist noch kein endgültiger Konsens erreicht (oder es stehen sich mehrere Textentwürfe alternativ gegenüber). Der sowjetische Delegierte meldete Vorbehalte gegen zu weit gehende Überprüfungsmechanismen an. Eine allgemeine Kontrolle könne im Zusammenhang allgemeiner und vollständiger Abrüstung eingeführt werden, nicht aber durch eine einzige Art von Massenvernichtungswaffen betreffende Konvention. Unabhängig von solchen politischen Hindernissen ist das Verifikationsproblem auch unter technischen Gesichtspunkten überaus schwer zu lösen, da gewisse für binäre Kampfstoffe verwendete Chemikalien auch zivil genutzt werden.

In der Plenardebatte über die C-Waffen-Konvention wurde auch der SED-SPD-Vorschlag für eine chemiewaffenfreie Zone in Mitteleuropa angesprochen. Der Delegierte der Bundesregierung bezweifelte die Nützlichkeit dieser Initiative angesichts des riesigen C-Waffen-Arsenals der UdSSR (das dabei lediglich etwas zurückverlagert werden müßte) und der dort in bedeutendem Umfang betriebenen Produktion. Gerade in dieser Hinsicht sah sich die Sowjetunion einer Reihe sehr kritischer Fragen ausgesetzt, die sie auch mit dem Hinweis auf die erstmals seit 16 Jahren wieder erfolgte Bereitstellung von Bud-

getmittelt für die C-Waffen-Produktion durch den US-Kongreß nicht überzeugend zu beantworten vermochte.

Radiologische Waffen: Der Ad-hoc-Ausschuß fuhr mit seinen Arbeiten fort, wobei der Ansatz, Strahlungswaffen und das Angriffsverbot auf Nuklearanlagen parallel zu behandeln, beibehalten wurde. Einem Vorschlag zufolge sollen nur solche Anlagen geschützt werden können, die unter der Kontrolle der IAEA stehen. Der Ausschußvorsitzende formulierte einige Textentwürfe, die aber als äußerst vorläufig anzusehen sind. Substantielle Fortschritte sind nicht zu verzeichnen.

Diese Feststellung gilt auch für die Tagesordnungspunkte *Sicherheitsgarantien für Nichtkernwaffenstaaten, Umfassendes Abrüstungsprogramm* und *Neue Typen von Massenvernichtungswaffen*. Wiederum nicht behandelt wurde 1985 der Punkt *Kernwaffenfreie Zonen*. Horst Risse □

Wirtschaft und Entwicklung

UNCTAD: Überprüfung des SNPA — Verlauf des Programms für die ärmsten Länder bisher enttäuschend — Neues Verfahren für Ländertreffen (2)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 2/1983 S.63 fort.)

I. Eine ernüchternde Halbzeitbilanz des als *Neues substantielles Aktionsprogramm (SNPA) für die achtziger Jahre zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder (LLDCs)* bekannten Zehnjahres-Vorhabens hat die im Rahmen der UNCTAD tätige Zwischenstaatliche Gruppe für die am wenigsten entwickelten Länder auf ihrer sechsten Tagung (30.9.–11.10.1985 in Genf) gezogen. Von den 36 LLDCs befinden sich 26 in Afrika, neun in Asien und eines in der Karibik (Haiti).

Die Fakten zum bisherigen Verlauf, mit denen die Konferenzteilnehmer konfrontiert wurden, waren alles andere als erfreulich (siehe speziell UN-Doc.TD/B/AC.17/25 mit Add.1–5). Die LLDCs haben die Folgen der sich seit 1979 verschlechternden Weltwirtschaftslage in vollem Umfang zu spüren bekommen. Die Nachfrage nach ihren (Rohstoff-)Exporten und deren Preisniveau gingen erheblich zurück, dagegen steigerte die Inflation ihre Importkosten. Da die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) stagnierte, mußte auf teure Bankkredite und auf die Mittel des IMF zurückgegriffen werden. In der Folge nahm die Verschuldung der ärmsten Länder zu: 35 Mrd US-Dollar waren es Ende 1983; der Schuldendienst verschlang in jenem Jahr 19 vH der Exporteinnahmen. Zwar betrug die Wachstumsrate der betreffenden Länder in den Jahren 1982 und 1983 2 vH, wegen der Bevölkerungszunahme von 2,6 vH nahm das Pro-Kopf-Einkommen in Wirklichkeit ab: von 214 Dollar (1980) auf 203 (1983). Beigeordneter Generalsekretär Jan Pronk stellte in diesem Zusammenhang zu Recht fest, daß — um weitere Finanzhilfe bekommen und eine Umschuldung erreichen zu können — die LLDCs Härtemaßnahmen mit erheblichen Auswirkungen auf die ohnehin schon dürftigen Lebensbedingungen der Bevölkerung

und auf ihre Möglichkeiten zur Erreichung einer anhaltenden Wirtschaftsentwicklung hinzunehmen hatten. Damit hatten die schwächsten Glieder der internationalen Gemeinschaft die Last der Anpassungsmaßnahmen voll auf sich zu nehmen.

Ein Schlüsselfaktor für die LLDCs ist Volumen und Zunahme der ODA. Wie erinnerlich, war man auf der Pariser Konferenz 1981 übereingekommen, daß eine Zunahme der an die LLDCs zu leistenden Hilfe auf 0,15 vH des Brutto sozialprodukts der Geberländer bis 1985 erstrebenswert sei. Trotzdem stagnierte der Jahresdurchschnitt bei 0,08 vH. Zwar befanden sich 1984 sechs OECD-Mitgliedstaaten auf dem erwünschten Pegelstand, doch waren große Geberstaaten wie die USA und Japan nicht darunter. Die Bundesrepublik Deutschland leistete 1984 0,12 vH (etwa 2 Mrd DM), fast ein Viertel ihrer Entwicklungshilfe, zugunsten der LLDCs; dazu kamen vergleichsweise beträchtliche Leistungen privater Organisationen.

II. Die Ursachen der mißlichen Lage der ärmsten Länder wurden oben knapp skizziert. Es gibt aber noch weitere Faktoren, etwa politische Instabilität und ausländische Einmischung in einer Anzahl LLDCs. Noch schlimmer waren die Folgen von Naturkatastrophen verschiedenster Art: Erdbeben, Wirbelstürme, Überschwemmungen, Erdrutsche. Übertrifften wurden alle diese Kalamitäten bei weitem durch die in zahllosen Ländern Afrikas auftretende langwierige Dürre und dadurch verursachte Hungersnöte. Nicht weniger als 13 der 20 vom 1985 in Gang gesetzten Notprogramm der Vereinten Nationen für Afrika unterstützten Staaten gehören zur Kategorie der am wenigsten entwickelten Länder. Im Ernährungsbereich rächte sich auf fatale Weise die bisherige Vernachlässigung der Landwirtschaft gegenüber anderen Entwicklungsvorhaben.

Die bedrängte Lage so vieler LLDCs war der Außenwelt und vor allem in den Geberländern keineswegs unbekannt geblieben. Waren doch im SNPA periodische Treffen zwischen Gebern und Empfängern vorgesehen, die mit Hilfe der Weltbank und insbesondere des UNDP vorbereitet wurden. Leider entsprachen diese »country review meetings« nicht den in sie gesetzten Erwartungen. Die LLDCs waren wegen der ausbleibenden ODA-Erhöhung enttäuscht, die Instanzen der Industrieländer wegen der kaum gebotenen Gelegenheit, durch einen tiefeschürfenden Dialog bessere Anleitung zu Zielrichtung und Modalitäten ihrer Leistungen zu erhalten. Daß es sich auch für die Entwicklungsländer hierbei nicht um eine leichte Aufgabe handelt, geht aus der Vielfalt der Hilfsprogramme hervor; so hat Bangladesch es mit deren fünfzig zu tun.

Trotz alledem war die Genfer Tagung von der Entschlossenheit beherrscht, unter Abschiednahme von Illusionen mit dem SNPA weiterzumachen. Daß eine Zielsetzung wie die Verdoppelung des Pro-Kopf-Einkommens bis 1990 unrealistisch ist, leuchtet ein. Jetzt wird von Wachstumszielen von im Schnitt jährlich 4 vH des Brutto sozialprodukts in der Periode 1985–1990 und von 7,2 vH bis Mitte der neunziger Jahre gesprochen. Erst wenn die letztgenannte Ziffer erreicht ist, kommt eine Verdoppelung des Pro-Kopf-Einkommens in Sicht. Voraussetzung dafür ist in erster Linie die Realisierung des 0,15-Prozent-Ziels für die ODA, wobei

die (vier Fünftel der Gesamtleistungen beitragenden) OECD-Staaten eine ganz entscheidende Rolle zu spielen haben.

III. Die ärmsten Länder selbst werden ihre Anstrengungen intensivieren müssen. Für die Förderung ihrer Exporte wichtig war die Mitteilung des EG-Vertreters zur Tagung, daß Brüssel beschlossen hat, für die nicht mit der EG mittels der Lomé-Konvention verbundenen LLDCs ein ähnliches Verfahren für die Stabilisierung der Exporterlöse, wie das »STABEX« es schon den 27 assoziierten LLDCs gewährt, ins Leben zu rufen. In der Schuldenfrage kündigten die Niederlande und Dänemark die Annullierung der ihnen zustehenden Rückzahlungen von LLDCs an. Seitens der Weltbank wurde auf die Arbeitsaufnahme ihres — allerdings nicht speziell für die LLDCs konzipierten — Sonderfonds für Afrika (1,5 Mrd Dollar in drei Jahren) hingewiesen. Das UNDP meldete, daß 41,5 vH der für seinen vierten Programmzyklus (1987–1991) zur Verfügung stehenden Ressourcen der LLDC-Gruppe zugute kommen sollen.

Von hoffentlich wesentlicher Bedeutung für die Straffung der Zusammenarbeit der Geber und Empfänger ist die Neuorganisation der Ländertreffen, wie diese vom Verwaltungsrat des UNDP im Juni 1985 in New York schon gutgeheißen wurde. Kurz zusammengefaßt, wird alle zwei bis fünf Jahre eine Runder Tisch-Konferenz außerhalb des betreffenden Landes mit den wichtigsten Geber-Instanzen stattfinden, wobei auf der Grundlage von vorher durchgeführten makroökonomischen und sektoralen Analysen die Gesamtlage eingehend diskutiert werden soll. Anschließend wird eine Konferenz aller (auch der nicht-staatlichen) Partner im Lande selbst einberufen, wobei im Rahmen der bei der Runder Tisch-Konferenz verabschiedeten Generalplanung die Bedürfnisse der einzelnen Sektoren festgestellt und die konkrete Zusammenarbeit beschlossen werden. Bei dieser einen Tagung auf der Ebene der Praxis bleibt es nicht; sie soll von kontinuierlichen Beratungen gefolgt werden, so daß ein dichtes Netzwerk von Arbeitsbeziehungen entstehen kann. Über Sonderfonds wird das UNDP zur Finanzierung der Kosten beitragen. Eine maßgebliche Rolle in diesem Prozeß ist dem UNDP-Ländervertreter vor Ort zugedacht. Von diesem neuen Schema ist sicherlich eine effizientere Verwendung der vorhandenen Ressourcen zu erwarten. Auch bei der Grundlagenarbeit ist Besserung in Sicht. Erst 1984 war von der UNCTAD eine erste Serie von Berichten über Lage und Bedürfnisse der einzelnen LLDCs veröffentlicht worden; ab jetzt werden sie, eine unersetzliche Informationsquelle, jedes Jahr erscheinen.

IV. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat sich am 17. Dezember 1985 einvernehmlich die sehr ausführlichen Schlußfolgerungen und Empfehlungen der Zwischenstaatlichen Gruppe zu eigen gemacht und sie ihrer Resolution 40/205 als Anhang beigegeben. In der Entschließung werden die LLDCs an ihre Hauptverantwortung für die eigene Entwicklung erinnert (Ziff.5) und bei den Geberländern die Erfüllung des 0,15-Prozent-Ziels beziehungsweise die Verdoppelung ihrer an die LLDCs gehenden ODA-Beträge angemahnt (Ziff.6). Für 1990 ist ein hochrangiges Treffen zur Gesamtbewertung des SNPA geplant (Ziff.12).

Victor Beermann □

Sozialfragen und Menschenrechte

Menschenrechts-Unterkommission: Südafrika im Vordergrund — Begriff der »Minderheit« umstritten — Menschenrechte von Kindern (3)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 1/1985 S.26f. fort.)

I. Erneut zeigte sich, daß sich die *Unterkommission zur Verhütung von Diskriminierung und für Minderheitenschutz* mit der ständigen Erweiterung ihres Tätigkeitsfeldes zuviel vorgenommen hat, denn einige der auf der Tagesordnung ihrer 38. Session (5.–30. 8.1985 in Genf) stehenden Themen mußten aus Zeitmangel vertagt werden. Hinzu kommt die Tendenz, einzelne Probleme, vor allem die Lage in Südafrika, mit ganz besonderer Ausführlichkeit zu behandeln. Die Beschäftigung mit Menschenrechtsverletzungen in zahlreichen anderen Staaten, die immerhin in eine Reihe von Resolutionen mündete, mutet demgegenüber eher cursorisch an. Ein Mitglied der Unterkommission bemängelte denn auch, wie wenig Zeit den nichtstaatlichen Organisationen zur Verfügung stand, um auf Mißstände aufmerksam zu machen.

In einer der Resolutionen, die eine besorgniserregende Lage der Menschenrechte zum Gegenstand hatten, wurde die albanische Regierung aufgefordert, die Religions- und Glaubensfreiheit durch entsprechende Regelungen in Verfassung und Gesetzen zu gewährleisten. Hinsichtlich der Situation in Afghanistan wurde angeregt, der Sonderberichterstatter solle künftig besonderes Augenmerk auf die Auswirkungen des Konflikts auf das Schicksal von Frauen und Kindern richten.

Im Brennpunkt des Interesses stand wie so oft Südafrika. Überwiegend wurde bei der Beurteilung der jüngsten Ereignisse eine Umbruchstimmung nicht nur im Land selbst, sondern auch im Lager der bisher mit Südafrika kooperierenden Staaten festgestellt, was in besonderem Maß für Frankreich gelte. Die Experten waren mehrheitlich der Ansicht, daß die Konzeption des »konstruktiven Engagements« nicht trage und nun endgültig eine härtere Gangart — die Verhängung umfassender Wirtschaftssanktionen — vonnöten sei. Aufgrund einer Konsensentscheidung der Unterkommission forderte der Vorsitzende der Menschenrechtskommission die südafrikanische Regierung — erwartungsgemäß vergebens — dazu auf, die Führer der Befreiungsbewegungen, vor allem Nelson Mandela und Zephania Motupeng, freizulassen und ihnen zu gestatten, in Genf an der laufenden Tagung teilzunehmen.

Wenn sich auch die Lage in Südafrika erneut zugespitzt hat, erscheint es doch von zweifelhaftem Nutzen, daß beschlossen wurde, künftig zu Beginn jeder Tagung eine Schweigeminute speziell für die »Opfer des bösartigen und unmenschlichen Apartheidsystems in Südafrika« einzulegen. Auch haben die unzähligen Opfer von Diskriminierung und sonstigen Menschenrechtsverletzungen in aller Welt eine solche Beschränkung nicht verdient, die ohnehin nicht dem Verständnis der Unterkommission von ihrer weitgefaßten Zuständigkeit entspricht.

In einem erneuten Vorstoß regte sie eine Umbenennung an, die ihre Arbeit klarer beschreiben soll. Nunmehr möchte sie als »Un-

terkommission der Menschenrechts-Experten« firmieren.

II. Heftig diskutiert wurde die von dem kanadischen Experten Jules Deschênes in ihrer Endfassung vorgelegte Definition des Begriffs »Minderheit«. Wiederum wurde dieser Definitionsversuch — nicht zuletzt wegen der schon vorhandenen Definitionen — für überflüssig erklärt. Besonders häufig wurden die Begriffsmerkmale »Gefühl der Solidarität« und »gemeinsamer Wille zum Überleben« und die Beschränkung auf Staatsangehörige sowie numerische Minderheiten sowie die Ausklammerung der »Eingeborenen« bevölkerungen gerügt. Immerhin wurde die Studie einschließlich der Definition zusammen mit der Wiedergabe der Diskussion an die Menschenrechtskommission weitergeleitet.

III. In der Beratung des Schlußberichts über die Verhütung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermordes, den Benjamin Whitaker (Großbritannien) vorlegte, kam es erneut zu Kontroversen, insbesondere bezüglich der Behandlung des Völkermordes an den Armeniern im Osmanischen Reich. Whitaker betonte, daß es ihm darum gegangen sei, dieses Kapitel durch eine wahrheitsgemäße Schilderung aus verlässlichen Quellen zu schließen.

IV. Bestandteil einer Resolution über die Menschenrechte von Häftlingen war der Entwurf einer Erklärung gegen die uneingestandene Verhaftung von Personen, in der die Regierungen aufgefordert werden, Identität, Aufenthaltsort und Lebensbedingungen der Personen, die in ihrem Verantwortungsbereich inhaftiert worden sind, sowie den Haftgrund bekanntzugeben, aber auch, sich darum zu bemühen, verschwundene Personen ausfindig zu machen. Außerdem sollen entsprechende Gesetze, soweit noch nicht vorhanden, so bald wie möglich erlassen werden.

V. Die Unterkommission will sich künftig verstärkt dem Schutz der Frauen und besonders der Kinder widmen; letztere haben weder eine Lobby noch sind sie in der Lage, sich an die zuständigen Gremien zu wenden. In diesem Zusammenhang sollen unter anderem das Drogenproblem und die Problematik der gemeinsamen Inhaftierung von Erwachsenen und Kindern beziehungsweise Jugendlichen unter 18 Jahren erörtert werden.

Die sexuelle Ausbeutung von Kindern ist bereits Gegenstand der Überlegungen zu Sklaverei und sklavereiähnlichen Praktiken. Die Regierungen sollen aufgefordert werden, in diesem Bereich schützend tätig zu werden, indem sie zum Beispiel Reiseveranstalter und Hotelbetreiber daran hindern sollen, derartige Praktiken zu fördern. In der Diskussion über das Thema Kinderarbeit rügte der Beobachter der Bundesrepublik Deutschland die nichtstaatliche Anti-Sklaverei-Gesellschaft in London, die zu Unrecht in einem Dokument die Behauptung aufgestellt habe, daß es in der Bundesrepublik 60 000 Fälle von (unzulässiger) Kinderarbeit gebe.

Birgit Laitenberger □

Entkolonisierung und Treuhandfragen

West Sahara: UNO wiederholt Referendums-Forderung — Marokko will künftige UN-Debatten boykottieren — Erfolge marokkanischer Erdwall-Strategie (4)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 2/1985 S.71f. fort.)

Auch 1985 blieben die Bemühungen der UNO und der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) um eine politische Lösung der Westsahara-Frage ohne Erfolg. Marokko weigerte sich weiterhin, der Aufforderung zu direkten Verhandlungen mit der »Frente Populaire para la Liberación de Saguia el-Hamara y de Río de Oro« (POLISARIO) Folge zu leisten. Der Dialog zwischen der marokkanischen und der algerischen Führung blieb seit dem ergebnislosen Treffen zwischen dem marokkanischen König Hassan II. und dem algerischen Staatspräsidenten Chadli Benjedid vom 26. Februar 1983 weiterhin unterbrochen.

I. In der von der 40. UN-Generalversammlung am 2. Dezember 1985 gefaßten Resolution 40/50 wird die Erklärung der Vorjahre vom »unveräußerlichen Recht des Volkes der Westsahara auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit« wiederholt und das Ersuchen an die Konfliktparteien, Marokko und POLISARIO-Front, um direkte Verhandlungen als Voraussetzung für Abschluß eines Waffenstillstands und Durchführung eines Referendums erneuert. Die Resolution wurde mit 96 gegen 7 Stimmen bei 39 Enthaltungen angenommen. In der vorangegangenen Debatte hatte der marokkanische Außenminister Abdellatif Filali am 11. November erklärt, daß Marokko künftige UN-Debatten zur Westsahara-Frage boykottieren werde und sich an keine UN-Resolution mehr gebunden fühle, »die in unserer Abwesenheit verabschiedet werden sollte«. Marokko stehe jedoch dem UN-Generalsekretär für Gespräche über Lösungsvorschläge zum Westsahara-Konflikt auch weiterhin zur Verfügung.

Eine am 23. Oktober durch den marokkanischen Ministerpräsidenten Karim Lamrani vor der UN-Generalversammlung erklärte Bereitschaft zur Durchführung eines Referendums und einer Waffenruhe war ohne Echo geblieben, weil dieser Vorschlag die auch von der OAU und der UNO vertretene Forderung der POLISARIO-Front mißachtete, ein Referendum »ohne jegliche administrative oder militärische Beschränkungen« durchzuführen (Resolution 40/50, Ziffer 3).

Eine Entschließung der 8. Ministerkonferenz der Blockfreien in Luanda (5.–7. September) deckte sich inhaltlich mit den von OAU und UNO gefaßten Beschlüssen zur Konfliktregelung.

II. Den festgefahrenen politischen Lösungsversuchen entspricht eine weitgehende Stagnation im militärischen Aktionsfeld. Marokko gelang es, seine Erdwall-Strategie weiter auszubauen: Ein Verteidigungsgürtel von 2 500 Kilometer Länge zieht sich jetzt von Ouarkiz-Gebirge, nordwestlich Tindouf, bis südlich Dakhla am Atlantik und deckt damit fast zwei Drittel des umstrittenen Territoriums ab. Hiergegen führen die etwa 5 000 Kämpfer der POLISARIO-Front, verstärkt durch ein Schützenpanzer-Bataillon, eine SAM-6-Batterie sowie eine Panzer- und eine Artillerieeinheit, durch gelegentliche punktuelle Vorstöße einen Abnutzungskrieg. Davon sind keine militärischen Entscheidungen zu erwarten, zumal die Radar-Aufklärung an den marokkanischen Erdwällen dem Angreifer das Überraschungsmoment verwehrt.

Mit dem Verschieben von Teilstücken dieser

Wälle bis an die mauretanische Grenze können jetzt POLISARIO-Einheiten aus ihren Basen im algerischen Grenzraum nicht mehr nach Süden hin operieren, ohne mauretanische Hoheitsrechte zu verletzen. Mit dem Regimewechsel in Mauretanien im Dezember 1984 war eine weniger POLISARIO-freundliche, mehr auf Neutralität bedachte Regierung an die Macht gekommen. Mauretanien hat aber angesichts der Weite des Wüstenraumes nicht genügend eigene Mittel, um seine Grenzen unter Kontrolle zu halten. Beide kriegführenden Seiten richten sich auf lange Fristen ein. Marokko kann, durch militärische Ausrüstungs- und durch Wirtschaftshilfe von den USA und Frankreich gestützt, diesen Abnutzungskrieg ohne allzu fühlbare Verluste — wenn auch unter hohen Kosten — aussitzen. Der sechste Kongreß der POLISARIO-Front (7.–10. Dezember) wiederholte das Festhalten am Maximalziel der Befreiung der Westsahara (»Das ganze Heimatland oder das Martyrium!«). Algeriens Staatspräsident bekundete in seiner Jahresansprache vor der Nationalversammlung in Algier am 3. Dezember die »volle Solidarität mit der gerechten Sache der Sahara-Bevölkerung«.

III. Im regionalen und überregionalen Bereich blieben die Auswirkungen des Konflikts weiterhin in Grenzen. Die Regierung der Arabischen Demokratischen Republik Sahara (ADRS) wurde von 63 Staaten, darunter seit September 1985 auch Indien, anerkannt. Ein Zwischenfall vor der Atlantikküste der Sahara, bei dem am 20. September ein spanisches Fischerboot durch die POLISARIO-Front gekapert und ein spanisches Patrouillenboot beschossen worden war, führte am 1. Oktober zur Ausweisung aller POLISARIO-Vertreter aus Spanien.

Libyen hatte seine vor allem finanzielle Hilfe für die POLISARIO-Front seit dem Abschluß des Föderationsabkommens mit Marokko (Vertrag von Oujda, 13. August 1984) eingestellt; in Tripolis verblieb jedoch weiterhin eine offizielle POLISARIO-Vertretung. Gerüchte, Libyen könne seine POLISARIO-Zuwendungen womöglich wieder aufnehmen, erhielten Nahrung, als Ghaddafi während eines Treffens mit dem algerischen Staatschef am 28. Januar 1986 im südlichen algerischen Grenzraum zu Libyen die algerische Position in der Westsahara-Frage weitgehend unterstützte. Ghaddafi vermied allerdings durch Verzicht auf ein offizielles Kommuniqué jede schriftliche Festlegung, die sein Verhältnis zu Marokko belastet hätte. Gemeinsamer algerisch-libyscher Nenner in dieser Frage ist die Überzeugung, daß der ungelöste Westsahara-Konflikt das Kernproblem bleibt, welches den Weg zur »Einheit des Großen Maghreb« blockiert. *Joachim Tzschaschel* □

Osttimor: Gespräche zwischen Portugal und Indonesien — Nichtbehandlung in der Generalversammlung (5)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 2/1985 S.72f. fort).

Bestätigt hat sich im letzten Jahr die Einschätzung, daß die Osttimor-Frage von der Staatengemeinschaft eigentlich nur noch unter ihrem humanitären Aspekt gesehen wird. Dabei geht es vornehmlich um die mehr

praktische Abwicklung einiger Folgelasten der gewaltsamen Annexion von 1976.

Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar teilte im Bericht über seine Aktivitäten in der Osttimor-Frage an die 40. Generalversammlung (UN-Doc.A/40/622 v.11.9.1985) mit, daß er seine Kontakte mit der portugiesischen und der indonesischen Regierung fortgesetzt habe. Außer seinen Gesprächen mit Vertretern der beiden Regierungen sowie deren UN-Botschaftern habe es auch Gespräche eines Untergeneralsekretärs gegeben. Die von ihm eingeleiteten direkten Kontakte zwischen den beiden Regierungen vom Juli 1983 hätten im November 1984 zu einer ersten Gesprächsrunde in New York geführt, der fünf weitere Runden folgten. Im Mittelpunkt dieser Gespräche standen die Frage der Rückführung ehemaliger portugiesischer Staatsangestellter, die Repatriierung einiger Osttimorer, die derzeit in Portugal leben, die Freiheit der Religionsausübung, Schutz und Erhaltung des kulturellen Erbes der Bevölkerung von Osttimor sowie die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen auf der Insel. Ferner sei eine Reihe von humanitären Fragen erörtert worden, einschließlich der Frage der Menschenrechte.

Die Verbesserung der humanitären Lage der Bevölkerung Osttimors bleibt weiterhin eines der Hauptanliegen des Generalsekretärs. Im Hinblick darauf habe er mit der indonesischen Regierung die Frage erörtert, wie die Aktivitäten der internationalen Hilfsorganisationen, die in Osttimor tätig sind, erleichtert werden können. Er habe die Notwendigkeit unterstrichen, daß die Möglichkeiten zum Besuch Osttimors verbessert werden müßten. Gewisse Fortschritte in dieser Richtung seien zu verzeichnen. Ein Projekt des UNICEF für Mütter und Kinder wurde fortgesetzt. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz setzte 1984 mehrere Programme fort (Familienzusammenführung und Repatriierung), die 1985 jedoch weniger zügig durchgeführt wurden. Ein neues Programm für Besuche in Internierungslagern wurde 1985 eingeführt, das an die Stelle eines früheren Programms trat. In Zusammenarbeit mit dem Indonesischen Roten Kreuz wurde auf der Insel Ataúro ein Hilfeprogramm zugunsten Geflüchteter weitergeführt. Die indonesische Regierung habe die Wiederansiedelung dieses Personenkreises auf die Hauptinsel fortgesetzt. 3 222 der mehr als 4 000 Geflüchteten seien bereits wiederangesiedelt worden. Die indonesische Regierung habe zugesichert, die Versorgung einer Anzahl von Wiederangesiedelten mit ärztlicher Hilfe und Nahrungsmitteln zu verbessern. Im Juni 1985 wurde vom IKRK auf der Hauptinsel eine Erhebung hinsichtlich der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten durchgeführt. Die Lage wurde als »im Ganzen gesehen zufriedenstellend« bezeichnet. Die indonesische Regierung sei jedoch darauf hingewiesen worden, daß Engpässe auftreten könnten. Er gehe davon aus, daß sie diesbezüglich weiterhin mit dem IKRK zusammenarbeiten werde.

Die portugiesische und die indonesische Regierung haben gegenüber dem Generalsekretär ihre Bereitschaft zur Fortsetzung des gegenwärtigen Verhandlungsprozesses unterstrichen. Zwar erklärte dieser zum Schluß seines Berichts, daß er die humanitäre Lage in Osttimor weiterhin verfolgen werde, um eine stetige Verbesserung zu erreichen. Er

äußerte jedoch auch die Hoffnung, daß es in der nächsten Phase der Gespräche gelingen werde, die politischen und anderen Aspekte des Problems zu erörtern, damit das Fundament für »eine gerechte, umfassende und international akzeptable Lösung der Osttimor-Frage« gelegt werden könne.

Wie bereits in den Jahren zuvor gelang es Indonesien auch diesmal, eine Behandlung der Osttimor-Frage in der Generalversammlung zu verhindern — der Tagesordnungspunkt wurde vom Präsidialausschuß auf die 41. Generalversammlung verschoben.

Isolde Kurz □

Verwaltung und Haushalt

40. Generalversammlung: Haushalt 1986/87 festgesetzt — Unsichtbare Gegenwart der Senatorin Kassebaum — Bonner Beitrag (6)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 1/1984 S.34f. fort.)

I. Am 18. Dezember 1985 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen den regulären Haushalt der Organisation für die beiden Jahre 1986 und 1987 in Höhe von 1,663 Mrd US-Dollar beschlossen. Gegenüber dem (berichtigten) Budget 1984/85 von 1,609 Mrd steigt der neue Haushalt also um 54 Mill Dollar oder rd. 3,4 vH; 0,1 vH entfällt auf reales Wachstum im Bereich der Programme. Dieser geringe Programmanstieg kommt der von den westlichen Hauptbeitragszahlern generell im System der Vereinten Nationen erhobenen Forderung nach realem Nullwachstum sehr nahe. Er liegt höher als der entsprechende Wert bei der WHO (0 vH), stimmt mit dem bei der UNESCO überein und ist geringer als der für die FAO (+1,2 vH) und für die ILO (+2,3 vH).

Die Budgetresolution 40/253 wurde mit 127 gegen 10 Stimmen bei 11 Enthaltungen gefaßt. Mit Ausnahme der USA hat sich die Mehrzahl der westlichen Hauptbeitragszahler wie vor zwei Jahren wieder der Stimme enthalten: Belgien, Deutschland (Bundesrepublik), Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Niederlande, Spanien; die EG-Staaten stimmten fast einheitlich. Die Nein-Stimmen kamen von den Ländern des Ostblocks (ohne Rumänien, das Stimmenthaltung übte) sowie von den USA und Israel. Die Amerikaner hatten bereits im Vorfeld bei den Beratungen der einzelnen Programmbereiche im 5. Hauptausschuß durchweg dagegen gestimmt, ihre Ablehnung des Gesamthaushalts kam daher nicht überraschend.

Das Abstimmungsergebnis bedeutet, daß ausdrücklich für das Budget 1986/87 nur Länder gestimmt haben, die zusammen gerade ein Fünftel des Beitragsaufkommens abdecken. Generalsekretär Pérez de Cuéllar hat denn auch seine tiefe Besorgnis über die wachsende Uneinigkeit der Mitgliedschaft in finanziellen Angelegenheiten und über den sich hieraus für den neuen Haushalt ergebenden geringen Rückhalt ausgedrückt. Er hat unterstrichen, daß diese Uneinigkeit, die den Bestand der Vereinten Nationen gefährde, nicht durch größere Sparsamkeit des Generalsekretärs oder durch effizienteres Management behoben werden könne. Die Mitgliedstaaten müßten sich vielmehr auf die Ziele der Charta der Vereinten Nationen besinnen und handeln.

Das Programmbudget 1986/87 setzt durch im Vergleich zum realen Gesamtwachstum von 0,1vH überproportionale Steigerungen in den Bereichen Abrüstungsfragen (+1,9vH), regionale Wirtschaftskommissionen (ESCAP: +1,9vH, ECLAC: +1,4vH, ECA: +1,6vH, ESCWA: +1,0vH), Habitat (+1,9vH), UNEP (+1,3vH) und UNHCR (+1,7vH) Prioritäten und Akzente. Infolge der ab 1986 wirksamen Verselbständigung der Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO) ist dieser Bereich nicht mehr im Budget der Vereinten Nationen enthalten. Für 1986 werden die UN-Mitgliedstaaten jedoch durch die Finanzierung eines Übergangskredits für die neue UNIDO in Höhe von 24 Mill Dollar belastet, der ebenso wie der Haushalt selbst nach der Beitragsskala der Vereinten Nationen umgelegt wird.

II. Die Budgetdiskussionen der 40. Generalversammlung waren bestimmt von dem sogenannten Kassebaum-Amendment: Der US-Kongreß hatte auf Betreiben der republikanischen Senatorin Nancy Kassebaum aus dem Bundesstaat Kansas beschlossen, daß die Vereinigten Staaten ab dem US-Fiskaljahr 1987 nur noch 20vH (anstelle der 25vH nach der UN-Beitragsskala) zu den Haushalten der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorgani-

sationen zahlen, wenn in diesen Institutionen bis Ende September 1986 nicht das geltende Abstimmungsprinzip »ein Land, eine Stimme« durch ein nach Beitragsleistung gewichtetes Stimmrecht für alle Entscheidungen mit finanziellen Konsequenzen ersetzt wird. Bei nicht fristgerechter Realisierung der Forderung des US-Kongresses würden, aufgrund der Zahlungsweise der USA, bereits 1986 allein bei den Vereinten Nationen rd. 35 Mill Dollar fehlen.

Die finanziellen Auswirkungen des Kassebaum-Amendments sind für die Vereinten Nationen um so schwerwiegender, als die Kassensituation der Organisation weiterhin äußerst schwierig ist. Auch Ende 1985 standen wieder rd. 242 Mill Dollar an Beiträgen zum regulären Budget aus. Hiervon entfielen allein 193 Mill auf das Jahr 1985, von den 159 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen hatten bis 1985 nur 69 keine Rückstände. Die größten Schuldner sind die USA (85,5 Mill Dollar, davon wurden Anfang Januar 1986 jedoch 38,5 Mill gezahlt), die Sowjetunion einschließlich Bjelorußlands und der Ukraine (48,5 Mill), Südafrika (24,5 Mill), Brasilien (16 Mill), Argentinien (9 Mill), Iran (7,5 Mill) und Polen (7 Mill).

Die augenblickliche finanzielle Notlage wird

von hochrangigen Amtsträgern der Vereinten Nationen als die schwerwiegendste in der Geschichte der Weltorganisation bezeichnet, weil sie sich voll auf das reguläre Budget auswirke, in dem wegen eines Personalkostenanteils von fast 80vH kaum Spielraum für Einsparungen bestehe.

In seiner Stellungnahme zu den Haushaltsbeschlüssen der 40. Generalversammlung hat der Generalsekretär unterstrichen, daß es in Anbetracht der tiefgreifenden Finanzprobleme der Vereinten Nationen nötig werden könnte, die kurz vor Weihnachten vertagte Generalversammlung alsbald erneut einzuberufen.

III. Der Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zum UN-Haushalt beträgt für 1986 rd. 58 Mill Dollar; hierin ist der deutsche Anteil an dem Übergangskredit für die neue Sonderorganisation UNIDO enthalten. Hinzu kommen noch die Leistungen zu den Sonderhaushalten der friedenssichernden Operationen im Libanon (UNIFIL) in Höhe von rd. 11,8 Mill und auf den Golanhöhen (rd. 3 Mill) sowie zum Deutschen Übersetzungsdienst (rd. 0,5 Mill).

Der Gesamtbeitrag für 1986 wird also etwa 73 Mill Dollar ausmachen.

Lothar Koch □

Dokumente der Vereinten Nationen

Suchtstoffe, Zypern, Miscellen

Suchtstoffe

GENERALVERSAMMLUNG — Gegenstand: Erklärung über die Bekämpfung des Drogenhandels und Drogenmißbrauchs. — Resolution 39/142 vom 14. Dezember 1984

Die Generalversammlung,

- unter Hinweis auf ihre Resolutionen 33/168 vom 20. Dezember 1978, 35/195 vom 15. Dezember 1980, 36/132 vom 14. Dezember 1981, 36/168 vom 16. Dezember 1981, 37/168 vom 17. Dezember 1982, 37/198 vom 18. Dezember 1982, 38/93, 38/98 und 38/122 vom 16. Dezember 1983 und andere einschlägige Bestimmungen,
- im Hinblick auf die Besorgnis der internationalen Gemeinschaft über das Problem der illegalen Erzeugung von Suchtstoffen, des unerlaubten Drogenhandels und des Drogenmißbrauchs,
- > verabschiedet die im Anhang zu dieser Resolution enthaltene Erklärung.

Abstimmungsergebnis: Ohne förmliche Abstimmung angenommen.

ANHANG

Erklärung über die Bekämpfung des Drogenhandels und Drogenmißbrauchs

Die Generalversammlung,

- eingedenk dessen, daß die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen darauf gerichtet sind, den Glauben an Würde und Wert der menschlichen Person zu bekräftigen sowie den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit wie auch die internationale Zusammenarbeit zu fördern, um Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen,

- in Anbetracht dessen, daß sich die Mitgliedstaaten in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verpflichtet haben, den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard für alle Völker der Welt zu fördern,
- in Anbetracht dessen, daß die internationale Gemeinschaft ihrer ernststen Besorgnis darüber Ausdruck gegeben hat, daß Drogenhandel und Drogenmißbrauch ein Hindernis für das körperliche und seelische Wohl der Völker und insbesondere der Jugend darstellen,
- in dem Wunsch, der internationalen Gemeinschaft stärker bewußt zu machen, daß die unerlaubte Nachfrage nach Suchtstoffen, der Drogenmißbrauch, die unerlaubte Gewinnung von und der Verkehr mit Suchtstoffen unbedingt verhindert und bestraft werden müssen,
- in Anbetracht dessen, daß die Erklärung von Quito gegen den Suchtstoffverkehr vom 11. August 1984 und die New Yorker Erklärung gegen den Drogenhandel und den unerlaubten Suchtstoffgebrauch vom 1. Oktober 1984 den internationalen Charakter dieses Problems anerkennen und betonen, daß es mit der festen Unterstützung der gesamten internationalen Gemeinschaft gelöst werden sollte,
- in Anbetracht dessen, daß die Suchtstoffkommission, das Internationale Suchtstoffkontrollamt und der Fonds der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs wertvolle Beiträge zur Eindämmung und Beseitigung des Drogenhandels und des Drogenmißbrauchs geleistet haben,
- im Hinblick darauf, daß die bereits bestehenden internationalen Instrumente wie das Einheitsübereinkommen von 1961 über Suchtstoffe und das Protokoll von 1972 zur Änderung des Einheitsübereinkommens von 1961 sowie das Übereinkommen von 1971 über psychotrope Stoffe in ihren jeweiligen Anwendungs-

bereichen einen rechtlichen Rahmen für die Bekämpfung des Drogenhandels und des Drogenmißbrauchs geschaffen haben,

> erklärt:

1. Der Drogenhandel und der Drogenmißbrauch sind äußerst ernste Probleme, die aufgrund ihrer Schwere, ihres Ausmaßes und ihrer weitreichenden schädlichen Folgen inzwischen zu internationalen kriminellen Betätigungen geworden sind, an die mit größter Dringlichkeit und höchster Priorität herangegangen werden muß.
2. Die illegale Gewinnung von und unerlaubte Nachfrage nach Suchtstoffen, der Drogenmißbrauch und der unerlaubte Suchtstoffverkehr behindern den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, stellen eine schwere Bedrohung der Sicherheit und Entwicklung zahlreicher Länder und Völker dar und sollten auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene mit allen moralischen, rechtlichen und institutionellen Mitteln bekämpft werden.
3. Die endgültige Beseitigung des Drogenhandels liegt in der gemeinsamen Verantwortung aller, insbesondere jedoch der Staaten, die von Problemen im Zusammenhang mit der unerlaubten Gewinnung von, dem unerlaubten Handel mit bzw. dem unerlaubten Gebrauch von Suchtstoffen betroffen sind.
4. Es obliegt den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, die rechtlichen Mittel gegen die unerlaubte Gewinnung von Suchtstoffen, die unerlaubte Nachfrage nach diesen, den Drogenmißbrauch und den unerlaubten Suchtstoffverkehr zu nutzen und die erforderlichen zusätzlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der neuen Formen dieses gemeinen und verabscheuungswürdigen Verbrechens zu verabschieden.
5. Die Staaten verpflichten sich, ihre Bemühungen zu verstärken und ihre Strategien zu koordinieren, die darauf gerichtet sind, das komplexe Problem des Drogenhandels

und des Drogenmißbrauchs mit Hilfe von Programmen, die auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Alternativen anbieten, zu bekämpfen und völlig zu beseitigen.

Zypern

SICHERHEITSRAT — Gegenstand: Weitere Stationierung der Friedenstruppe auf Zypern. — Resolution 565(1985) vom 14. Juni 1985

Der Sicherheitsrat,

- angesichts des Berichts des Generalsekretärs vom 31. Mai 1985 (S/17227 mit Add.2) und 12. Juni 1985 (S/17227/Add.1) über die Operationen der Vereinten Nationen auf Zypern,
- ferner angesichts der Empfehlung des Generalsekretärs, der Sicherheitsrat möge die Stationierung der Friedenssicherungstruppe der Vereinten Nationen auf Zypern um weitere sechs Monate verlängern,
- weiterhin angesichts der Zustimmung der Regierung Zyperns zu der Auffas-

sung, daß es angesichts der Verhältnisse auf der Insel notwendig ist, die Truppe auch über den 15. Juni 1985 hinaus auf Zypern zu belassen,

- in Bekräftigung der Bestimmungen von Resolution 186(1964) vom 4. März 1964 und anderer diesbezüglicher Resolutionen,
- 1. verlängert die Stationierung der gemäß Resolution 186(1964) aufgestellten Friedenssicherungstruppe der Vereinten Nationen auf Zypern erneut um einen weiteren, mit dem 15. Dezember 1985 endenden Zeitraum;
- 2. ersucht den Generalsekretär, seinen Auftrag der guten Dienste fortzuführen, den Sicherheitsrat über die erzielten Fortschritte auf dem laufenden zu halten und bis 30. November 1985 einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen;
- 3. fordert alle beteiligten Parteien auf, die Truppe auch weiterhin auf der Grundlage des gegenwärtigen Mandats zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Annahme.

Miszellen

GENERALVERSAMMLUNG — Gegenstand: Die Restaurationsbetriebe am Amtssitz der Vereinten Nationen. — Resolution 39/67 vom 13. Dezember 1984

Die Generalversammlung,

— im Hinblick darauf, daß trotz der Erklärung des Generalsekretärs, das finanzielle Ziel der Restaurationsbetriebe sei »ein kostendeckendes Ergebnis«, in den letzten beiden Doppelhaushalten Defizite aufgetreten sind,

1. bekräftigt, daß die Restaurationsbetriebe sich so weit wie möglich selbst tragen sollten;
2. ersucht den Generalsekretär, Maßnahmen zur Bereinigung der Lage zu ergreifen, durch die die Verluste bei den Restaurationsbetrieben verursacht werden;
3. ersucht den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer vierzigsten Tagung über die Lage zu berichten.

Abstimmungsergebnis: Ohne förmliche Abstimmung angenommen.

Literaturhinweise

Waldheim, Kurt: Im Glaspalast der Weltpolitik

Düsseldorf-Wien: Econ 1985
400 S., 16 S. Abbildungen, 48,- DM

Kurt Waldheim hat den Bericht über seine Jahre als Generalsekretär der Vereinten Nationen jetzt in Buchform vorgelegt. Er geriet ihm zum Eingeständnis, daß der einsame Mann an der Spitze der Weltorganisation wirklich den oft zitierten »unmöglichen Job« hat. Es ist ein lesenswertes Buch, das vieles über die Vereinten Nationen, manches über den Politiker und einiges über den Menschen Waldheim aussagt. Es ist kein Zufall, daß der Kandidat für das Amt des österreichischen Bundespräsidenten nicht chronologisch erzählt. Er beginnt vielmehr mit der Schilderung seines Versuchs, in Teheran etwas für die Befreiung der amerikanischen Geiseln zu unternehmen. Die dramatischen Ereignisse um die Jahreswende 1979/80, die sich bei seinem Aufenthalt im Iran damals abspielten, sind ein Schlüsselerlebnis. Es hat ihn tief bewegt. Er riskierte Leib und Leben und konnte doch nur die Ohnmacht der Vereinten Nationen registrieren. Waldheim ist später wegen der Vorgänge in Teheran kritisiert worden, und so klingt denn der Bericht darüber stellenweise ein wenig defensiv. An den Schluß dieses Kapitels schrieb er sein Credo für das Amt des Generalsekretärs und die Vereinten Nationen als Ganzes: Die Reise nach Teheran »zeigte mir anschaulich die Grenzen und die Frustrationen, die mit dem Amt des Generalsekretärs verbunden sind. Belastet mit der Bürde einer gewaltigen politischen und moralischen Verantwortung, steht der Generalsekretär vor einer einfachen Wahrheit: Er besitzt keinerlei exekutive Gewalt. Sein Einfluß beruht lediglich auf seinem diplomatischen Geschick und seiner Überzeugungskraft, falls es ihm gelingt, diese überhaupt einzusetzen. Alle seine Bemühungen und alle Kapitel der Charta der Vereinten Nationen ebenso wie die Prinzipien des internationa-

len Rechts sind nur von Bedeutung, wenn sie die Regierungen der Mitgliedsstaaten achten.« (S.27)

Störend im Text sind für einen deutschen Leser einige Ausrasterungen wie etwa »Sondersession« statt Sondertagung, »Lenkungs-komitee« statt Lenkungsausschuß und »Vollversammlung« statt Generalversammlung. In einer Neuauflage sollten sie von einem aufmerksamen Lektor ausgemerzt werden. Stutzig wird man auch bei dem Hinweis, daß der »Anschluß« Österreichs 1938 von den Nationalsozialisten als »Wiedervereinigung« bezeichnet worden sei. Für uns hat der Begriff der Wiedervereinigung heute einen anderen Sinn.

An anderer Stelle gewinnt man den Eindruck, als sei ausgerechnet Chruschtschow der Vater des Entkolonisierungsprozesses gewesen. Die gewaltigen Leistungen der früheren Kolonialmächte, etwa Großbritanniens und Frankreichs, bleiben unerwähnt. Chruschtschow findet überhaupt eine etwas zu positive Würdigung.

Anschaulich schildert der Autor den grundlegenden Wandel, dem sich die Vereinten Nationen in den frühen sechziger Jahren ausgesetzt sahen: Die Erweiterung der Mitgliederzahl um viele junge, gerade aus der Kolonialherrschaft entlassene und nun selbständige Staaten. Die Dritte Welt begann, die Geschichte der Weltorganisation mitzubestimmen. Gut beschreibt Waldheim das, was er »die gewaltige Kluft zwischen dem hehren Idealbild und der Wirklichkeit« in den Vereinten Nationen nennt. Gerade in ihren Fehlern und Widersprüchen seien diese letztlich nur ein Spiegel der Realität — wie der Rezensent aus eigener Erfahrung bestätigen kann. Und mit Recht zitiert der einstige UN-Generalsekretär jenen britischen Chefdelegierten Lord Caradon, der einmal feststellte: »Nichts, gar nichts ist falsch an den Vereinten Nationen — nur ihre Mitglieder.«

Waldheim präsentiert seine Erfahrungen (und viele davon sollten von seinen Nachfolgern ernst genommen werden) nicht ohne einen Hauch von Eitelkeit. Als ihm die österreichische UNO-Botschaft angeboten wurde, sagte er zu, »verlockt vom faszinierenden Spiel«, für das er außer größtem Interesse »auch ein gewisses Geschick mitgebracht« habe.

Der Leser fragt sich auch, ob die Zahl der

internationalen Persönlichkeiten, deren Namen auf den 400 Seiten genannt worden sind, nicht etwas kleiner hätte gehalten werden können. So wirkt das Personenregister am Ende des Buches wie eine Art Welt-Gotha, was vermutlich nicht beabsichtigt war.

Interessant ist der Kostenvergleich, mit dem der Verfasser die Mär von der angeblich so ungeheuer teuren Weltorganisation auszuräumen sucht: Das Budget der Vereinten Nationen in New York ist etwa so hoch wie die Ausgaben für die Feuerwehr der gleichen Stadt. Der gesamte Stab des UN-Sekretariats ist zahlenmäßig kleiner als die uniformierte Polizei von New York City.

Plastisch und mit zum Teil bemerkenswertem erzählerischem Talent berichtet Waldheim von Krisen und Problemen, denen sich die Vereinten Nationen während seiner Amtszeit gegenübersehen. Nahost, Afrika, Menschenrechte, Flüchtlingselend, Nord-Süd-Probleme, Zypern und vieles mehr. Der Konflikt zwischen Ost und West, richtiger: zwischen den USA und der Sowjetunion, der von Anbeginn die Arbeit der Organisation lähmte, kommt meiner Ansicht nach zu kurz. Er wäre ein eigenes Kapitel wert gewesen. Wollte Waldheim niemandem wehtun?

Es ist ein ehrliches Buch. Das wird besonders deutlich da, wo er seine eigene Rolle beschreibt. Von seiner ersten Wahl 1971 (dem Kapitel gibt er die Überschrift »Der große Tag«) bis hin zur Niederlage bei der dritten Kandidatur zehn Jahre später. Sie hat ihm zu schaffen gemacht, war sie doch — auch — das Ergebnis von Fehleinschätzungen.

Der Leser erfährt Details über einige Phasen der UN-Diplomatie, die für den Zeitgeschichtler von Nutzen sein dürften. Sensationelle Enthüllungen werden nicht offeriert und waren auch nicht zu erwarten. Mit den Vereinten Nationen und ihren Mitgliedstaaten geht der Autor teilweise scharf ins Gericht. Wer ihn kennt und ihn über Jahre aus zum Teil nächster Nähe beobachtet hat, den wird das nicht erstaunen. Aber auch ein Fremder wird beim Lesen des Buches erkennen, daß er eben nicht jener verbindlich-unverbindliche Diplomat war, als der er manchmal karikiert wurde, sondern ein zäher, zielstrebigere Politiker, der genau wußte, was er sich und seinem Amt zumuten

konnte und was er erreichen wollte. An den Mühlsteinen, die ihm Sicherheitsrat und Generalversammlung oft genug um den Hals gehängt haben, hat er schwer genug zu tragen gehabt.

Wer die Jahre 1971 bis 1981 in den Vereinten Nationen mit Waldheim miterlebt hat, der wird mir vielleicht zustimmen, wenn ich sage: Ein menschliches, ein lesenswertes Buch. Eben ein richtiger Waldheim.

Rüdiger Freiherr von Wechmar □

Seidl-Hohenveldern, Ignaz (Hrsg.): Lexikon des Rechts — Völkerrecht

Neuwied-Darmstadt: Luchterhand 1985
397 S., 98,- DM

Es ist ein angenehmes Gefühl, einen solide gebundenen Band »als erste gebundene Teilausgabe« einer Lose-Blatt-Sammlung — nämlich des in 18 Rechtsgebiete aufgeteilten Gesamtwerks »Ergänzbare Lexikon des Rechts« — in der Hand zu halten. So würdigt man erst recht die Schwierigkeit, auf 369 Text-Seiten ein so komplexes wie problemreiches Gebiet wie das moderne Völkerrecht darzustellen. Nicht nur dem Fachmann soll das Buch verständlich sein, sondern auch dem Angehörigen anderer Disziplinen, der sich schnell und zuverlässig unterrichten will. Das ist dem Herausgeber dadurch gelungen, daß er für seine 127 Stichworte ganze 77 Sachkenner gewann, sie genau wissen ließ, was er von ihnen erwartete, und nicht zuletzt dadurch, daß er das Buch auf Rechtsprobleme im engeren Sinne beschränkte. Jede Ausuferung auf das Gebiet der internationalen Beziehungen wußte er zu verhindern. Stichworte zu aktuellen Spannungslagen — wie Israel, Nahost-Konflikt, Nord-Süd-Problem oder Ost-West-Konflikt — finden sich nicht, ebensowenig wie zu nur teilweise politischen Problemen wie Entkolonisierung, Diskriminierung, Konsensus, Staatenverantwortlichkeit oder Terrorismus. Zu ihnen muß sich der Benutzer über das Register den Zugang zu (eher bei-läufigen) Ausführungen unter einem streng juristischen Stichwort bahnen.

Die Bearbeiter stammen aus dem deutschen Sprachraum (dabei 15 Österreicher, je ein Schweizer und Belgier); ihre Berufsskala reicht vom Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen über viele wohlbestallte Universitätslehrer des Völkerrechts bis zum Legationssekretär oder Assistenten.

Auf den ersten Blick scheint die Auswahl der Stichworte von einer Trennung zwischen allgemeinem Völkerrecht und dem Recht der organisierten Staatengemeinschaft auszugehen und eher der ersten Kategorie zuzuneigen. Bei näherem Zusehen ist dann die zweite Kategorie doch gut vertreten. Neben den allgemeinen knapp und erschöpfend orientierenden Stichworten »Internationale Organisationen« (19 Spalten — R. Wolfrum) und »Vereinte Nationen« (18 Spalten — Chr. Tomuschat) werden auch besondere Tätigkeiten von Organen der Vereinten Nationen und einigen ihrer Sonderorganisationen gewürdigt, freilich nicht so ausführlich wie die europäischer oder anderer Regionalorganisationen. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß in gut einem Drittel der systematischen Stichworte auf die Tätigkeit der Weltorganisation mehr oder weniger eingehend Bezug genommen wird.

In allen lexikalischen Werken ist eine angemessene Gewichtung zwischen Stichworten zu allgemeinen und grundlegenden Problemen und ausgesprochenen Spezialmateria-rien schwierig. Es ist nun einmal nicht zu leugnen, daß es leichter ist, ein allgemeines

Problem mit wenigen Stichworten zu kennzeichnen als ein Spezialproblem. Bei diesen kann schwerlich auf Details verzichtet werden, soll die Aussage beweiskräftig bleiben. Der Generalist fügt sich auch leichter den Wünschen eines auf Kürze bedachten Herausgebers als der Spezialist.

Auch wenn man diese Umstände berücksichtigt, gibt es in dem Buch Unebenheiten. So will es nur schwer einleuchten, warum für das Stichwort »Satellitenrundfunk, grenzüberschreitender« volle 8 Spalten notwendig waren, während dem Problem der »Gleichheit« nur 2,5 Spalten gewidmet werden. Dabei wird nur die Gleichheit der Staaten behandelt, nicht aber die völkerrechtlichen Verbote der Diskriminierung von Individuen. Auch der begriffliche Unterschied zwischen einem Gleichheitsgebot und einem Diskriminierungsverbot wird nicht erklärt.

In einem so auf Kürze angelegten Kompendium kommt den Literaturhinweisen besondere Bedeutung zu. Ganz zu Beginn (S. 1) wird in »weiterführenden Hinweisen« auf das Handwerkszeug hingewiesen. Dabei erscheinen jedoch Darstellungen des Völkerrechts und Dokumentensammlungen nur in deutscher Sprache, obwohl man gerade bei diesen Publikationen unbedingt mindestens die in englischer Sprache braucht.

Die Verfasser der einzelnen Stichworte gehen unterschiedlich vor. Durchweg wird auf das »Wörterbuch des Völkerrechts« von Strupp und Schlochauer (1960–1962!) verwiesen, häufig auch auf das von Wolfrum/Prill/Brückner herausgegebene »Handbuch Vereinte Nationen« (1977). Das ab 1981 veröffentlichte neue Werk »Encyclopedia of Public International Law«, von R. Bernhardt ediert, wird ganz uneinheitlich zitiert; die vorläufigen Lieferungen erscheinen häufig als »Bände«.

Einige Autoren schließen sich dem Herausgeber an und zitieren nur deutschsprachige Werke, als könne und dürfe ausgerechnet das Völkerrecht sprachlich mediatisiert werden. Der internationale Meinungsstand wird so nicht zutreffend wiedergegeben. Zum Glück folgen aber nicht alle Autoren diesem Beispiel.

Nachdem ein Vierteljahrhundert vergangen ist, seitdem »der Strupp-Schlochauer« erschien, füllt das neue Lexikon eine spürbare Lücke. Es sollte auch seinen Platz in Bibliotheken finden, welche nicht auf Völkerrecht spezialisiert sind, aber doch auf eine zuverlässige Orientierung ihrer Benutzer Wert legen.

Karl Josef Partsch □

Sprachendienst des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland (Zusammenstellung): Internationale Organisationen: Bezeichnungen, Abkürzungen, Akronyme

Berlin und New York: de Gruyter (Terminologische Schriftenreihe des Auswärtigen Amtes, Bd. 2) 1985
655 S., 128,- DM

Nach einer 1982 erschienenen »Terminologie der Abrüstung« hat der Sprachendienst des Auswärtigen Amtes nun ein Verzeichnis vorgelegt, das in zwei bis sieben Sprachen (Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Niederländisch, Italienisch, Russisch) fast 850 Bezeichnungen von bi- und multilateralen Organisationen, Konferenzen, Programmen, Instituten und sonstigen Einrichtungen mit ihren jeweiligen Abkürzungen enthält.

Im Hauptteil, dessen Ausgangssprache Deutsch ist, finden sich außerdem Hinweise auf übergeordnete Organisationen, zu einigen Bezeichnungen knappe Erläuterungen zum Status und sonstige nützliche Anmerkungen etwa zum Umwandlungs- oder Auflösungsdatum oder zu Nachfolgeorganisationen sowie Querverweisungen auf Alternativbezeichnungen (Kurzformen, amtliche Vollformen, parallel benutzte Namensformen). Der Bogen ist weit gespannt: Neben einer Auswahl von Bezeichnungen aus dem Bereich der Vereinten Nationen haben unter anderem zahlreiche regionale Organisationen einschließlich einer Reihe europäischer Institutionen ebenso Aufnahme gefunden wie das Deutsch-französische Jugendwerk. Die Auswahlkriterien werden leider nicht erläutert. Fremdsprachige Äquivalente sind nur dann berücksichtigt worden, wenn sie in zuverlässigen Quellen nachgewiesen werden konnten, so daß sehr selten sämtliche sieben Sprachen aufgeführt sind. Waren deutsche Bezeichnungen nicht vorhanden, wurden sie in Abstimmung mit den zuständigen Behörden neu festgelegt. Erwähnt werden allerdings weder die Existenz des Deutschen Übersetzungsdienstes der Vereinten Nationen in New York noch dessen Terminologie, die in den deutschsprachigen Dokumenten der Vereinten Nationen verwendet wird. Ein Teil der Bezeichnungen im Bereich der Vereinten Nationen entspricht, wie er im vorliegenden Verzeichnis angegeben wird, dieser Terminologie nicht. Auf die Abweichungen wird jedoch nicht, auch nicht bei den Alternativbezeichnungen, hingewiesen.

Eine weitere Schwäche des Verzeichnisses liegt in seinem »hierarchischen Index«. Dieser Index gibt, was für den an Zusammenhängen interessierten Leser von Bedeutung ist, einen Überblick über die Untergliederungen der im Verzeichnis enthaltenen großen Organisationen. Allerdings ist im Regelfall nur die jeweils nächsthöhere Ebene der Hierarchie angegeben, so daß für weitere Zuordnungen auf den Hauptteil zurückgegriffen werden muß. Im übrigen ist der Index mitunter nicht genügend differenziert. So werden unter dem Stichwort »VN« die unterschiedlichsten Organe ohne jede weitere Strukturierung alphabetisch aufgelistet. Selbst der Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC), eines der Hauptorgane der Vereinten Nationen, ist im hierarchischen Index nur an dieser Stelle zu finden, während einige seiner Untergliederungen wie etwa die Wirtschaftskommission für Lateinamerika (ECLA) — die seit 1984 übrigens als Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC) firmiert — selbständig aufgeführt werden. Es hätte deutlicher darauf hingewiesen werden können, daß der hierarchische Index auf Grund seiner Beschränkung auf die in den Hauptteil aufgenommenen Organisationen und Organe zwangsläufig mehr oder weniger unvollständig ist, den Organisationsaufbau also nur in Ausschnitten wiedergibt.

Das Verzeichnis beinhaltet außerdem alphabetische Indizes mit den Bezeichnungen in den sechs weiteren Sprachen mit den zugehörigen deutschen Äquivalenten sowie einen Index lateinisch geschriebener und kyrillischer Abkürzungen.

Benutzerfreundlich sind Stichwortindizes in sieben Sprachen, die zusätzliche Suchhilfen geben (über sie kann man beispielsweise Organisationen auf den Gebieten »Abrüstung« oder »Arbeit« erschließen).

Insgesamt ist das Verzeichnis eine wichtige Hilfe für alle, die sich mit dem Bereich Internationale Organisationen befassen, auch wenn es als Folge der notwendigen Begrenzung die eine oder andere Frage offen lassen mag.

Birgit Laitenberger □

Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen

Die nachstehenden Tabellen 1 und 2 über die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen geben den Stand vom 1. Januar 1986 wieder. Die erste Tabelle enthält die 159 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen in alphabetischer Reihenfolge mit den Daten ihrer Aufnahme in die Weltorganisation; am Schluß sind die derzeitigen Nichtmitgliedstaaten genannt. Die zweite Tabelle informiert über die Verteilung der Mitgliedstaaten auf die fünf Regionalgruppen, die sich im Laufe der Jahre herausgebildet haben; ihnen kommt beim Meinungsbildungsprozeß innerhalb der Weltorganisation besondere Bedeutung zu.

Die Tabellen 3 und 4 ordnen die Mitgliedstaaten nach Gebietsgröße beziehungsweise Bevölkerungszahl ein. Hierbei sind aus Vergleichsgründen die größten Nichtmitgliedstaaten ohne fortlaufende Nummer zusätzlich aufgeführt. Die Angaben hinsichtlich der Bevölkerung fußen auf dem »Monthly Bulletin of Statistics« der Vereinten Nationen vom Dezember 1985 und geben im allgemeinen (teils grobe) Schätzungen für den Stand von Jahresmitte 1984 wieder.

DIE MITGLIEDSTAATEN IN ALPHABETISCHER ORDNUNG MIT BEITRITTSDATEN (Tabelle 1)

Stand vom 1. Januar 1986

1. Ägypten	24. 10. 1945	60. Island	19. 11. 1946	120. São Tomé und Príncipe	16. 9. 1975
2. Äquatorialguinea	12. 11. 1968	61. Israel	11. 5. 1949	121. Saudi-Arabien	24. 10. 1945
3. Äthiopien	13. 11. 1945	62. Italien	14. 12. 1955	122. Schweden	19. 11. 1946
4. Afghanistan	19. 11. 1946	63. Jamaika	18. 9. 1962	123. Senegal	28. 9. 1960
5. Albanien	14. 12. 1955	64. Japan	18. 12. 1956	124. Seschellen	21. 9. 1976
6. Algerien	8. 10. 1962	65. Jemen		125. Sierra Leone	27. 9. 1961
7. Angola	1. 12. 1976	(Arabische Republik)	30. 9. 1947	126. Simbabwe	25. 8. 1980
8. Antigua und Barbuda	11. 11. 1981	66. Jemen		127. Singapur	21. 9. 1965
9. Argentinien	24. 10. 1945	(Demokratischer)	14. 12. 1967	128. Somalia	20. 9. 1960
10. Australien	1. 11. 1945	67. Jordanien	14. 12. 1955	129. Sowjetunion	24. 10. 1945
11. Bahamas	18. 9. 1973	68. Jugoslawien	24. 10. 1945	130. Spanien	14. 12. 1955
12. Bahrain	21. 9. 1971	69. Kamerun	20. 9. 1960	131. Sri Lanka	14. 12. 1955
13. Bangladesch	17. 9. 1974	70. Kambodscha	14. 12. 1955	132. St. Christoph und Nevis	23. 9. 1983
14. Barbados	9. 12. 1966	71. Kanada	9. 11. 1945	133. St. Lucia	18. 9. 1979
15. Belgien	27. 12. 1945	72. Kap Verde	16. 9. 1975	134. St. Vincent	
16. Belize	25. 9. 1981	73. Katar	21. 9. 1971	und die Grenadinen	16. 9. 1980
17. Benin	20. 9. 1960	74. Kenia	16. 12. 1963	135. Sudan	12. 11. 1956
18. Bhutan	21. 9. 1971	75. Kolumbien	5. 11. 1945	136. Südafrika	7. 11. 1945
19. Birma	19. 4. 1948	76. Komoren	12. 11. 1975	137. Suriname	4. 12. 1975
20. Bjelorußland	24. 10. 1945	77. Kongo	20. 9. 1960	138. Swasiland	24. 9. 1968
21. Bolivien	14. 11. 1945	78. Kuba	24. 10. 1945	139. Syrien	24. 10. 1945
22. Botswana	17. 10. 1966	79. Kuwait	14. 5. 1963	140. Tansania	14. 12. 1961
23. Brasilien	24. 10. 1945	80. Laos	14. 12. 1955	141. Thailand	16. 12. 1946
24. Brunei	21. 9. 1984	81. Lesotho	17. 10. 1966	142. Togo	20. 9. 1960
25. Bulgarien	14. 12. 1955	82. Libanon	24. 10. 1945	143. Trinidad und Tobago	18. 9. 1962
26. Burkina Faso	20. 9. 1960	83. Liberia	2. 11. 1945	144. Tschad	20. 9. 1960
27. Burundi	18. 9. 1962	84. Libyen	14. 12. 1955	145. Tschechoslowakei	24. 10. 1945
28. Chile	24. 10. 1945	85. Luxemburg	24. 10. 1945	146. Türkei	24. 10. 1945
29. China	24. 10. 1945	86. Madagaskar	20. 9. 1960	147. Tunesien	12. 11. 1956
30. Costa Rica	2. 11. 1945	87. Malawi	1. 12. 1964	148. Uganda	25. 10. 1962
31. Dänemark	24. 10. 1945	88. Malaysia	17. 9. 1957	149. Ukraine	24. 10. 1945
32. Deutsche		89. Malediven	21. 9. 1965	150. Ungarn	14. 12. 1955
Demokratische Republik	18. 9. 1973	90. Mali	28. 9. 1960	151. Uruguay	18. 12. 1945
33. Deutschland,		91. Malta	1. 12. 1964	152. Vanuatu	15. 9. 1981
Bundesrepublik	18. 9. 1973	92. Marokko	12. 11. 1956	153. Venezuela	15. 11. 1945
34. Dominica	18. 12. 1978	93. Mauretanien	27. 10. 1961	154. Vereinigte	
35. Dominikanische		94. Mauritius	24. 4. 1968	Arabische Emirate	9. 12. 1971
Republik	24. 10. 1945	95. Mexiko	7. 11. 1945	155. Vereinigte Staaten	24. 10. 1945
36. Dschibuti	20. 9. 1977	96. Mongolei	27. 10. 1961	156. Vietnam	20. 9. 1977
37. Ecuador	21. 12. 1945	97. Mosambik	16. 9. 1975	157. Zaire	20. 9. 1960
38. El Salvador	24. 10. 1945	98. Nepal	14. 12. 1955	158. Zentralafrikanische	
39. Elfenbeinküste	20. 9. 1960	99. Neuseeland	24. 10. 1945	Republik	20. 9. 1960
40. Fidschi	13. 10. 1970	100. Nicaragua	24. 10. 1945	159. Zypern	20. 9. 1960
41. Finnland	14. 12. 1955	101. Niederlande	10. 12. 1945		
42. Frankreich	24. 10. 1945	102. Niger	20. 9. 1960		
43. Gabun	20. 9. 1960	103. Nigeria	7. 10. 1960		
44. Gambia	21. 9. 1965	104. Norwegen	27. 11. 1945		
45. Ghana	8. 3. 1957	105. Österreich	14. 12. 1955		
46. Grenada	17. 9. 1974	106. Oman	7. 10. 1971		
47. Griechenland	25. 10. 1945	107. Pakistan	30. 9. 1947		
48. Großbritannien	24. 10. 1945	108. Panama	13. 11. 1945		
49. Guatemala	21. 11. 1945	109. Papua-Neuguinea	10. 10. 1975		
50. Guinea	12. 12. 1958	110. Paraguay	24. 10. 1945		
51. Guinea-Bissau	17. 9. 1974	111. Peru	31. 10. 1945		
52. Guyana	20. 9. 1966	112. Philippinen	24. 10. 1945		
53. Haiti	24. 10. 1945	113. Polen	24. 10. 1945		
54. Honduras	17. 12. 1945	114. Portugal	14. 12. 1955		
55. Indien	30. 10. 1945	115. Rumänien	14. 12. 1955		
56. Indonesien	28. 9. 1950	116. Rwanda	18. 9. 1962		
57. Irak	21. 12. 1945	117. Salomonen	19. 9. 1978		
58. Iran	24. 10. 1945	118. Sambia	1. 12. 1964		
59. Irland	14. 12. 1955	119. Samoa	15. 12. 1976		

SONSTIGE STAATEN

Andorra	
Kiribati	
Korea (Demokratische Volksrepublik)	
Korea (Republik)	
Liechtenstein	
Monaco	
Nauru	
San Marino	
Schweiz	
Tonga	
Tuvalu	
Vatikanstadt	

DIE MITGLIEDSTAATEN NACH REGIONALGRUPPEN (Tabelle 2)

Afrikanische Staaten

1. Ägypten
2. Äquatorialguinea
3. Äthiopien
4. Algerien
5. Angola
6. Benin
7. Botswana
8. Burkina Faso
9. Burundi
10. Dschibuti
11. Elfenbeinküste
12. Gabun
13. Gambia
14. Ghana
15. Guinea
16. Guinea-Bissau
17. Kamerun
18. Kap Verde
19. Kenia
20. Komoren
21. Kongo
22. Lesotho
23. Liberia
24. Libyen
25. Madagaskar
26. Malawi
27. Mali
28. Marokko
29. Mauretanien
30. Mauritius
31. Mosambik
32. Niger
33. Nigeria
34. Rwanda
35. Sambia
36. São Tomé und Príncipe
37. Senegal
38. Seschellen
39. Sierra Leone
40. Simbabwe
41. Somalia
42. Sudan
43. Swasiland
44. Tansania

45. Togo
46. Tschad
47. Tunesien
48. Uganda
49. Zaire
50. Zentralafrikanische Republik

Asiatische Staaten

1. Afghanistan
2. Bahrain
3. Bangladesch
4. Bhutan
5. Birma
6. Brunei
7. China
8. Fidschi
9. Indien
10. Indonesien
11. Irak
12. Iran
13. Japan
14. Jemen (Arabische Republik)
15. Jemen (Demokratischer)
16. Jordanien
17. Kamputschea
18. Katar
19. Kuwait
20. Laos
21. Libanon
22. Malaysia
23. Malediven
24. Mongolei
25. Nepal
26. Oman
27. Pakistan
28. Papua-Neuguinea
29. Philippinen
30. Salomonen
31. Samoa
32. Saudi-Arabien
33. Singapur
34. Sri Lanka

35. Syrien
36. Thailand
37. Vanuatu
38. Vereinigte Arabische Emirate
39. Vietnam
40. Zypern

Lateinamerikanische Staaten

1. Antigua und Barbuda
2. Argentinien
3. Bahamas
4. Barbados
5. Belize
6. Bolivien
7. Brasilien
8. Chile
9. Costa Rica
10. Dominica
11. Dominikanische Republik
12. Ecuador
13. El Salvador
14. Grenada
15. Guatemala
16. Guyana
17. Haiti
18. Honduras
19. Jamaika
20. Kolumbien
21. Kuba
22. Mexiko
23. Nicaragua
24. Panama
25. Paraguay
26. Peru
27. St. Christoph und Nevis
28. St. Lucia
29. St. Vincent und die Grenadinen
30. Suriname
31. Trinidad und Tobago
32. Uruguay
33. Venezuela

Osteuropäische Staaten

1. Bjelorußland
2. Bulgarien
3. Deutsche Demokratische Republik
4. Jugoslawien
5. Polen
6. Rumänien
7. Sowjetunion
8. Tschechoslowakei
9. Ukraine
10. Ungarn

Westeuropäische und andere Staaten

1. Australien
2. Belgien
3. Dänemark
4. **Deutschland, Bundesrepublik**
5. Finnland
6. Frankreich
7. Griechenland
8. Großbritannien
9. Irland
10. Island
11. Italien
12. Kanada
13. Luxemburg
14. Malta
15. Neuseeland
16. Niederlande
17. Norwegen
18. Österreich
19. Portugal
20. Schweden
21. Spanien
22. Türkei*

Ohne Gruppenzugehörigkeit

1. Albanien
2. Israel
3. Südafrika
4. Vereinigte Staaten**

* wird bei Wahlen als Mitglied dieser Gruppe geführt; außerdem Mitglied der asiatischen Regionalgruppe
 ** wird bei Wahlen der Gruppe der westeuropäischen und anderen Staaten zugerechnet

DIE MITGLIEDSTAATEN NACH GEBIETSGRÖSSE (Fläche in qkm) (Tabelle 3)

1. Sowjetunion	22 402 200***	36. Sambia	752 614	71. Deutschland, Bundesrepublik	248 577
2. Kanada	9 976 139	37. Birma	676 552	72. Guinea	245 857
3. China	9 596 961	38. Afghanistan	647 497	73. Großbritannien	244 046
4. Vereinigte Staaten	9 363 123	39. Somalia	637 657	74. Ghana	238 537
5. Brasilien	8 511 965	40. Zentralafrikanische Republik	622 984	75. Rumänien	237 500
6. Australien	7 686 848	41. Ukraine	603 700***	76. Laos	236 800
7. Indien	3 287 590	42. Botswana	600 372	77. Uganda	236 036
8. Argentinien	2 766 889	43. Madagaskar	587 041	Korea	220 277
9. Sudan	2 505 813	44. Kenia	582 646	Korea (Demokratische Volksrepublik)	120 538
10. Algerien	2 381 741	45. Frankreich	547 026	Korea (Republik)	98 484
11. Zaire	2 345 409	46. Thailand	514 000	78. Guyana	214 969
12. Saudi-Arabien	2 149 690	47. Spanien	504 782	79. Oman	212 457
13. Indonesien	2 027 087	48. Kamerun	475 442	80. Bjelorußland	207 600***
14. Mexiko	1 972 547	49. Papua-Neuguinea	461 691	81. Senegal	196 192
15. Libyen	1 759 540	50. Schweden	449 964	82. Jemen (Arabische Republik)	195 000
16. Iran	1 648 000	51. Marokko	446 550	83. Syrien	185 180
17. Mongolei	1 565 000	52. Irak	434 924	84. Kamputschea	181 035
18. Peru	1 285 216	53. Paraguay	406 752	85. Uruguay	176 215
19. Tschad	1 284 000	54. Simbabwe	390 580	86. Tunesien	163 610
20. Niger	1 267 000	55. Japan	372 313	87. Suriname	163 265
21. Angola	1 246 700	56. Kongo	342 000	88. Bangladesch	143 998
22. Mali	1 240 000	57. Finnland	337 032	89. Nepal	140 797
23. Äthiopien	1 221 900	58. Jemen (Demokratischer)	332 968	90. Griechenland	131 944
24. Südafrika	1 221 037	59. Malaysia	329 749	91. Nicaragua	130 000
25. Kolumbien	1 138 914	60. Vietnam	329 556	92. Tschechoslowakei	127 869
26. Bolivien	1 098 581	61. Norwegen	324 219	93. Malawi	118 484
27. Mauretanien	1 030 700	62. Elfenbeinküste	322 463	94. Kuba	114 524
28. Ägypten	1 001 449	63. Polen	312 677	95. Benin	112 622
29. Tansania	945 087	64. Italien	301 225	96. Honduras	112 088
30. Nigeria	923 768	65. Philippinen	300 000	97. Liberia	111 369
31. Venezuela	912 050	66. Ecuador	283 561	98. Bulgarien	110 912
Namibia	824 292	67. Burkina Faso	274 200	99. Guatemala	108 889
32. Pakistan	803 943	68. Neuseeland	268 676	100. Deutsche Demokratische Republik	108 178
33. Mosambik	801 590	69. Gabun	267 667		
34. Türkei	780 576	70. Jugoslawien	255 804		
35. Chile	756 945				

101. Island	103 000	120. Albanien	28 748	141. Trinidad und Tobago	5 130
102. Jordanien	97 740	121. Salomonen	28 446	142. Kap Verde	4 033
103. Ungarn	93 030	122. Äquatorialguinea	28 051	143. Samoa	2 842
104. Portugal	92 082	123. Burundi	27 834	144. Luxemburg	2 586
105. Österreich	83 849	124. Haiti	27 750	145. Komoren	2 171
106. Vereinigte Arabische Emirate	83 600	125. Rwanda	26 338	146. Mauritius	2 045
107. Panama	77 082	126. Belize	22 965	147. São Tomé und Príncipe	964
108. Sierra Leone	71 740	127. Dschibuti	22 000	148. Dominica	751
109. Irland	70 283	128. El Salvador	21 041	149. Bahrain	622
110. Sri Lanka	65 610	129. Israel	20 770	150. St. Lucia	616
111. Togo	56 785	130. Fidschi	18 274	151. Singapur	581
112. Costa Rica	50 700	131. Kuwait	17 818	152. Antigua und Barbuda	442
113. Dominikanische Republik	48 734	132. Swasiland	17 363	153. Barbados	431
114. Bhutan	47 000	133. Vanuatu	14 763	154. St. Vincent und die Grenadinen	388
115. Dänemark	43 069	134. Bahamas	13 935	155. Grenada	344
Schweiz	41 288	135. Gambia	11 295	156. Malta	316
116. Niederlande	40 844	136. Katar	11 000	157. Malediven	298
117. Guinea-Bissau	36 125	137. Jamaika	10 991	158. Seschellen	280
118. Belgien	30 513	138. Libanon	10 400	159. St. Christoph und Nevis	262
119. Lesotho	30 355	139. Zypern	9 251		
		140. Brunei	5 765		

DIE MITGLIEDSTAATEN NACH BEVÖLKERUNGSZAHL (in 1 000) (Tabelle 4)

1. China	1 051 550	52. Ghana	13 040	107. Togo	2 840
2. Indien	746 740	53. Chile	11 880	108. Libanon	2 640
3. Sowjetunion	275 000***	54. Saudi-Arabien	10 820	109. Costa Rica	2 530
4. Vereinigte Staaten	236 680	55. Ungarn	10 660	110. Singapur	2 520
5. Indonesien	159 890	56. Portugal	10 160	111. Zentralafrikanische Republik	2 510
6. Brasilien	132 580	57. Kuba	9 990	112. Jamaika	2 290
7. Japan	120 020	58. Syrien	9 930	113. Jemen (Demokratischer)	2 230
8. Bangladesch	96 730	59. Griechenland	9 900	114. Panama	2 130
9. Pakistan	93 290	60. Bjelorußland	9 890***	115. Liberia	2 110
10. Nigeria	92 040	61. Belgien	9 880	116. Mauretanien	1 830
11. Mexiko	76 790	62. Madagaskar	9 730	117. Mongolei	1 820
12. Deutschland, Bundesrepublik	61 180	63. Elfenbeinküste	9 470	118. Kuwait	1 790
Korea	60 210	64. Kamerun	9 470	119. Kongo	1 700
Korea (Demokratische Volksrepublik)	19 630	65. Ecuador	9 110	Namibia	1 510
Korea (Republik)	40 580	66. Bulgarien	8 960	120. Lesotho	1 470
13. Vietnam	58 310	67. Angola	8 540	121. Bhutan	1 390
14. Italien	56 980	68. Schweden	8 340	122. Vereinigte Arabische Emirate	1 260
15. Großbritannien	56 490	69. Simbabwe	7 980	123. Oman	1 180
16. Frankreich	54 950	70. Guatemala	7 740	124. Gabun	1 150
17. Philippinen	53 350	71. Mali	7 720	125. Trinidad und Tobago	1 110
18. Ukraine	50 680***	72. Österreich	7 550	126. Botswana	1 050
19. Thailand	50 400	73. Kamputschea	7 150	127. Mauritius	980
20. Türkei	48 270	74. Tunesien	7 040	128. Guyana	940
21. Ägypten	45 660	75. Malawi	6 840	129. Guinea-Bissau	880
22. Iran	43 410	76. Burkina Faso	6 580	130. Fidschi	690
23. Spanien	38 720	77. Sambia	6 450	131. Zypern	660
24. Birma	37 610	Schweiz	6 440	132. Gambia	630
25. Polen	36 910	78. Jemen (Arabische Republik)	6 390	133. Swasiland	630
26. Äthiopien	35 420	79. Senegal	6 350	134. Komoren	440
27. Zaire	32 080	80. Bolivien	6 250	135. Bahrain	400
28. Südafrika	31 590	81. Dominikanische Republik	6 100	136. Äquatorialguinea	380
29. Argentinien	30 100	82. Niger	5 940	137. Malta	380
30. Kolumbien	28 220	83. Rwanda	5 900	138. Luxemburg	360
31. Kanada	25 130	84. Somalia	5 420	139. Dschibuti	350
32. Jugoslawien	22 960	85. El Salvador	5 390	140. Suriname	350
33. Rumänien	22 900	86. Guinea	5 300	141. Kap Verde	320
34. Marokko	22 850	87. Haiti	5 180	142. Katar	290
35. Algerien	21 270	88. Dänemark	5 110	143. Salomonen	270
36. Tansania	21 060	89. Tschad	4 900	144. Barbados	250
37. Sudan	20 950	90. Finnland	4 880	145. Island	240
38. Kenia	19 540	91. Burundi	4 540	146. Bahamas	230
39. Peru	19 200	92. Laos	4 320	147. Brunei	220
40. Afghanistan	17 670	93. Honduras	4 230	148. Malediven	170
41. Venezuela	16 850	94. Israel	4 190	149. Belize	160
42. Deutsche Demokratische Republik	16 670	95. Norwegen	4 140	150. Samoa	160
43. Nepal	16 110	96. Benin	3 830	151. St. Lucia	130
44. Sri Lanka	15 610	97. Libyen	3 620	152. Vanuatu	130
45. Australien	15 540	98. Papua-Neuguinea	3 600	153. Grenada	110
46. Tschechoslowakei	15 460	99. Irland	3 540	154. St. Vincent und die Grenadinen	100
47. Malaysia	15 200	100. Sierra Leone	3 540	155. São Tomé und Príncipe	90
48. Irak	15 160	101. Jordanien	3 380	156. Antigua und Barbuda	80
49. Uganda	15 150	102. Paraguay	3 280	157. Dominica	80
50. Niederlande	14 420	103. Neuseeland	3 230	158. Seschellen	60
51. Mosambik	13 690	104. Nicaragua	3 160	159. St. Christoph und Nevis	40
		105. Uruguay	2 990		
		106. Albanien	2 900		

*** Die für die Sowjetunion angegebenen Zahlen in den Tabellen 3 und 4 gelten für die Gesamtheit der Unionsrepubliken einschließlich der in Tabelle 3 unter Nummer 41 und 80 beziehungsweise in Tabelle 4 unter Nummer 18 und 60 gesondert aufgeführten Republiken Ukraine und Bjelorußland. Da diese eigenständige Mitglieder der Vereinten Nationen sind, werden sie zusätzlich einzeln genannt.

aktuell
rororo

rororo aktuell

Herausgegeben von Freimut Duve

Eine Auswahl zu
dem Thema
«Dritte Welt»



5739



5735



5523



5533



5341



AFRICA TODAY

C/O GRADUATE SCHOOL OF INTERNATIONAL STUDIES
UNIVERSITY OF DENVER • DENVER, COLO. 80208. TEL.: (303) 871-3678

SPECIAL DOUBLE ISSUE

Vol. 33, Nos. 1 & 2

THE STATE AND AFRICAN HUMAN RIGHTS: Dialogue and Continuing Research

INTRODUCING A NEW SPECIAL FEATURE

HUMAN RIGHTS MONITOR

to appear in each issue

Enter your subscription now — send your order to the address indicated above. Subscription rate for one year \$ 12.00 (individuals)
— add \$ 2.00 for surface mail or \$ 8.00 for air mail.

Übersetzungs-, Zuordnungs- und Abkürzungsverzeichnis zum Bereich Vereinte Nationen

Die wichtigsten Organe der Vereinten Nationen mit ihren Unterorganen: die Generalversammlung mit ihren Hauptausschüssen, Verfahrensausschüssen, Ständigen Ausschüssen, Nebenorganen und Ad-hoc-Körperschaften, Regionalgruppen und anderen Gruppen. Der Sicherheitsrat, der Wirtschafts- und Sozialrat mit seinen regionalen Wirtschaftskommissionen, tagungsgebundene Gremien und Ausschüsse, zwischenstaatliche Ad-hoc-Gremien, Sachverständigengremien, dem Wirtschafts- und Sozialrat nahestehende Körperschaften und Programme. Der Treuhänder, der Internationale Gerichtshof, die Sonderkörperschaften, die Sonderorganisationen, regionale Entwicklungsbanken, Organe zur Durchführung von Verträgen, die Hauptabteilungen des Sekretariats und interinstitutionelle Körperschaften und sonstige Gremien. Übersetzungsverzeichnis englisch-deutsch und deutsch-englisch, deutsch-englisches Verzeichnis der UN-Mitgliedstaaten mit Beitrittsdaten und Bezeichnung der Gründungsmitglieder, Zuordnungsindex von Unterorganen zu Hauptorganen, Verzeichnis der Abkürzungen, Literaturhinweise und Organigramm.

— UN-Text 33 —
Teil I/2. Aufl.

Einzelpreis
DM 13,50

erhältlich bei der

DGVN

Simrockstraße 23
5300 Bonn 1

Zentrum für Kulturforschung (Hrsg.)

Handbook of Cultural Affairs in Europe/Manuel Europeen des Affaires Culturelles

Europäisches Kulturhandbuch

1985, 519 S., Salesta geb., 98,- DM

Mit dem »Europäischen Kulturhandbuch« kann man erstmalig auf ein Werk zurückgreifen, das neben mehr als 2000 nützlichen Adressen und Funktionsbeschreibungen von staatlichen und nicht-staatlichen Kultureinrichtungen und Organisationen auch Strukturdarstellungen der großen europäischen Institutionen sowie der Kulturpolitik in 23 Ländern bietet.

Teil A des Handbuches beschreibt die organisatorische Struktur, Programme und Aktivitäten der wichtigsten Institutionen und Organisationen, die europaweit auf kulturellem Gebiet tätig sind.

Teil B des Handbuches gibt Auskunft über die Struktur und über die gesetzlichen Grundlagen der Kulturpolitik der Länder, die der europäischen Kulturkonvention beigetreten sind. Aufgeführt sind Adressen und Erklärungen zu wichtigen Institutionen und Dach-Organisationen, die im Kultur- und Medienbereich arbeiten.

Dieter Danckwortt

Institutionenverzeichnis für internationale Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin

1985, 500 S., Salesta brosch., 59,- DM

Das Verzeichnis enthält rund 1600 Institutionen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) sowie einige hundert Außenstellen und Mitgliedsorganisationen von ihnen. Neben den Anschriften sind auch die leitenden Personen, eine Beschreibung der Aufgaben und Tätigkeiten sowie die Titel und Erscheinungsweise von Zeitschriften erfaßt. Die Suche wird durch Sach-, Orts-, Personen-, Zeitschriften- und Abkürzungsregister erleichtert. Ein Glossar erläutert die zirka 300 Sachbegriffe und die Organisationsstruktur im jeweiligen Sachgebiet und weist auf die wichtigsten Institutionen hin. In Kurzform werden auch benachbarte Sachbegriffe und der Zusammenhang mit ihnen dargestellt.

Das Institutionenverzeichnis wird auch als Datenbank angeboten (Informationen durch den Verlag).

Institut für Auslandsbeziehungen (Hrsg.)

Verzeichnis deutsch-ausländischer Gesellschaften und ausländischer Gesellschaften in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin

1985, ivb.

Das Verzeichnis enthält mehr als 1200 deutsch-ausländische Gesellschaften und Vereinigungen ausländischer Mitbürger, die kulturelle Aufgaben im bilateralen, zwischenmenschlichen Bereich wahrnehmen und dadurch dazu beitragen, nationale Vorurteile abzubauen und der Völkerverständigung zu dienen. Neben den Anschriften sind die Zahl der Mitglieder, die Organisationsform (Dachverband, Zweigstelle), Hauptaufgaben und Ziele der Organisation, Angabe der Informationsmöglichkeiten, die Dritten geboten werden, Hinweis auf die Herausgabe von Veröffentlichungen sowie Tätigkeitsnachweise der Gesellschaften zu finden.



NOMOS VERLAGSGESELLSCHAFT
Postfach 610 · 7570 Baden-Baden

